

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich auch außer Montag.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Stück) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Stück) für 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 23. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Tragikomödie des Viermandatsraubes.

Die Wahlprüfungskommission des Dreiklassenparlamentes verhandelte am Freitag erneut über die Ansetzung der vier sozialdemokratischen Mandate auf Grund des Protestes gegen die Ungleichheit bei der Aufstellung der Wählerlisten, von dem bisher die Öffentlichkeit noch immer nicht erfahren hat, von wem er denn eigentlich ausging. Die Lante Pohl, an deren werten Busen sich Herr Fischbeck nach seinem eigenen Geständnis flüchtete, um sie gegen die an dem liberalen „Schurkenstreich“ vom „Vorwärts“ geübte Kritik mobil zu machen, behauptete ja bekanntlich, der Protest ginge von konservativer Seite aus, von dem am 3. Juli eingelegten Protest des konservativen Leutnants a. D. Pohl. Dieser Kleinwaschungsversuch der Lante Pohl war nun reichlich dumm. Denn nach der späteren dreifachen Behauptung offiziöser freisinniger Blätter sollte sich dieser Protest ja nur auf den 12. Berliner Wahlkreis bezogen haben. Hatte man ihn nun auch auf drei andere Wahlkreise bezogen, warum hatte man ihn — entgegen der Forderung des Leutnants Pohl selbst! — nicht auch auf die acht übrigen Berliner Wahlkreise ausgedehnt, in denen genau das gleiche Verfahren bei Aufstellung der Wählerlisten beobachtet worden war?

Da war das Biemer-Organ, die „Freisinnige Zeitung“, dummpfiffiger. Sie behauptete, in dem kühnen Wahne, durch solchen Heroismus der Schamlosigkeit die Sozialdemokratie von der richtigen Spur abzulenken zu können, der Wahlprotest gegen die vier sozialdemokratischen Mandate wegen Ungleichheit der Steuerveranlagung sei von freisinniger Seite ausgegangen. Herr Fischbeck hatte dieses Mandat in der Wahlprüfungskommission dadurch ermöglicht, daß er am 16. Januar als Referent über die vier angefochtenen sozialdemokratischen Wahlen Berlins mitteilte, daß ein solcher Protest eingegangen sei, ohne Herkunft und Inhalt des Protestes näher zu substantiieren! Daran hinderte ihn auch nicht eine am 15. Januar an die Wahlprüfungskommission per Nachpost abgegangene Erklärung des Genossen Hoffmann, in der ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß der Protest des Leutnants Pohl den Antrag auf Ungültigkeitserklärung für alle 12 Berliner Wahlkreise enthalte! Dies Schreiben muß also das Mitgeschick des Pohlischen Wahlprotestes geteilt haben, nämlich „übersehen“ zu werden. Wie das möglich war, ist uns allerdings ebenso rätselhaft wie das „Übersehen“ des in Frage kommenden Teils des Pohlischen Wahlprotestes, der den Augen von vier Abgeordneten entgangen ist, die pflichtgemäß zum genauen Studium und zur gewissenhaften Berichterstattung berufen waren!

Jedenfalls wollen wir feststellen, daß unser Gewährsmann den Brief Hoffmanns in den amtlichen Bahakten nicht nur wohlbehalten, sondern auch mit dem Eingangsstempel des Tages versehen vorsaß, an dem die Wahlprüfungskommission ihren aufsehenerregenden Beschluß faßte: nämlich des 16. Januars!

Die Wahlprüfungskommission nahm übrigens am Freitag von all den Zeichen und Wundern, von dem im Parlament, innerhalb der Parteien und der Öffentlichkeit erregten Sturm nicht die geringste Notiz. Sie formulierte vielmehr in geradezu idyllischer Seelenruhe die geplante Anfrage an den Berliner Magistrat. Dieser soll nach dem Vorschlag Fischbecks, dem sich der zweite Referent, der konservative Stroffer anschloß, dahin lauten: 1. ob in Berliner Urwahlbezirken der Listenaufstellung teils die Steuerveranlagung für 1908, teils für 1907 zugrunde gelegt worden sei; 2. ob für dies Vorgehen zwingende Gründe vorlagen; 3. ob dies Verfahren allgemein in den vier Wahlkreisen in Anwendung gekommen sei.

Um diese Anfrage ordnungsgemäß dem Berliner Magistrat zu übermitteln, bedarf es erst des Erfuchens an das Ministerium, die Anfrage weiterzugeben; ferner kann nicht die Kommission, sondern nur das Haus selbst mit einem solchen Erfuchen an die Regierung herantreten. Da nun wahrscheinlich die Wahlprüfungskommission schon nächste Woche den Bericht über die beanstandeten Berliner Wahlen, den sie dem Plenum behufs Weitergabe ihres Ansuchens an das Ministerium zu erstatten hat, feststellen wird, dürfte sich demnächst das Plenum mit der Tragikomödie des Viermandatsraubes in der ausgiebigsten Weise befassen haben. Ob Fischbeck und seine Helfer von dieser Aussicht besonders erbaudt sein werden, wagen wir sehr zu bezweifeln!

Der gekränkte Herr Stroffer.

In der Freitagssitzung der Wahlprüfungskommission empfahl der Vorsitzende, den an das Plenum zu erstattenden Bericht möglichst zu beschleunigen, um dadurch jeden Anschein zu vermeiden, als ob die Kommission in irgend einer Weise inobjektiv und parteilich verfahren sei. Dieser Vorschlag war völlig loyal und dankenswert, vermag er doch dem Plenum Gelegenheit zu geben, die beispiellose Tragikomödie des Viermandatsraubes endlich dem Ab-

geordnetenhaus selbst in der richtigen Beleuchtung vorzuführen. Denn infolge der geradezu grotesk widerspruchsvollen Darstellung der Vorgänge namentlich durch die freisinnige, aber auch durch die Junkerpresse, scheinen sie sich in der Vorstellung der meisten Mitglieder des Hauses zu einem unentwirrbaren Chaos versetzt zu haben. In diese emsig verknotete Wirnis die so einfache Klarheit hineinzutragen, ist eine baldige und ausgiebige Verhandlung im Plenum des Abgeordnetenhauses sicherlich das geeignetste Mittel. Nur wird man freilich — sofern das Haus Klarheit will — der Sozialdemokratie nicht durch allerschand Geschäftsordnungskräfte das Wort verschränken dürfen!

Herr Stroffer, der konservative Referent des Fischbeck, schien freilich kein sonderliches Bedürfnis nach baldiger und ausreichender Information des Plenums für wünschenswert zu halten. Er benutzte die gänzlich ungeeignete Gelegenheit dazu, die gleichfalls durch unzureichende Berichterstattung irregeleitete Kommission dadurch gegen die gewissenhafter informierende Darstellung des „Vorwärts“ einzuschmeicheln, daß er behauptete, die sozialdemokratische Deffenlichkeit werde sich auch durch völlige Klarstellung des Falles nicht befehlen lassen, habe doch der „Vorwärts“ sämtliche Mitglieder der Kommission eines „Schurkenstreichs“ bezichtigt!

Herr Stroffer wußte, als er diese Unwahrheit sagte, daß der anwesende sozialdemokratische Abgeordnete, der ja nur als Zuhörer, nicht als Mitglied der Verhandlung der Kommission betwohnte, keine Richtigstellung machen konnte! Wir stellen deshalb an dieser Stelle fest, daß Herr Stroffer den betreffenden Artikel wohl nur ebenso obenhin gelesen haben kann wie den Wahlprotest des Leutnants Pohl, über dessen Protest gegen sämtliche 12 Berliner Wahlen er sich — als zweiter Berichterstatter! — ebenso auswich wie Herr Fischbeck!

Für jeden aufmerksamen und begriffsfähigen Leser mußte es klar sein, daß der „Vorwärts“ keineswegs der Wahlprüfungskommission eine Schurkerei vorwarf, sondern nur den Freisinnigen, die in niederträchtiger Weise die Dinge so geschoben hatten, daß ein Wahlprotest, der auch die Kassierung der sechs freisinnigen Mandate verlangte, schließlich nur zur Kassierung der vier sozialdemokratischen Mandate fruktifiziert werden konnte!

Auch Herr Stroffer war durch diese moralische Qualifizierung nicht mitbetroffen. Auch heute denken wir nicht daran, unsere Charakteristik auf ihn auszudehnen. Jedoch nötigt uns seine täppische Parade, heute ausdrücklich festzustellen, daß auch er die Mitschuld daran trägt, daß die Wahlprüfungskommission von dem wirklichen Inhalt des Protestes des Leutnants Pohl keine Kenntnis erlangte!

Pech über Pech!

Liberaler, freikonservativer und ultramontane Blätter haben ohne Vorbehalt zugeben müssen, daß der Wahlprotest des Leutnants Pohl form- und fristgerecht gegen alle 12 Berliner Mandate gerichtet war. Nur darüber, wer denn eigentlich diesen Protest „übersehen“ habe, gingen die Meinungen auseinander. Harmlose Gemüter gaben leichtfertig, gutgläubig und geschäftsordnungsunkundig der Vermutung Raum, daß irgendein Bureaubeamter den Fehler begangen habe, den Protest, der sich auf alle 12 Wahlkreise bezog, nur als Protest gegen die Wahl Hoffmanns im 12. Berliner Wahlkreis bezeichnet zu haben.

Nun liegt aber diesen Bureaubeamten nur die Verpflichtung ob, die Plut der eingegangenen Proteste vorläufig und unverbindlich zu sichten und sie zur eigentlichen Prüfung den „Abteilungen“ zu überweisen, wo sie dann von den Mitgliedern des Hauses selbst der Wahlprüfungskommission übergeben werden.

In den „Abteilungen“ werden die Proteste den einzelnen Abgeordneten zum Studium und zur pflichtgemäßen Berichterstattung an das Plenum der Abteilungen überwiesen. Diese Pflicht der Prüfung und gewissenhaften Berichterstattung ist um so größer, als ja die Abteilung als Ganzes keine Nachprüfung der Akten mehr vornimmt, sondern sich bei ihrem Entscheid, ob die Proteste an die Wahlprüfungskommission weiterzugeben sind, völlig auf die Gewissenhaftigkeit des einzelnen Abgeordneten, denen die Einzelproteste zugegangen, verlassen muß.

Und trotzdem nun Leutnant Pohl gegen alle zwölf Berliner Wahlen form- und fristgerechten Protest eingelegt hatte, erfuhren die betreffenden Abteilungen davon nichts!

Ein wunderbarer Zufall, dies doppelte Übersehen dieses Wahlprotestes!

Und wer waren die bestellten Berichterstatter für den Wahlprotest des Leutnants Pohl im 12. Berliner Wahlkreis? Pech über Pech! Es waren keine Freikonservativen, keine National Liberalen, keine Polen — es waren das Mitglied der

freisinnigen Volkspartei Herr Kronsohn und der berühmte konservative Scharfmacher Herr Malkewig! Welch peinlicher Zufall!

Die neueste Schiebung!

Die offiziös-freisinnige und agrarische Presse behauptete bekanntlich, daß der Wahlprotest des Leutnants Pohl sich nur auf den 12. Berliner Wahlkreis bezogen habe. Alle nicht bloß-vermaurerten Gehirne jedoch gestanden ohne weiteres zu, daß diese Behauptung unrichtig sei. Offenbar hat man nun auch in weiteren Blöckkreisen die klägliche Ausichtslosigkeit des Anstämpfens gegen alle Vernunft nicht nur, sondern auch gegen alle parlamentarische Tradition erkannt. Deshalb hat man es nun mit einer neuen Schiebung versucht. Ein Berliner Korrespondenzbureau verbürgt sich für die Richtigkeit folgender Meldung:

„Die Notwendigkeit neuer Landtagswahlen für ganz Berlin besteht nicht mehr, nachdem der Protest gegen die Wahlen im 1.—11. Wahlkreis zurückgezogen worden ist. Leutnant a. D. Pohl, der den in der letzten Zeit so vielfach besprochenen Wahlprotest gegen die Wahl in sämtlichen 12 Berliner Landtags-Wahlkreisen ordnungsmäßig bei der Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses eingereicht hatte, hat heute seinen Wahlprotest gegen die Wahl im 1.—11. Berliner Wahlkreis zurückgezogen, dagegen seinen Protest gegen die Wahl im 12. Berliner Wahlkreis in allen Punkten anrechterhalten. Es wird also, falls die Wahlprüfungskommission, wie zu erwarten ist, danach verfährt, nach einer Mitteilung des „Berliner Bär“ nur an Stelle des Herrn Hoffmann im 12. Berliner Wahlkreis eine Neuwahl stattfinden haben.“

Diese Meldung erhält erst das richtige Relief durch die uns gewordene weitere Mitteilung, daß streng vertrauliche Verhandlungen zwischen der konservativen und freisinnigen Partei stattgefunden haben, die zur Folge hatten, daß der Protest nur auf den einen Wahlkreis beschränkt bleibt!

Diese letzte Schiebung fehlte gerade noch, um das Verfahren der Fischbeckianer höfischer und agrarischer Couleus in dem blendendsten Lichte der Korruptivität zu erscheinen zu lassen!

So viel Schiebungen, so viel Blamagen!
 Das sind die Geseßgeber von Geldsack's Gnaden!
 Wie lange noch?!

Für und gegen Bülow.

Die Konservativen erlassen jetzt Tag für Tag Anfragen an Bülow. Heute veröffentlicht der „Ratin“ ein Interview mit dem konservativen Abgeordneten v. Treuenfels, der also losdonnerte:

„Wir bekämpfen die Nachlasssteuer, weil wir sie als eine Gefahr für den kleinen Grundbesitz und für den Mittelstand sowohl auf dem Lande wie in der Stadt betrachten. Wir sehen in der Nachlasssteuer die Verletzung der wichtigsten Prinzipien der konservativen Partei. Wir sehen darin nichts als eine sozialistische Idee, nämlich die der Enteignung. Wir werden diesem Projekte unsere Zustimmung versagen. Lieber lassen wir die Finanzreform scheitern. Der schlechte Eindruck der Rede des Fürsten Bülow hat sich seit gestern noch bedeutend verschärft. Die Mißstimmung in unserer Partei gegen den Kanzler ist tiefgehend, um so mehr, als er lange Zeit verstreichen ließ, bevor er auf die gegen den Kaiser gerichteten Angriffe antwortete. Was die eventuellen Maßnahmen gegen die Sozialdemokraten betrifft, so wären sie gewiß gerechtfertigt, allein wir glauben nicht, daß die Regierung die zu solcher Aktion nötige Energie besitzt. Wir sind zu sehr an die Rüdennverbürgungen und Kräfte vor der Linken gewöhnt. Mit einem Worte: Die Situation des Fürsten Bülow gegenüber der konservativen Partei hat sich in einer für den Fürsten Bülow absolut ungünstigen Weise verändert.“

Das ist einmal echt konservativ! Wenn die Junker auch nur im geringsten zur Anbringung der Steuern für die Politik, die sie machen, herbeigezogen werden, so ist das „Sozialismus und Enteignung“, und einbar mit ihren Prinzipien. Denn diese Prinzipien verlangen, daß das Einkommen der arbeitenden Massen, denen sie durch die Wucherzölle und indirekten Steuern bereits einen großen Teil des aus harter Arbeit stammenden Einkommens enteignet haben, noch weiter verkleinert werde, um für die Kosten der Junkerpolitik aufzukommen. Um diese Politik der Blünderung der Volksmassen ungehindert fortführen zu können, dazu brauchen sie eine neue Kraft, die nicht wie Bülow durch den Konflikt mit dem Kaiser und der Hofgesellschaft gelähmt ist. Da es gegen das Volk geht, brauchen sie Einigkeit in ihren Reihen und Einigkeit zwischen dem persönlichen Regiment und dem sogenannten verantwortlichen Minister. Die Junker sind nicht sentimental, und so wird der „agrarische Kanzler“ dem persönlichen Regiment als Opfer geschlachtet. Empfängt Wilhelm II. aus diesen Händen seine frühere Macht zurück, so bedeutet das zugleich die Befestigung der Junker-diktatur. Wilhelm II. hält sich wieder für absolut, und der Wille der Junker wird getan.

Herrn v. Treuenfels' Erklärungen zeigen auch, daß Bülow seine Drohungen gegen die Sozialdemokratie

nicht von ungefähr gelan hat. In gewissen Kreisen scheint der Gedanke an Ausnahmegesetze wieder sehr beliebt zu sein, und diesen Kreisen wollte sich der Mann, der in seiner Angst um sein Amt zu allem fähig ist, in empfehlender Erinnerung bringen.

Um so erbärmlicher ist der Versuch der bloßfreisinnigen Presse, diese Gefahren verhüllen zu wollen, um damit die Schmach ihrer Gefolgshaft zu verkleinern. In der „Frankf. Blg.“ der unentwegt Willow Dienenden, wird behauptet, Willow habe kein neues Sozialistengesetz ankündigen wollen und Herr v. Rheinbaben hätte einer solchen Deutung im Abgeordnetenhaus entschieden widersprochen. Das ist einfach un wahr. Willow hat nach dem stenographischen Protokoll erklärt:

„Es ist wohl möglich, daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten, und das, was sie auf diesem Gebiete für nötig hält, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen. Um dies zu tun, muß die Regierung aber die Ueberzeugung erlangt haben, daß die vorhandenen Mittel und eine zeitige und fürchtlose Anwendung dieser Mittel nicht ausreichen. Diese Ueberzeugung hat die Regierung noch nicht gewonnen. Und worüber wir uns auch von vornherein klar sein müssen, ist, daß ein Vorgehen auf gesetzgeberischem Wege und nun gar mit polizeilichen Mitteln kein Alibi ist.“

Dann kam der Appell an die bürgerlichen Parteien zur Unterstützung der Regierung, nachdem Willow vorher die Verantwortung für das Scheitern von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie von der Regierung, die es an gesetzgeberischen Verträgen nicht habe fehlen lassen, auf die bürgerlichen Parteien abgewälzt hatte.

Willow hat also gesagt, daß die Regierung zu Ausnahmegesetzen zu haben sei. Daß noch keine beschlossen seien, sei nur Schuld der bürgerlichen Parteien, also nicht der Regierung. Aber in der Zwischenzeit, bis die bürgerlichen Parteien einig und zur Unterstützung der Regierung bereit seien, werde er die bestehenden Gesetze gegen die Sozialdemokratie schärfer anwenden, also den gesetzlichen Ausnahmezustand zunächst durch den Ausnahmezustand der Verwaltung zu erreichen suchen. Da dieses Mittel noch weiter versucht werden könne, brauche er „noch nicht“ ein Ausnahmegesetz. Dieses sei allerdings kein Alibi (das behauptete auch Bismarck nicht vom Sozialistengesetz): die entschuldigende Erklärung, daß bisher ja nichts Wesentliches verfaßt ist. Wir denken, das müßte selbst freisinnigem Verständnis begreifbar sein. Und wie steht's mit dem angeblichen Dementi des Herrn v. Rheinbaben? Genosse Heumann hatte in seiner Rede die Ankündigung neuer Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter besprochen. Darauf antwortete Rheinbaben nach dem stenographischen Protokoll:

„In einem Punkte muß ich allerdings der Behauptung des Herrn Vordrögers (Heumann) durchaus widersprechen, das war die Identifizierung der Arbeiter mit der Sozialdemokratie. Er erklärte, der Herr Reichsminister habe gestern eventuell ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter angekündigt. Das ist dem Herrn Reichsminister nicht eingefallen, sondern er hat nur (1) von der in der Zukunft vielleicht sich ergebenden Notwendigkeit einer Verschärfung der Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie gesprochen.“

Also Rheinbaben macht sich den schlechten Wit, das angekündigte Ausnahmegesetz nicht ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, sondern eine Verstärkung der Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie zu taufen. Das heißt bei der „Frankf. Blg.“ — „entschieden widersprochen!“ Natürlich ist es die kräftigste Bestätigung. Oder ist vielleicht der Freisinnigen so weit, das Sozialistengesetz nicht mehr als Ausnahmegesetz zu betrachten, weil es nicht so von seinen Verfassern genannt wird?

Zu Wirklichkeit spricht aus diesen Bestrebungen, den reaktionären, vor keiner Gewaltpolitik mehr zurückschreckenden Charakter der Willowrede zu verhüllen, nur die grenzenlose Verlegenheit und die völlige Hilflosigkeit der freisinnigen Politiker, die jetzt vor ihrem unabwehrbaren Bankrott stehen.

Junkermacht.

Die preussische Regierung ist gewissermaßen eine Anomalie unter den Regierungen der europäischen Kulturstaaten. Obgleich die mittelalterliche Feudalwirtschaft in einzelnen dieser Staaten weit größere Reste hinterlassen hat, als in Preußen, dessen westliche Provinzen zu den industriell entwickeltesten der Welt gehören, hat sich doch nirgends das feudalistische Wesen und die feudalistische Auffassung einen entscheidenderen Einfluß auf die Staatsverwaltung gesichert, als im Lande der Hohenzollern. Nicht die Bedürfnisse der für das staatliche Wirtschaftsleben maßgebenden, kulturell am höchsten stehenden westlichen Landesgebiete bestimmen die Richtung der offiziellen preussischen Politik, sondern die Interessen des Großgrundbesitzes in den rückständigsten, wirtschaftlich unentwickeltesten Teilen des Staatsgebietes. Es gibt kein Land Europas, von Spanien bis Norwegen, in dem der Großgrundbesitz in gleichem Maße die Krone, die Bureaucratie, das Heer, die Gesetzgebung beherrscht und in dem zugleich diese herrschende Schicht geistig und wirtschaftlich so wenig für die Entwicklung des Landes bedeutet, wie in Preußen. Tatsächlich wäre das Junkertum Ostindiens längst bankrott, wenn es nicht auf Volkskosten, das heißt auf Kosten der arbeitenden Volksschichten, die es beherrscht und deren Anteilnahme an der Gesetzgebung es mit allen Mitteln zu hindern sucht, künstlich konserviert würde und wenn nicht ferner für die Sprößlinge der Junkerfamilien alle subsidierten Posten des inneren Verwaltungsdienstes wie der Armee und des diplomatischen Dienstes reserviert blieben. Würde heute die wirtschaftliche Gesetzgebung Englands, Belgiens, Hollands oder irgend eines anderen europäischen Kulturlandes auf Preußen übertragen, die Junkerherrlichkeit brähe unhaltbar in sich zusammen. Nur durch die agrarische Zollgesetzgebung, die offenen und versteckten Ausfuhrprämien, Steuerprivilegien, Staatsdotationen und die Reservierung der hohen Staatsposten für den ostindischen Grundadel wird sie aufrecht erhalten.

So ist es heute ein Laiache in Preußen, daß seine regierende Schicht aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht mehr zu existieren vermag, sondern auf Kosten derer ernährt und erhalten wird, die vor einigen Tagen eine der schönsten Pflanzungen der preussischen Junkerkasse, der preussische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben, in launicher Verkennung seiner eigenen Bedeutung und der wirtschaftlichen Impotenz der Junkerkrasse auf der Höhe, aus Preußen aus-

zuwandern, wenn ihnen dessen Regiment nicht gefiele. Ein Mal, der, wenn er befolgt würde, den Zusammenbruch der ganzen preussischen Staatsherrlichkeit zur Folge hätte, während die Auswanderung des Herrern v. Rheinbaben und seiner Geistesverwandten noch den Gefilden der neuen Welt lediglich bewirken würde, daß sich das geistige Niveau der höchsten preussischen Beamtenkaste etwas höbe und auf dem amerikanischen Arbeitsmarkt den Hotelbediensteten, Tanz- und Musiklehrern eine neue starke Konkurrenz entstünde.

Je mehr aber das Junkertum zu einer nur noch durch Staatsdotationen existierenden Kaste, zu einem Hindernis für die kulturelle Entwicklung Preußens und damit ganz Deutschlands wird, desto mehr sucht es sich die Stützen seiner Macht zu erhalten. Deshalb seine Vorliebe für den Militarismus und für feudale Offizierskorps, für die Konservirung eines unter junkerlich-höfischen Einfluß stehenden persönlichen Regiments, für die landräuliche Regierungsbureaucratie. Deshalb sein Widerwille gegen jedes Zugeständnis an das parlamentarische Regime, gegen das Eindringen nicht feudalistischer Elemente in die oberen Schichten der Bureaucratie und des Offizierskorps. Deshalb vor allem sein Kampf gegen jede Erweiterung des preussischen Dreiklassenwahlrechts, die den arbeitenden Volksschichten irgendwelchen namhaften Einfluß auf den preussischen Landtag verschaffen könnte.

Nach der Ansicht der Junker ist es schon schlimm genug, daß für den Reichstag das allgemeine Wahlrecht gilt. Dessen Beseitigung ist daher einer ihrer heißesten Herzenswünsche. Da sich aber die Abschaffung des Reichstagswahlrechts nicht ohne weiteres vornehmen läßt, so muß nach ihrer Meinung dem Reichstag in einem von der Junkerlaste beherrschten preussischen Abgeordnetenhaus ein feudalistisches Gegengewicht entgegengesetzt, und die Kompetenzen dieses Hauses möglichst erweitert werden. Je mehr aber das Junkertum darauf hinarbeitet, das preussische Abgeordnetenhaus als Stütze seiner Machtstellung in Preußen und über dieses hinaus im Reiche auszubauen, desto dringender ergibt sich nicht nur für das durch eine feste Interessengesetzgebung zur Unterhaltung der Junker gezwungene Volk, sondern nicht minder für alle wirklich liberal gesinnten, den kulturellen Fortschritt der Nation erstrebenden bürgerlichen Elemente das Gebot, dieses Volkwerk junkerlicher Reaktion zu stürzen und den arbeitenden Klassen die ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung im preussischen Parlament zu schaffen. Würde auch — das beweist der Reichstag — selbst durch die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen noch keineswegs die Macht der Junker gebrochen, bleibt auch den Junkern als Stützen ihrer Herrschaft immer noch die Bureaucratie und das Heer, so wird ihnen doch die Ausnutzung der Staatsmaschinerie für ihre besonderen Interessen erschwert und in ihre Machtstellung eine beträchtliche Wackelstütze gerissen.

Soll Preußen von der wie ein Alb auf seinem Volkstücken lastenden Junkerherrschaft befreit werden, so muß zunächst das Dreiklassenwahlrecht fallen. Und es wird fallen trotz allen Widerstandes der Junkerkaste! Stetig schreitet, getragen durch die Arbeitstätigkeit der deutschen Arbeiterschaft, die wirtschaftliche Entwicklung vorwärts, Industrie und städtisches Gewerbe werden zu immer wichtigeren Faktoren des Staats- und Wirtschaftslebens. Und zugleich mit dieser Entwicklung wächst der Umfang und das Selbstbewußtsein der deutschen Arbeiterschaft. Dies für den Fortschritt der Kultur weit wichtigere Klasse als die Bureaucratie von der Sorte der Rheinbaben o tutti quanti läßt sich auf die Dauer nicht ausschalten. Sie verlangt den ihr gebührenden Anteil an der Gesetzgebung — und sie wird ihn erzwingen, so oder so, sollte auch die ganze Junkerherrschaft darüber in Trümmer fallen.

Steuererhöhungen in Aussicht.

Am Donnerstag ist die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wieder zusammengetreten, um die Steuerentwürfe in zweiter Lesung zu beraten. Bekanntlich plante die Regierung, die Mittel für die Verordnungsgebung teils durch höhere Einkommen- und Ergänzungsteuern, teils durch eine neue Gesellschaftsteuer zu decken. Die Gesellschaftsteuer ist von der Kommission in erster Lesung gegen die Stimmen der Konservativen und des Sozialdemokraten abgelehnt worden; ebenso hat die Kommission die Reform der Einkommen- und der Ergänzungsteuer, soweit es sich um den Steuertarif handelt, abgelehnt, sie hat lediglich Steuerszuschläge für die Jahre 1909 und 1910 bewilligt, und zwar von allen Einkommen über 3000 M. sowie von allem Vermögen.

Zur zweiten Lesung haben nun die Konservativen andere Deckungsvorschläge ausgearbeitet. Auf die Gesellschaftsteuer haben sie schweren Herzens verzichtet. Statt dessen beantragen sie, zunächst für das Jahr 1908 entsprechend der ursprünglichen Regierungsvorlage Zuschläge in Höhe von 5 bis 25 Proz. für alle Einkommen über 7000 Mark. Für die Zeit vom Jahre 1909 ab sollen auf alle Einkommen Zuschläge erhoben werden, sogar auf die Einkommen von 900 Mark, und zwar sollen die Zuschläge betragen 5 Prozent bei Einkommen von 900 bis 3000 Mark, 10 Proz. bei 3000 bis 10 500 M., 15 Proz. bei 10 500 bis 20 500 M., 20 Proz. bei 20 500 bis 30 500 M., darüber hinaus 25 Proz. Für die nichtphysischen Personen soll der Zuschlag doppelt so hoch sein, auf die Ergänzungsteuer sollen Zuschläge von 25 Proz. erhoben werden. Die gleichen Zuschläge sieht ein freikonservativer Antrag vor. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Freikonservativen für das Jahr 1908 nichts bewilligen wollen und daß ferner nach ihrem Antrag die Erhebung der Steuerszuschläge als eine vorübergehende Maßregel anzusehen ist, die nur so lange in Aussicht bleiben soll, bis eine organische Neuordnung der direkten Staatssteuer in Preußen erfolgt sein wird, und zwar soll die Regierung eine entsprechende Vorlage innerhalb zwei Jahren einbringen. Im Gegensatz dazu sind die Konservativen bereit, die Steuerszuschläge dauernd zu bewilligen.

Zur Deckung des noch verbleibenden Mehrbedarfs soll nach dem freikonservativen Antrag die Erhöhung einzelner geeigneter Posten des Stempelsteuertarifs von rund 15 Millionen Mark herbeigeführt werden. Auf dem gleichen Boden stehen die Konservativen, deren Antrag außerdem verlangt, daß von diesen 15 Millionen 7 1/2 Millionen durch Er-

richtigungskampeln von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung aufgebracht werden sollen.

Der Finanzminister Herr v. Rheinbaben stellte sich mit Rücksicht darauf, daß die Regierung sich von der Ausschließlichkeit einer organischen Steuerreform überzeugt hatte, auf den Standpunkt der Konservativen, durch deren Vorschläge der Bedarf gedeckt werden würde. Vorläufig will sich die Regierung deshalb mit dem von konservativer Seite vorgeschlagenen Ausweg begnügen, im nächsten Jahre soll nach der feierlichen Erklärung des Ministers eine Novelle zum Einkommensteuergesetz eingebracht werden.

In der sehr lebhaft eingehenden Generaldebatte erklärten sich für die Steuerszuschläge für 1908 nur die Konservativen, der Sozialdemokrat und der Pole, ein eigentümliches Zusammentreffen, das einem Redner der Linken Veranlassung gab, das Gespenst eines neuen Vloos an die Wand zu malen. Der betreffende Abgeordnete kann beruhigt sein, der neue „Vloos“ wird sehr bald wieder in die Brüche gehen, spätestens bei der Gesamtsitzung! Wenn im Abgeordnetenhaus die Anträge eingebracht werden, die sich in der Richtung der sozialdemokratischen Forderung der Einführung einer progressiven Einkommensteuer bewegen, so ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten dafür stimmen, gleichviel von welcher Seite die Anträge ausgehen. Der Pole ist übrigens bereits aus dem „Vloos“ ausgestiegen, er hat sich noch während der Sitzung gemauert.

Mit den Zuschlägen für 1909 waren die bürgerlichen Redner samt und sonders einverstanden. Nachdem die Konservativen im Einverständnis mit dem Zentrum ihren Antrag dahin abgeändert hatten, daß die Einkommen unter 1200 M.zuschlagsfrei bleiben sollen, sprachen sich außerdem die Sozialdemokraten alle Redner für diesen geänderten Antrag aus, die bürgerliche Mehrheit bekommt es also fertig, sogar auf Einkommen von 1200 M. Zuschläge zu erheben! Für die Arbeiter bedeutet das teilweise eine neue Belastung von 1 bis 2 M. pro Jahr, die sie zu den Beamtenbefolgungen beizuführen haben.

Die Abstimmung zeigte folgenden Resultat: Die Zuschläge für 1908 wurden abgelehnt, dagegen wurden auf drei Jahre, vom Jahre 1909 ab, Zuschläge auf alle Einkommen über 1200 M. beschlossen, die sich zwischen 5 und 25 Proz. bewegen. Für die gleiche Zeit wurde ein Zuschlag von 25 Proz. zur Ergänzungsteuer bewilligt. Die konservativen Resolution über die Stempelsteuer gelangte zur Annahme, und schließlich wurde das Kinderprivileg auf Einkommen bis zu 12 500 M. ausgedehnt.

Wir werden diese Beschlüsse, die eine weitere Belastung des Volkes bedeuten, noch eingehender würdigen.

Das sächsische Pluralwahlrecht endgültig angenommen!

Das Vierstimmenrecht ist in Sachsen Gesetz geworden! Die Zweite sächsische Kammer hat das schändliche Wahlsystem der Entrechtung mit großer Mehrheit angenommen, wie bei dieser Körperhaft zu erwarten war. Damit soll, wie Graf Hohenthal erwartet, Ruhe eingetrieben in Sachsen. Der Herr Minister wird sich täuschen. Recht behalten wird ein anderer Prophet, der freisinnige Günther, der in der Kammer Sitzung erklärte, Sachsen werde unter diesem Wahlrecht wieder ein knallrotes Königreich werden!

Es muß es werden, denn die Schmach, die mit diesem System dem sächsischen Proletariat angetan wird, muß auch den Gleichgültigsten das Blut der Empörung in die Wangen treiben. Nach langem, opferreichen Wahlrechtskampf wirft man der Arbeiterschaft ein Wahlsystem vor, das noch schlimmer ist als das Dreiklassenrecht — nachdem selbst die Regierung das Dreiklassenrecht als unerträglich, als das Proletariat völlig entrechtend anerkannt hat, setzt man eine noch schändlichere Wahlentrechtung an seine Stelle!

So denken die Herrschenden das arbeitende Volk zu narren und kraulos beleidigen zu dürfen! Was aber den sächsischen Arbeitern passierte, das kann den preussischen wer weiß wie bald geboten werden. Die preussischen Nationalliberalen fordern das Pluralwahlrecht! Das sächsische Beispiel mag die preussischen Reaktionäre locken. Für Sachsen wie Preußen Proletariat wird es heißen müssen: Nieder mit dem Pluralwahlrecht! Nieder mit dem Klassenwahlrecht! Nieder mit jeder Wahlentrechtung! Hoch das allgemeine, gleiche Wahlrecht!

Heber die entscheidende Sitzung der Zweiten Kammer Sachsens meldet uns aus Dresden ein Privattelegramm vom 22. Januar:

Die Zweite Kammer des Landtags verhandelte heute über das Vierklassenwahlrecht nach den Vorschlägen der Ersten Kammer.

Die konservativen Fraktion gab durch den Abgeordneten Gähnel eine Erklärung ab, wonach sie bedauert, daß die Minister und sonstigen Leute des selbständigen gewerblichen Mittelstandes nicht durchweg 4 Stimmen erhalten sollen, wie bei der früher von der Zweiten Kammer beschlossenen Integrationsvorlage. In den Kreisen der Gewerbetreibenden sei die Enttäuschung groß darüber, daß die Regierung in der Ersten Kammer in eine Ueberlegung gewilligt habe, die bewirke, daß den Handwerksmeistern nicht durchweg 4 Stimmen gesichert seien. Um aber nicht die ganze Wahlreform scheitern zu lassen, werde die konservativen Fraktion der Wahlrechtsvorlage der Ersten Kammer zustimmen.

Minister Graf Hohenthal erklärte, er müsse zugeben, daß einem Teil der Gewerbetreibenden die zuerst zugesagten Vorteile wieder entzogen seien. Der Regierung sei es aber nicht möglich gewesen, mehr zu erreichen. Sie habe Resignation über müssen, wenn sie bei den Verhandlungen in der Ersten Kammer nicht die ganze Wahlrechtsreform habe scheitern lassen wollen.

Für die nationalliberale Fraktion erklärte der Abgeordnete Schied die Zustimmung zu der Vorlage. Er betonte noch, daß in Sachsen noch kein so mittelstandsfreundliches Wahlgesetz bestanden habe, als das jetzt vorliegende.

Der Redner der Freisinnigen, Abgeordneter Günther, bezeichnete das Verfahren der Kammer bei den Verhandlungen der Wahlrechtsvorlagen als verfassungswidrig, weil es sich nicht mehr um eine Vorlage der Regierung, sondern um einen Wahlrechtsantrag der Kammer handelt. In diesem Falle aber müsse nach der Verfassung in zwei Landtagsessionen hintereinander eine Zweidrittelmehrheit zustande kommen. Nach der jetzigen Vorlage würden 65 Proz. aller Wähler von den Zuschlagsstimmen ausgeschlossen, also so gut wie entrechtet. Dieses Wahlgesetz werde dazu beitragen, daß Sachsen wieder ein knallrotes Königreich werde.

Graf Hohenthal erklärte daraufhin, daß nach Ansicht der Regierung noch immer eine, wenn auch völlig umgeänderte Re-

gierungsvorlage vorliegt. Immerhin aber mußte der Minister zugestehen, daß von dieser Regierungsvorlage nicht weiter übrig geblieben sei, als die Integralerneuerung der Kammer.

Der konservative Abgeordnete Dörmann jammerte darüber, daß infolge des Wegfalls der Verhältniswahl die nationalen Arbeiter keine Vertreter erlangen könnten. Sein konservativ-antisemitischer Kollege Senke lobte förmlich darüber, daß den Handwerkermeistern das Vierstimmrecht verweigert werde. Es sei unerhört, daß die selbständigen Gewerbetreibenden mit weniger als 1400 M. Einkommen mit den Arbeitern auf eine Stufe gestellt würden. Geradezu schändlich sei es, daß man Wählern mit dem Einjährigenzeugnis 3 Stimmen gebe, während man die Handwerker mit einer Stimme abfinden wolle. So lamentierte noch eine Anzahl Redner über die angebliche Benachteiligung der Innungsmeister und der nationalen Arbeiter. Daß die sozialdemokratische Arbeiterchaft entrechtet wird, hielten alle diese Redner für gerecht. Von national-liberaler Seite wurde noch behauptet, daß eine große Anzahl Arbeiter bis zu 3 Stimmen erhalten könnten. Daß das aber nur sehr selten vorkommen wird, das verschwiegen die Herren. Der antisemitische Abgeordnete Zimmermann und einige andere Redner weiter über die Straßendemonstration der Arbeiterchaft, gegen die man sich mit aller Schärfe wenden müsse.

Dann kam die Abstimmung. Alle Änderungsanträge fielen ohne weiteres. Keiner wurde genügend unterstützt. Nach fünfständiger Verhandlung wurde die Vierstimmenerziehung mit 72 gegen 5 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen. Damit ist die Vierklassenschmach endgültig beseitigt worden.

Dem Minister des Vierstimmenerrechts ist schnell der Dank seines Königs geworden. Ein Wolff-Telegramm meldet aus Dresden vom 22. Januar: König Friedrich August überreichte heute persönlich dem Staatsminister Grafen von Hohenhausen und Bergen den Hausorden der Krone.

Die Polizeiterrorkisten als Erpreßer.

Paris, 20. Januar. (Fig. Ser.)

Wie wurde Agew entlarvt? Das Zentralkomitee der russischen Sozialrevolutionäre will die Öffentlichkeit über alle Details dieses höchst dramatischen Untersuchungsverfahrens unterrichten. Vorkünftig gibt es das Zeugnis Lopuchins, des ehemaligen Direktors des Polizeidepartements im Ministerium des Innern, bekannt, das eines der wichtigsten Beweismittel gegen den Verräter war. Lopuchin hat in Gegenwart einer durchaus zuverlässigen Person erklärt, daß Agew, der ihm vom Minister des Innern Durnowo als eine für die Regierung äußerst nützliche Persönlichkeit empfohlen worden sei, dessen Zugehörigkeit zum sozialrevolutionären Zentralkomitee er aber nicht gekannt habe, mit Verurteilung auf sein Risiko zweimal mit der Forderung der Erhöhung seiner Bezüge an ihn herangetreten sei.

Jeden Zweifel aber hat ein Brief Lopuchins an Stolypin beseitigt, der dem revolutionären Gericht vorgelegen hat. Es ist eine Beschwerde über einen Erpreßversuch, den Agew und sein Protektor Gerasimow, der Chef der Peterburger Sicherheitspolizei, an dem ehemaligen Direktor des Polizeidepartements verübt haben, um die Entlassung zu verhindern. Das Schriftstück lautet:

An Se. Excellenz den Ministerpräsidenten P. A. Stolypin.
Herr Peter Arkodiasowitsch!

Am 11. November gegen Abend kam in meine Wohnung in der Tawitschenskojastraße 7 Eugen Agew, den ich zur Zeit, als ich das Polizeidepartement leitete, vom Mai 1903 bis Januar 1905 als den Agenten eines Beamten des Polizeidepartements in Paris gekannt habe.

Er trat, ohne sich anmelden zu lassen, bei mir ein, erklärte mir, daß der revolutionäre Parteilager, der er angehöre, Berichte über meine Tätigkeit als Polizeilagerer zu bekommen seien, daß daher die Unterdrückung eines Parteilagerers im Auge sei und daß dieses Bericht von mir Erklärungen fordern werde, so daß sein Leben in meiner Hand liege.

Heute nun kam zu mir, gleichfalls ohne Anmeldung, der Chef der Peterburger Sicherheitspolizei, Generalmajor Gerasimow, der mir erklärte, auf Ersuchen des Herrn Agew an mich die Frage zu stellen, was ich antworten würde, wenn die Mitglieder des Gerichts von mir Erklärungen verlangen würden. Gerasimow fügte hinzu, daß alles, was sich bei dem erwähnten Bericht zutragen werde, auch die Namen der einbernommenen Personen, zu seiner Kenntnis kommen werde.

Im Verlangen Agews wie in dieser Erklärung des Chefs der Sicherheitspolizei habe ich eine gegen mich gerichtete Drohung erkannt und ich halte es für notwendig, alles dies zur Kenntnis Euer Excellenz zu bringen, mit dem Ersuchen, mich vor dem lästigen Treiben der Spitzel zu schützen, die meine Ruhe stören und vielleicht sogar mein Leben bedrohen.

Wenn Eure Excellenz sich mit mir über den Gegenstand meines Schreibens persönlich auseinandersetzen wollen, siehe ich zur Verfügung.

Genehmigen Sie usw.

A. Lopuchin.

21. November.
Weitere Enthüllungen über die im Organismus der Staatlichen und moralischen Ordnung Russlands herrschenden Zustände werden folgen. In Frankreich freilich sind mächtige Hände tätig, sie dem Publikum zu verbergen. Für die bürgerliche Presse, die ja gerade jetzt an der Spitze der Großbanken steht und das russische Ansehensgeschäft mit schönfärbenden Artikeln oder doch durch Schweigen unterstützt, scheint auch für diese Affäre ein Schweigegebot ausgegeben worden zu sein.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Januar 1900.

Das liberale Ausnahmengesetz.

Aus dem Reichstag, 22. Januar. Die Debatte über die Vereinigungsverhinderung wurde fortgesetzt, aber auch heute noch nicht zu Ende gebracht. Es kamen nur Vertreter bürgerlicher Parteien zum Worte. Zunächst wies der Abg. Koers (Z.) die Versuche des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg zurück, der durch Zitate aus allen möglichen Zeitungen den Beweis dafür führen wollte, daß die polnische Gewerkschaftsbewegung mit Recht dem Sprachenparagrafen unterworfen werde. Er rechnete auch mit Herrn Müller-Meinungen wunderbaren Kommentaren über den national-liberalen „Vollparlamentarismus“ ab, indem er aus der „Frankfurter Hg.“ zitierte, was dieses Parteiblatt des Herrn Müller über seine Reinwaschversuche sagte.

Nachdem ein gewisser „Gans Edler zu Pailly“ bewiesen hatte, wie wenig sein konservatives Gemüt durch Beschwerden über Benachteiligungen der Versammlungs-

freiheit berührt ist, produzierten sich nacheinander der national-liberale Herr Junck und der freisinnige Herr Müller-Meinungen als Verteidiger der ausnahmefehligen Bestimmungen des Vereinsgesetzes. Herr Junck brachte es dabei fertig, es „beschämend“ zu finden, daß die Interpellanten „nur“ etwa 100 Beschwerden zur Verfügung gehabt hätten, und Herr Müller-Meinungen suchte aus der Verlegenheit, in die er mit seinen verunglückten Redefertigungsversuchen hineingeraten war, durch eine Attacke auf die Sozialdemokratie herauszukommen. Dabei schweifte er in faulen Wigen über den Nürnberger Parteitag und zitierte nach faßsam bekannter Manier die „Sozialistischen Monatshefte“ wie nur irgend ein Reichs-Verhandler.

Zum Schluß verbollständigte der Däne Hansen die Beschwerden über Sprachverfolgung durch einige empörende Beispiele aus Nordschleswig. Dann wurde die Debatte auf Sonnabend vertagt.

Agrarische Drohungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist wütend über die Ablehnung des Branntweinmonopols und fordert, daß die auf Kartoffelbau und Brennerie angewiesene Landwirtschaft unter allen Umständen unterstützt werde. Das Blatt verleiht sich zu der ußigen Behauptung: „Die Landwirtschaft ist bereit, Opfer zu bringen; aber diese Opfer haben ihre Grenze. Wird ihr mehr zugemutet, als sie zu leisten vermag, so muß sie solchen Zumutungen den denkbar schärfsten Widerstand entgegensetzen.“

Schade, daß die „Deutsche Tageszeitung“ nicht angeben kann, auf welchem Gebiet sich denn die Opfer bewegen, die die Landwirtschaft bisher gebracht hat. Gerade die Brenner sind bisher mit Liebesgaben großzügig begünstigt worden.

Schließlich weist die „Deutsche Tageszeitung“ darauf hin, daß in der Kommission der Block in die Frühe gegangen sei, weil die Freisinnigen gegen das Monopol gestimmt haben. — Herr Dertel stündigt an, daß, wenn sich der Freisinn noch einmal eine solche Extralour gestattet, das Interesse der Agrarier für den Block aufhöret.

Die Sorgen der Panzerplattenaktionäre.

In der vom Großkapital ausgehaltenen „Wost“ macht sich eine lebhaftige Sorge darüber geltend, daß bei den im Marinestahl angeforderten Neubauten Abstriche gemacht werden könnten. Die „Wost“ nimmt Bezug auf eine Mitteilung aus parlamentarischen Kreisen, wonach in der Budgetkommission die Absicht bestehe, die Hälfte der für vier Schiffe geforderten 40 Millionen Mark zu streichen. Das Blatt beruft sich auf den Fürsten Gallow, der am Dienstag im preussischen Landtag gesagt hat, für Heer und Flotte sei das Beste gerade gut genug; wir könnten und dürfen nicht sparen auf Kosten der Schlagfertigkeit des Landes. Außerdem glaubt das Organ der Schanzmacher bemerken zu sollen, daß die Marineforderungen mit der ängstlichen Sorgfalt aufgestellt und auf das Notwendigste beschränkt sind.

Aus jeder Zeile spricht die Sorge darüber, daß den Panzerplattenaktionären ein Teil des gewohnten Profits entgehen könnte. Ist doch die „Wost“ insofern daran interessiert, als beim Sinken der Profiteure wohl auch die Zuschüsse etwas schwächer würden, die sie aus großkapitalistischen Kreisen empfängt.

Die Mimosenatur der Junkerfamilie.

In einem „Krieg und Finanzen“ überdickenen Leitartikel der „Kreuzzeitung“ empfiehlt der konservative Generalleutnant z. D. v. Alten die Evidenz Steuererlässe und erwähnt seine Gesinnungsgenossen, doch die Nachsteuer gnädigst zu bewilligen. Dabei entschließt sich der Herr Generalleutnant zu folgender Ansprache:

„Manchem ehrenhaften Manne erscheint z. B. die Erweiterung der Erbschaftsteuer mit Zug und Recht als ein bedenklicher, alten Traditionen widersprechender Vorschlag. Wenn aber die Gefahren beseitigt werden, die der Verbesserung des Grundbesitzes daraus erwachsen könnten, so sollte er um des großen nationalen Zieles willen seine Bedenken fallen lassen. Dabei wird ihm die Erwägung stören, daß andere große Völker diese Steuern tragen, ohne Schäden an Spar- und Familienfinanzen zu leiden, und daß, wie das Beispiel Japans zeigt, die bittere Not die Steuer doch erzwingen würde.“

Der Herr Generalleutnant hat allem Anschein nach noch immer nicht die Mimosenatur der preussischen Junkerfamilie begriffen. Sie hat gegen materielle, klingende Gründe auch nicht entfernt jene Widerstandsfähigkeit, die die englische, französische und auch japanische Familie besitzt.

Freisinnige Wahlrechtsträuer und sozialdemokratische Straßendemonstrationen.

Aus Steglitz berichtet die „Presse“ vom 21. Januar: Auf die Straße! So lautet gestern die Parole, und sie wurde befolgt. Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung standen u. a. je ein Antrag des Sozialdemokratischen Vereins und der Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften auf Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes. In den Steinbrüchen wurde nach dem Mittagsessen die Parole ausgegeben, früher Feierabend zu machen und auf dem Ringe und im Stadtverordneten-Sitzungsraum zu erscheinen, um für das Stadtverordnetenwahlrecht zu demonstrieren. Gegen 5 Uhr füllte sich der Ring mit Menschen und die Stadtbäder machten große Augen, als sich auf einmal der freie Platz im Sitzungsraum mit Seinerarbeitern füllte. Bürgermeister Preuß hatte nichts Ehriegeres zu tun, als hinunter zu gehen und die Polizei mobil zu machen. Die beiden Wahlrechtsträuer selbst wurden im Sitzungsraum schnell verhandelt. Der freisinnige Kerber als Vorsitzender gab den Antrag des Magistrats, das Bürgerrechtsgeld nicht aufzuheben, bekannt. Zum Wort meldete sich niemand und bei der sofort vorgenommenen Abstimmung stimmten nur die Stadtverordneten Simon und Drehtler gegen den Magistratsantrag, alle übrigen, auch die sogenannten Freisinnigen, stimmten dafür, daß die Arbeiter weiter unrechtes bleiben sollen. Als die im Saal anwesenden Arbeiter sich erheben, machten sie ihrem Unmut über das schändliche Verhalten der Stadtverordneten durch Juraufe Luft, was den freisinnigen Vorsitz Kerber zu der Versicherung verleitete: „Ist denn keine Polizei da?“

Die Polizei selbst verhielt sich sehr zurückhaltend, nur später wollte der Inspektor energisch werden. Die Menschenmenge zog mehrere Male unter Hochrufen auf das Wahlrecht um das Rathaus und rief den sich am Fenster zeigenden Stadtverordneten die Worte: Wahlrecht! Räuber! hinauf. Die Demonstranten wollten gern noch diese Wahlrechtsträuer selbst auf dem Ringe begründen, doch hielten diese noch eine geheime Sitzung ab. Auf Anraten gestreuten sich dann die Demonstranten gegen 7 Uhr mit der Weisung: für heute ist genug, bis auf ein anderes Mal.

Die Obmannwahl zum Bürgerausschuß in Stuttgart am Donnerstag dieser Woche ergab die Wiederwahl des volksparteilichen Obmanns. In seinem Stellvertreter wurde ein Jungliberaler gewählt. Auch die Schriftführer wurden dem national-liberal-volksparteilichen „Block“ einverleibt. Die Sozialdemokratie, die stärkste Fraktion des Bürgerausschusses, ist im Bureau gar nicht vertreten. Wähler stellten wir den Vizeobmann und einen Schriftführer.

Durch die letzte Bürgerausschuhwahl ist die Sozialdemokratie zur stärksten Fraktion geworden. Von den 33 Mandaten sind 12,

also ein starkes Drittel, in unserem Besitz. Die Volkspartei steht mit 8 Mandaten an dritter Stelle; die nächsten Gemeindebewähler werden ihren Besitzstand noch stark vermindern. Ihr Mandatsbesitz stand bisher in gar keinem Verhältnis zu der geringen Anhängerszahl. Nur der Wahlkreis der Sozialdemokratie, die in ihr das „kleinere Uebel“ erblickte, hatte sie ihre Mandate und den Obmannposten zu verdanken. Die Proporzwahl, die heute zum erstenmal bei einer Bürgerausschuhwahl zur Anwendung gelangte, hat das Verhältnis gründlich geändert. Die Volkspartei brachte nur ein Drittel der von der Sozialdemokratie erzielten Stimmenzahl auf; bisher die stärkste Fraktion, ist sie bis zur dritten Stelle herabgesunken. Unsere Genossen beanspruchten nun den Obmannposten. Die Volkspartei wollte und nur den Stellvertreter zugestehen. Unsere Fraktion ging darauf nicht ein. Daraufhin suchten und fanden die „Demokraten“ Anstalt bei der national-liberalen Partei, die über zehn Mandate verfügt. Unsere zwölf Genossen stimmten geschlossen für unseren Kandidaten Dr. Lindemann; der Volksparteiler brachte es auf 16 Stimmen, also nicht einmal auf die absolute Majorität. Die neue Parteikonstellation auf dem Stuttgarter Rathaus wird wahrscheinlich nicht nur die Kommunalpolitik der Residenz beeinflussen, sondern darüber hinaus wirken.

Von der „Autonomie“ der Gemeinden.

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in Preußen illustriert recht drastisch ein Vorgang, der sich in Wandlode abgepielt hat. Nach dem Schulunterhaltungsgebot steht der Staatsregierung das Recht zu, „im Interesse des Dienstes“ auch Stellen an den öffentlichen Volksschulen zu besetzen, ohne daß die Gemeinde zuvor ihr Wahlrecht ausgeübt hat. Von diesem „Recht“ hat die Regierung in Schwelmig Gebrauch gemacht, indem sie ohne vorherige Anfrage einen Lehrer an die Volksschule zu Wandlode beriefte. Da alle Stellen ordnungsgemäß besetzt waren, erschob der Magistrat sofort Einspruch und der seit vier Monaten unbeschäftigte Lehrer hat aus der Stadtkasse kein Gehalt bezogen. Die Regierung, an die der Lehrer sich in seiner Not gewendet hat, wies diesen an, die Stadtwahlverwaltung auf Zahlung des Gehalts zu verlangen, was der Lehrer auch tat. Das Gericht beurteilte die Stadt zur Zahlung. Gegen diese Entscheidung wird die Stadt weitere Rechtsmittel ergreifen. Der Magistrat hat beim Minister Beschwerde gegen die von der Regierung verhängte Verweisung des Lehrers erhoben. Da die Frage für die großen Städte der Provinz von großer Bedeutung ist, sind die Oberbürgermeister von Aalen, Ulm, Pilsberg, Reutlingen und Wandlode zu einer Konferenz zusammengetreten, um die von den Magistraten bestrittene Befugnis der Regierung zu erörtern, ob Lehrer im Interesse des Dienstes strafweise verlegt werden dürfen, ohne daß die betreffenden Kommunen gefragt wurden. Die Konferenz trug einen vertraulichen Charakter. Die Angelegenheit wird auch noch das Wandloder Stadterordnetenkollegium beschäftigen.

Der Kaiser in der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ über einen Vortrag, den Dernburg am Donnerstagabend im Auftrage der Kolonialgesellschaft, Abteilung Berlin-Charlottenburg, im Reichstagsgebäude hielt. In der Einleitung zu dem Bericht heißt es:

Nur vor 1/8 Uhr erschien, von der Versammlung ehrfurchtsvoll begrüßt (sogar von den anwesenden Sozialdemokraten erheben sich drei von ihren Plätzen, die Abg. Frank, Siedekum und Hildebrand) in der referierten Hofloge der Kaiser und die Kaiserin, Prinzessin Viktoria Luise, Prinz und Prinzessin Heinrich und ein zahlreiches Gefolge.

Somit bei dieser Meldung Genosse Hildebrand in Frage kommt, treffen die Angaben der „Deutschen Tageszeitung“ nicht zu. Auf Anfrage wird uns mitgeteilt, daß er dem Vortrage gar nicht beigewohnt hat.

Auf der Jagd nach Gewinn.

Die Diamantfunde in Südwesafrika haben geradezu eine ungeheure Spekulationswut entzündet. An der Börse in Berlin sind die Aktien der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwesafrika auf 500 Proz. in die Höhe getrieben worden. — Und kann es gleichgültig sein, wenn durch diese wilde Spekulation Geld verloren wird; nur muß dafür gesorgt werden, daß die Geschädigten nicht etwa später an das Reich herantreten und aus allgemeinen Staatsmitteln Entschädigungen erhalten.

21 Tage in der Stube bleiben soll der Rittmeister Teubner — so berichtet man uns aus Halle a. S. —, der heute vor dem Kriegsgericht der 8. Division wegen Ungehorsams und Achtungsverletzung in mehreren Fällen unter Anklage stand. Der Mann, der dienstunfähig zu sein schien, hatte auf eine Anzahl Schreiben des Bezirkskommandeurs, in denen er erludt wurde, an Offiziersversammlungen, Festlichkeiten usw. teilzunehmen, gar nicht geantwortet und einige Briefe, ohne sie zu würdigen, teils ungeöffnet, teils ohne die Beschlüsse geraten lassen. Vor Gericht meinte der Angeklagte, der 8000 Morgen Land, Rudersfabrik und Brennereien besitzt, er habe ein Verleitungsgebot eingereicht und den Bezirkskommandeur gebeten, ihn von allen militärischen Formalitäten zu entbinden. Die Kosten zur Beschaffung einer Landwehruniform möchte man ihm sparen.

Der Ankläger nahm dem Rittmeister das dienstwidrige Verhalten derart übel, daß er in der ersten Verhandlung drei Monate Festungshaft beantragte. Heute wollte er es mit sechs Wochen Studienarrest bewenden lassen.

Opfer der schwarzen Listen.

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Anfang Dezember wurde ein Bergarbeiter, der eine fünfköpfige Familie zu ernähren hat, von Jesse Hansa entlassen. Wochenlang ist nun der Mann von früh bis abends auf den Bechen herumgelaufen, ohne Arbeit zu erhalten. Die Familie wurde aber nicht nur brotlos, sondern auch obdachlos, denn das Abzählungsgeschäft, von dem die Familie Möbel und Betten gekauft hatte, nahm alles wieder weg, weil die Ratenzahlungen nicht eingehalten wurden. Die Familie kam nun zu einer armen Witwe nach Dössel, einem Dortmunder Vorort. Dort konnte sie aber keine Unterkunft erhalten und mußte vom Armenpfleger ins Kreisarmenhaus gebracht werden. Wie gefährlich die Familie gesundheitlich geschädigt ist, zeigt der Umstand an, daß die Frau, die noch dazu einen Säugling zu ernähren hat, sage und schreibe 64 Pfund wiegt. Von da zum völligen Verhungern ist nur noch ein kleiner Schritt. Die Juchbarone segnen natürlich ihr gemeingefährliches Treiben fort.

Die Balkankrise.

Eine englische Intervention.

Belgrad, 22. Januar. Der englische Gesandte wurde von König Peter in zweistündiger besonderer Audienz empfangen. In dieser Audienz hat der englische Gesandte Serbien den nachdrücklichsten Rat erteilt, alles zu unterlassen, was kriegerische Konflikte herbeiführen könnte.

Serbische Armeemißbräuche.

Belgrad, 21. Januar. Skupskatina. Der Ministerpräsident gab die Erklärung ab, das Kabinett habe keine Demission zurückgegeben. Darauf gelangten zwei sozialdemokratische Interpellationen an den Kriegsminister in geheimer Sitzung zur Verlesung. Die „Stampa“ erklärt, besaßen sich diese Interpellationen mit einem großen Vertrauensmißbrauch von Seiten dreier höherer Offiziere, die für ausländische Fabriken tätig gewesen.

Frankreich.

Die Sozialisten gegen die russische Anleihe.

Paris, 21. Januar. Die Deputiertenkammer verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über die Resolution des Sozialisten Rouanet, in der die Regierung aufgefordert wird, eine Emission ausländischer Werte in Frankreich nicht zu genehmigen, ohne dem Parlament die Vorsichtsmaßregeln angezeigt zu haben, die sie zur Wahrung der nationalen Interessen getroffen habe. In der Begründung der Resolution bekämpfte Rouanet die russische Anleihe und sagte: Seit 16 Jahren sind 18 Milliarden französischen Kapitals in die Fremde gegangen. Nicht allein die materiellen, sondern auch die moralischen Interessen sind gefährdet. Man verlangt von uns Millionen, um bestechliche Agenten auszuhalten. Der Präsident ermahnte Rouanet zur Ruhe, da es sich um eine ausländische Macht handle. Rouanet fuhr fort: Man beehrt von uns, daß wir den Bestand des in der Agonie liegenden Karismus aufrechterhalten. (Ministerpräsident Pichon und zahlreiche Deputierte protestieren, während die Linke Beifall klatscht.) Der Präsident forderte Rouanet nochmals energisch zur Mäßigung auf. Rouanet wiederholte, er habe das Recht dazu, gegen die russische Anleihe zu protestieren, die dazu bestimmt sei, die schwarzen Wunden zu erhalten. (Lärm auf allen Bänken. Beifall auf der äußersten Linken.) Dann bekämpfte Rouanet lebhaft die russische Politik in Persien, die Frankreich mit seinen Milliarden nicht unterstützen dürfe. Diejenigen, denen das Prestige Frankreichs am Herzen liegt, müßten für seinen Antrag stimmen. Minister des Reichs Pichon wies die Äußerung Rouanets zurück und erklärte, die Regierung werde die Anleihe genehmigen, da diese unter konstitutionellen Garantien aufgenommen werde. Denn die russische Regierung bitte im Einverständnis mit der konstitutionellen Duma um die Genehmigung der Anleihe in Paris. Ich glaube, fuhr der Minister fort, wir hätten ein Interesse daran, daß die verbündete Macht politisch, wirtschaftlich und finanziell so stark wie möglich sei. Niemals war die Allianz mit Rußland enger und aufrichtiger. Die Republik unterstützt die englisch-russische Politik in Persien. Wir haben keine französischen Interessen vernachlässigt, und wir werden unsere Interessen, die mit denen Rußlands solidarischer sind denn je, wahren.

Der Antrag Rouanets wurde hierauf mit 430 gegen 104 Stimmen verworfen und die Sitzung geschlossen.

Gegen die Antimilitaristen.

Paris, 22. Januar. Der Amnestieausschuß lehnte, nachdem die Minister vernommen worden waren, einstimmig den Vorschlag ab, dahingehend, die bevorstehende Amnestie auch auf die antimilitaristischen Vergehen auszuweiten. Dagegen wird die Amnestie auf alle anderen Streibergehen ausgedehnt, wie auch auf diejenigen von Draveil.

Die Todesstrafe.

Paris, 22. Januar. Im Senat interpellierte der Monarchist Loprovoist de Launay den Justizminister wegen der letzten Vorgänge bei den vier Hinrichtungen in Vichy. Der Justizminister antwortete, er könne trotz aller Vorsichtsmaßnahmen derartige Kundgebungen nicht ganz ausschließen, solange die Hinrichtungen öffentlich seien. Die Regierung werde in der Kammer für die Abschaffung der Öffentlichkeit eintreten.

England.

Die britische Arbeiterpartei und die Arbeitslosigkeit.

London, 20. Januar. (Fig. Ber.) Vor einigen Monaten sandte die Arbeiterpartei die Arbeiterabgeordneten Barnes und Henderson nach Deutschland, um da die Verhältnisse zu studieren, die gegen die Arbeitslosigkeit ergriffen werden. Ihr Bericht wurde gestern veröffentlicht. Zergend welche staatlichen Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit haben sie selbstredend nicht entbeden können, da keine existieren. Die Berichterstatter untersuchten besonders die Arbeitsnachweise und die kommunalen Arbeitslosenversicherungen in Köln und Straßburg. Sie gelangten zu folgenden Ergebnissen:

Trotz der Schutzgasse gibt es in Deutschland viel Arbeitslosigkeit, obwohl die Zahl der Arbeitslosen und der Armutsgrad in den von uns untersuchten Städten nicht die akute Stufe erreicht haben, wie bei uns. Die akute Stufe, wie sie in England erreicht wurde, ist in Deutschland durch folgende Ursachen verhindert worden:

1. Die Organisation und die systematische Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise, die sowohl die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer befähigen, sich über den wirklichen Stand des Arbeitsmarktes zu unterrichten, was zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen beiträgt.

2. Der Wunsch der Gemeindeverwaltungen und vieler Unternehmer, die Arbeitslosigkeit dadurch zu lindern, daß sie ihre Arbeiten den Zeiten besser anpassen.

3. Die deutschen Municipalitäten haben größere Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit in ihren Gebieten zu lindern, da der Staat ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legt.

Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so läßt sich nur sagen, daß sie sich noch im Versuchsstadium befindet. Von allen Versuchen fanden sie den in Straßburg gemachten für am meisten beachtenswert.

Persien.

Das revolutionäre Ispahan.

Moskau, 22. Januar. Dem „Nikolaj Slowo“ wird aus Ispahan gemeldet: Die Stadt und Umgebung sind in den Händen der Aufständischen, die Herrschaft führt der revolutionäre Klub, dieser organisiert eine Volksmiliz. Um 7 Uhr tobt seit zwei Tagen ein heftiger Artilleriekampf. Zahlreiche Gebäude sind niedergebrochen. Ein Massenübertritt der Baghiaren zu den Insurgenten ist bevorstehend.

Amerika.

Japanerheute.

London, 22. Januar. Die kalifornischen Zeitungen verlangen, wie der „Standard“ aus New York meldet, die Rückkehr der amerikanischen Schlachtflotte nach der pazifischen Küste, da diese gegen einen japanischen Angriff nicht verteidigt sei. Auch Randolph Hearst fordere die Rückkehr der Flotte.

Denselben Platte zufolge empfiehlt ein jetzt veröffentlichter Bericht des Generalstabes der amerikanischen Armee den unverzüglichen Bau von Befestigungen im Hafen von San Pedro bei Los Angeles. Diese Befestigungen würden 700 000 Pfd. Sterling kosten. In dem Bericht heißt es: Wenn man das Fehlen eines wirksamen Widerstandes zur See voraussetzt, so könne eine gewisse Orientierung im Laufe eines Monats von dem Augenblick an gerechnet, von dem feindliche Absichten überhaupt nur vermutet werden könnten, 100 000 Mann an der pazifischen Küste landen und diese Zahl am Ende des zweiten Monats bis auf 300 000 gebracht haben. Bei der Bestimmung etwaler in Feindes Hand, so würde es den Vereinigten Staaten aber unmöglich sein, sie wieder zurückzuerobern.

Gewerkschaftliches.

Lebius triumphator.

Sein Mundwerk ist sein edelstes Organ! Groß und geräumig; mit doppelter Jungel! Was er auszusprechen vermag, das ist zum Verwundern! Man meint, er hätte am Sonntag eine Niederlage erlitten. Alle, die der damaligen Versammlung beizwohnten, sind sich einig darüber! Aber er reißt unentwegt sein gewaltiges Mundwerk auf und brüllt „Viktoria!“

Wir waren auf einiges gefaßt für die heutige Nummer des „Bund“. Soll sie doch der Beeinflussung der Wahlen im Siemenswerk dienen. Aber wie hier eine gewaltige Niederlage in einen brillanten Sieg umgerechnet wird, das kann nur ein Genie auf dem Gebiete der Umwälzung alles Wahrscheinlichen vollführen, das kann nur ein Lebius.

Den Auszug der von ihm abrückenden Arbeiter aus dem Saale stellt er so dar:

„Irregulär durch den furchtbaren Lärm der Roten, die die Versammlung sprengen wollten, hatte leider ein Teil unserer Mitglieder auch den Saal verlassen, so daß die Versammlung nur noch vor zwei Drittel beiegeten Saal fortgesetzt werden konnte.“

Aber am Schlusse seines Berichtes verrät er, wie groß noch die Teilnehmerzahl war, die den Saal in der „Germania“ zu zwei Drittel zu füllen vermochte. Da heißt es:

„Alle Wagen und Automobile wurden von den Verbandsbeamten weggenommen, um die Gassen zu hindern, den Schauplatz der wüsten Ausschreitungen zu verlassen.“

Was das Begünstigen betrifft, so ist das natürlich nicht wahr, sonst würde Lebius es nicht behaupten. Aber das Geständnis muß man festhalten, daß die Gelben am Schluß der Versammlung in den Droschken der in der Nähe des Saales liegenden Haltestelle Platz zum Verlassen der Stätte ihrer Triumphe gefunden hätten. Ganz stimmt das nun allerdings auch wieder nicht, denn es ist eine Behauptung von Lebius. Die Zahl der gelben Resolutionshelden betrug einige Achtzig.

Wie Lebius seinen „Sieg“ in Wirklichkeit einschätzt, zeigt seine Wit, der er stets durch einige Denunziationen Luft macht. So denunziert er den Schriftführer des Hlohischen gelben Vereins seiner Firma, weil dieser seinem Ekel gegen die gelbe Korruption gar zu drastisch Ausdruck gab. So denunziert er die „Frankfurter Zeitung“, die „Berliner Morgenpost“ als käuflich, wie er selbst es ist. Die „Zeit am Montag“ und die „Soziale Praxis“ nennt er „verblissene sozialistische Organe“. Und wie er unseren Genossen Reinko in der Versammlung beschimpfte und jetzt wieder beschimpft als den „berühmtesten Richterstatue des „Vortwärts“, denunziert er einen der bekanntesten bürgerlichen Journalisten, der seit einem Menschenalter die Presse aller Parteien in anerkannt sachlicher Weise bedient, Herrn Hugo Friedländer, als „notorischen Sozialdemokraten“. Warum? Weil Herr Friedländer es seinem Ansehen schuldig war, über die Versammlung objektiv und damit natürlich nicht im Interesse des Herrn Lebius zu berichten.

Wie kann man aber auch die Wahrheit über Herrn Lebius schreiben, die Wahrheit, die ihn bei jeder Verhörung wie ein Weichhieb schmerzt und die er darum haßt wie andere die Sünde!

Eine Scharfmacherrede.

Der Generalsekretär Kasse vom Berliner Kartell der Bauhandwerker hielt in Dresden eine nette Rede in einer nicht öffentlichen Versammlung der Bauarbeitgeber. Wir bringen daraus folgendes:

Meine Herren! Wenn wir allen Widerwärtigkeiten in unseren Gewerben entgegenzutreten wollen, dann müssen wir die einzelnen Arbeitgeberverbände der verschiedenen Gewerbe, welche im Vergewerbe tätig sind, zu einem Kartell zusammenschließen. Nur dann haben wir ein gutes Abwehrmittel gegen die unerschütterten Forderungen der Arbeitnehmer. Auch die Industrie hängt mit dem Baugewerbe zusammen, mithin gehören Bauhandwerk und Industrie zusammen. Wir wollen aber keine Kampforganisation gründen, sondern nur eine Abwehrorganisation (1). Heute stellen nicht die Arbeitnehmer die Forderungen, sondern die sozialdemokratische Partei stellt sie. Für uns kann es kein Aufzwingen geben, sondern das Bestimmungsrecht muß uns überlassen bleiben. Lohnforderungen können wir ja noch ertragen, was spielen ein paar Tausend Mark bei einem höheren Anschlag für eine Pötte, gar keine, aber daß man plötzlich, wenn wir den Bau abgeschlossen haben, die Arbeit niederlegt, uns demütigt, das kann und darf es nicht geben, dagegen müssen wir uns zu schützen suchen. Wir in Berlin haben es versucht, und es ist gelungen, die Streiks abzumildern durch die Macht unserer Organisation. (1)

Meine Herren, vor allem dürfen wir uns das Bestimmungsrecht in unseren Betrieben, ob großer, ob kleiner Betrieb, nicht nehmen lassen. Nur wir haben zu bestimmen, der Arbeiter hat einfach zu gehorchen.

Die Tarife werden aber erst dann zur Geltung kommen, wenn sie reichsgesetzlich geregelt sind. Vor allem müssen in allen Gewerben alle Tarife an einem bestimmten Tage ablaufen. Zum Beispiel wie jetzt zum 31. März 1910. Dadurch gewinnen wir an Macht gegen die Arbeitnehmerorganisationen. In den

Arbeitsnachweise

dürfen nur die Arbeitgeber zu bestimmen haben. Man nennt unsere Arbeitsnachweise jetzt Maßregelungsbüros. Das schadet nichts; ich will offen gestehen, es muß und freistehen, jene Elemente von den Arbeitsstellen fernzuhalten, welche unter den Arbeitern die Gefahrheit verrichten. Man soll aber Milde walten lassen, man soll diese Leute eine Zeilang fesseln lassen und dann ernstlich ermahnen und soll Abbitte von ihnen verlangen, tun sie diese, dann soll man sie wieder einstellen. Auch das Reichsgericht hat sich jetzt auf dem Standpunkt gestellt (denn ich habe ja schon eine Masse Klagen wegen Schadenersatz gehabt), daß solche notorische Heher kein Recht auf Einstellung haben.

Vor allem aber müssen Entlassungsscheine eingeführt werden. Das Gesetz bestimmt in diesem Falle, daß ein Entlassungsschein kein Merkmal tragen darf. Diese brauchen auch ein solches gar nicht, es genügt schon, wenn ein solches Kartell einheitliche Entlassungsscheine hat, die wiederum anderen Arbeitgeberverbänden bekannt sind, um diesen Leuten bei Streiks und Aussperrungen die Einstellung in anderen Orten unmöglich zu machen.

Wir können heute durchaus nicht zufrieden sein mit dem Schutz unserer Behörden gegenüber den Arbeitswilligen. Die Strafe für solche Leute, welche die Arbeitswilligen beleidigen, ist viel zu gering. Ich selbst habe bei einem großen Kampfe 360 Klagen veranlaßt, und was glauben Sie, meine Herren, nach zwei Jahren endlich wurden einige wenige mit ein paar Wochen Gefängnis bestraft.

Wir wären beim Holzarbeiterstreik in Berlin verloren gegangen, hätten wir nicht vom Verband Deutscher Arbeitgeberverbände die Mittel erhalten. Allerdings, das muß gesagt werden, der Streik hat uns große Wunden geschlagen. Ein Verlust von 12 Millionen Mark, wo wir die Hälfte mindestens zu tragen hätten. Die Streikklausel muß in alle Lieferungsverträge hinein.

In letzter Zeit sind erfreulicherweise die gelben Gewerkschaften entstanden; diese sind geeignet, den Übermut der sozialistischen Gewerkschaften zu dämmen; für uns sind sie praktisch und wir können sie nur fördern.

Unsere Behörden nehmen zu wenig Rücksicht auf den Unternehmer mit den sozialen Gesetzen. Wir Arbeitgeber sind heute noch die wirtschaftlich Schwachen, wir müssen vielmehr geschützt werden.

Berlin und Umgegend.

Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands.

Die für Sonntag, den 21. Januar, nach dem Gewerkschaftshause anberaumte Konferenz der Provinz Brandenburg fällt umständehalber aus.

Lohnbrücker bei den Formern.

Die Formern und Eisengießer klagen bitter über die unangesehene Lohnbrücker in ihrem Verufe. Die Gießereibesitzer unterbieten sich gegenseitig oft in der Jagd nach Aufträgen von großen Firmen. Den Schaden haben dann die Arbeiter zu tragen, die durch die gegenwärtig herrschende Arbeitslosigkeit den Unternehmern ausgeliefert sind. Die Agitationskommission des Verbandes hat festgestellt, daß der Verdienst der Formern pro Woche um 10 bis 15 M. geringer ist als im Jahre 1907. Diese Feststellung geschah durch Vergleiche der Lohnlisten aus einer großen Anzahl von Firmen. Man hat zwei Klassen von Unternehmern bei der Lohnbrücker gefunden. Die eine versucht sich glücklich mit den Arbeitern abzufinden und diese zu bewegen, sich Abzüge ruhig gefallen zu lassen, weil die Zeiten schlecht seien. Die andere Klasse versucht durch allerlei unanständige Manipulationen die Arbeiter um ihren Lohn zu bringen und droht gleich mit Entlassung. Bei Ludwig Löwe ist ein Arbeiter durch fortgesetzte Lohnbrücker zur Verzweiflung getrieben worden. Eine tiefe Niedergelassenheit bemächtigte sich seiner, er beging Selbstmord durch Erhängen. Viele Formern arbeiten nicht die volle Woche, sondern machen regelmäßig Freiertage, wo die Arbeit knapp ist. Die Zahl der beschäftigten Formern ist nach den Angaben der Agitationskommission stark zurückgegangen. Während am 1. Oktober 1907 die Zahl 8835 betrug, wurden am 15. April 1908 nur noch 8470 Beschäftigte gezählt und mit Ende des Jahres 1908 nur 8100. Zu Weihnachten unterjährt der Verband 156 arbeitslose Mitglieder, an die 2300 M. ausgezahlt wurden. Davon waren 1491 M. auf Sammelstellen eingegangen. — Eine tiefe Verbitterung hat sich der Arbeiter über die jetzt bestehenden Verhältnisse und besonders über die von fast allen Unternehmern getriebene Lohnbrücker bemächtigt, das kam in der letzten Versammlung der Formern, die am Donnerstag in den Vorussiasalen stattfand, deutlich zum Ausdruck.

Die Berliner Maler und der Reichstagsrat.

Der Verband der Maler hielt am Donnerstag eine Mitglieder-versammlung ab, welche die Diskussion über den Reichs-Lohnkorridor fortsetzte und beendete. Hauptächlich waren es die tarifliche Festsetzung einer Mindestarbeitsleistung und der Akkordarbeit, worüber die Meinungen der Maler auseinandergingen. Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten haben prinzipiell gegen die Schaffung eines Reichstagsrats für unser Gewerbe nichts einzuwenden, sie nehmen jedoch von einer Beschlussfassung über den Inhalt des in diesem Jahre geschaffenen Normaltarifs Abstand. — Die Versammelten sind der Meinung, daß eine Zustimmung oder Ablehnung einzelner Bestimmungen immer erst abhängig ist vom Gesamterhalt eines Tarifs. Deshalb ist abzuwarten, inwieweit die Arbeitgeber bei den nächstjährigen Verhandlungen unseren Wünschen entgegenkommen. — Im übrigen setzen die Versammelten in die Generalversammlung zu Köln das Vertrauen, daß unsere Vertreter bei Aufstellung der Richtlinien für den gesamten Verband auch fernerhin die Interessen der Mitglieder energisch wahren werden.

Aus der in der Versammlung vorgenommenen Stichwahl gingen als Delegierte zum Verbandstag hervor: Fleischer, Kloy und Wendel. — In der Hauptwahl sind schon früher Bernd Eisner und Link gewählt.

Deutsches Reich.

Prolet der Nordmark.

Gegen die Preisdrücker der Gewerbeverwaltung, die von der Krise insofern zu profitieren versucht, als sie Geschloßkörbe in großer Zahl zu stark reduzierten Preisen vergeben hat, haben die Nordmarker ganz Deutschlands am letzten Sonntag Stellung genommen. Aus 25 Versammlungen mit 2144 Teilnehmern wurde berichtet, daß Petitionen an den Kriegsminister beschlossen worden sind, in denen verlangt wird, die Lieferungsbedingungen für Geschloßkörbe eine Bestimmung aufzunehmen, die die Unternehmer verpflichtet, wenigstens den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Ebenso soll das Zwischenmeisterstück und das Verschleppen der Arbeit in die Hausindustrie verhindert werden. Besonders lebhaft war die Protestbewegung im oberfränkischen Nordmarkbezirk. Die dortigen Nordmarker waren bisher nicht organisiert, jetzt fühlen sie, daß sie deshalb den Lohnbrücker nur geringen Widerstand entgegenzusetzen vermögen. Jetzt endlich haben sie sich aufgerafft und den Anschluß an die zuständige Organisation, den deutschen Holzarbeiterverband, in großer Zahl bewirkt.

Tariffündigung in der Holzindustrie.

Der „Südwesentliche Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe“ Mannheim-Ludwigshafen hat den bisher gültigen Tarifvertrag gekündigt. Bei der Kündigung erklärte der Arbeitgeberverband, daß er der Arbeiterschaft einen neuen Tarifentwurf vorlegen werde und der neu abzuschließende Vertrag bis zum 11. Februar 1911 Geltung haben soll.

Maßregelung von Grundbesitzern.

Auf Fache „Vorussia“ wurden, wie aus P o h u m gemeldet wird, sämtliche Steiger entlassen; die Fohrbauer besetzen den Steigerdienst. Auf Grube „Saar und Rosel“ in Merlenbach bei Saarbrücken wurde der Direktor Vogelkang entlassen und auf die schwarze Liste gesetzt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstagsstichwahl im Wahlkreise Siegen-Wittgenstein.

Siegen, 22. Januar. (Privattelegramm des „Vortwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl erhielt Vogel (nationalliberal) 17 921 Stimmen, während auf Kumm (Christlich-sozial) 15 699 Stimmen entfielen. Vogel ist somit gewählt.

Polnischer Massenprotest wegen Geheimbündelei.

Gleiwitz, 22. Januar. (B. L. B.) In dem Prozeß gegen 84 Mitglieder des Pilsnitzer polnisch-katholischen Männer- und Jünglingsvereins wegen Geheimbündelei wurde auf Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu sechs Wochen erkannt. Zwölf Angeklagte wurden freigesprochen.

Gestrandet.

Geestmünde, 22. Januar. (V. S.) Der hiesige Fischdampfer „Grönland“ ist bei Island gestrandet. Das Schiff ist verloren, die Mannschaft konnte gerettet werden.

Tödlicher Unfall.

Trier, 22. Januar. (V. S.) Durch Erd- und Steinmassen wurden infolge eines Sprengschusses beim Eisenbahnbau Erdbesitzung ein Schachtmeister und ein Arbeiter verschüttet, beide wurden getötet.

Reichstag.

191. Sitzung, Freitag, den 22. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die

Befreiung der Interpellationen der Sozialdemokraten und der Polen betreffend die Anwendung des Reichvereinsgesetzes.

Abg. Noeren (Z.): Nach der Schilderung des Staatssekretärs steht der Westen Preußens eigentlich unter der Herrschaft polnischer Vereine. Das geschlossene Wirken dieser Vereine ist nur eine Folge der halakatischen Drangsalierung der Polen im Osten. (Lebhaftes Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Uebrigens werden die Polen zur Ausübung der gewerkschaftlichen Organisationen zu politischen Zwecken geradezu gezwungen, weil ihnen die Bildung politischer Vereine äußerst erschwert wird. (Sehr richtig!) Keineswegs aber kann hieraus auf eine großpolnische, auf die Vertreibung der Polen vom Reich gerichtete Bewegung geschlossen werden. Aber selbst wenn dies zuträfe, könnte das vielleicht zu einer Ausnahmebestimmung gegen die Polen führen, ändert aber nichts daran, daß das bestehende Gesetz grundsätzlich den Polen die Bildung von Gewerkschaften nicht verbietet. Ueberhaupt hat der Staatssekretär versucht, den Kernpunkt der Frage zu verschieben. Es handelt sich darum, ob die Erklärung, die der Staatssekretär bei der Beratung des Sprachenparagrafen abgegeben hat, sich auch auf die polnischen Gewerkschaften bezieht. Im Dezember hat der Staatssekretär seine Erklärung dahin deklariert, daß sie sich auf die polnischen Organisationen nicht bezieht. Die Interpellanten behaupten, daß diese Erklärung im Widerspruch mit dem Sinn und Wortlaut der bei der Beratung des Gesetzes abgegebenen Erklärung steht. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Das Gesetz hat bei seiner Ausführung zu Maßnahmen geführt, die bei der Beratung für ausgeschlossen gehalten wurden. Die Schuld daran haben aber nicht die ausführenden Beamten, sondern das Gesetz mit seinen Mängeln und Lücken, und die Verantwortung tragen die, welche das Gesetz votiert haben, obwohl deutlich auf diese Mängel und Lücken hingewiesen worden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Trotzdem muß Widerspruch dagegen erhoben werden, daß jetzt behauptet wird, die Erklärung des Staatssekretärs habe sich auf die aus polnischen Mitgliedern bestehenden Gewerkschaften nicht bezogen. Wollte er die polnischen Gewerkschaften generell ausgeschlossen wissen, so hätte er das ausdrücklich erklären müssen. (Lebhaftes Beifall im Zentrum.) Als er auf die Anfrage des Abg. Graf eine etwas verlausulierte Erklärung abgab, die auf die christlichsozialen Gewerkschaften allein bezogen werden konnte, sagte Herr Müller-Reinigen: „Wir wollen, daß alle Arbeiterorganisationen von diesen Beschränkungen frei bleiben, die Christen- und alle anderen Arbeiterorganisationen auch.“ (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Also alle ohne Ausnahme, und ohne daß lokale oder politische Bestrebungen eine Rolle spielen, sollten nach dem Wunsche des Herrn Müller-Reinigen von dem Sprachenparagrafen ausgenommen werden. Wenn der Herr Staatssekretär darauf antwortete: „Aus den Ausführungen des Abg. Müller-Reinigen entnehme ich, daß ich dahin mißverstanden bin, als ob ich nur die christliche gewerkschaftliche Bewegung gemeint habe. Ich lege Wert darauf, daß sich kein Irrtum festsetzt und stelle ausdrücklich fest, daß sich meine Bemerkung keineswegs auf die christlichsozialen Arbeiterorganisationen beschränkt hat“, und wenn Herr Müller-Reinigen sich bei dieser Erklärung beruhigt, so gehört doch geradezu ein logischer Saltomortale dazu, zu schließen, die Zusage beziehe sich folglich nicht auf die aus polnischen Mitgliedern zusammengesetzten Gewerkschaften! Deshalb ist mir die neuliche Erklärung des Abg. Wiemer, daß er schon damals die Erklärung des Staatssekretärs in dem einschränkenden Sinne aufgefaßt habe, völlig unverständlich, um so mehr, als auch Herr Müller-Reinigen in seinem Kommentar zu dem Sprachenparagrafen sagt: „Aus dieser Antwort geht hervor, daß die ganze gewerkschaftliche Vereinigung, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehört, gleichmäßig behandelt werden soll.“ (Hört! hört!) Nicht nur mir, sondern auch Herrn Müller-Reinigen nahe liegenden Kreisen ist seine Stellung unverständlich. Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb, seine Stellungnahme zu § 12 sei ein Rätsel. Darauf schrieb Herr Müller-Reinigen der „Frankfurter Zeitung“ einen Brief, welcher die Sache noch rätselhafter macht. Er erklärt nämlich, er habe schon bei Abgabe der Erklärung ihre einschränkende Bedeutung erkannt und habe auch

bei seiner Anfrage unter allen Gewerkschaften nur die deutschen verstanden und es für selbstverständlich erachtet, daß die aus polnischen Mitgliedern bestehenden Gewerkschaften von der Vergünstigung ausgeschlossen seien; daselbe sei auch der Fall gewesen, als er den Kommentar schrieb. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Darauf hat die „Frankfurter Zeitung“ geantwortet: „Wenn Herr Müller-Reinigen gewußt hat, was die Erklärung des Staatssekretärs bedeuten sollte, dann hätte er jene wichtige Stelle seines Kommentars anders fassen müssen; denn dem Leser kommt es nicht darauf an, was Herr Müller-Reinigen sich dabei dachte, sondern was er schrieb (Lebhaftes Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)“ und der Leser kann nicht wissen, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung nicht die ganze ist.“ (Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wenn übrigens die Öffentlichkeit für so schwerwiegend erachtet wird, daß sogar der Gebrauch der Muttersprache in der Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, so hätte der Gesetzgeber klar zum Ausdruck bringen müssen, wann Öffentlichkeit vorliegt. (Zustimmung im Zentrum.) Uebrigens wird der Gebrauch der polnischen Sprache auch — dem Gesetz zufolge — in im Landkreise Mattbor verboten, der noch nicht 10 Proz. deutsche Bevölkerung zählt! Das Gesetz verlangt für diesen Fall eine deutsche Bevölkerung von mindestens 40 Proz. (Hört! hört! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Aber die hier vorgebrachten Klagen werden vielleicht für eine kurze Zeit den ärgsten Uebelständen abhelfen, dauernde Abhilfe jedoch kann nur durch eine Abänderung des Gesetzes erfolgen. (Lebhaftes Beifall im Zentrum.)

Abg. Gans Eder zu Puttlitz (Lof.): Die Beschwerden der Interpellanten richten sich eigentlich mehr gegen das Gesetz als gegen die Handhabung. Wenn die Herren abgewartet hätten, bis die gegen die Handhabung eingelegten Beschwerden erledigt waren, hätten sie sich die Interpellation ersparen können. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Staatssekretär ist bei seinen Erklärungen durchaus korrekt und loyal vorgegangen. (Sehr richtig! rechts.) Im übrigen finde ich es geradezu überraschend, wie verhältnismäßig wenig Mißgriffe von den unteren Behörden vorgekommen sind! Die Vorwürfe gegen die aufsichtsführenden Behörden sind vollends unberechtigt. (Bravo! rechts.) Daß hier so lange darüber verhandelt wird, ist für mich nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung der Anträge auf Erweiterung des Interpellationsrechts! Man hätte die Zeit besser für wichtigeren Sachen als für diese verfrühte Interpellation benutzen können. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Jund (nall.): Ich teile das Bedauern des Herrn Vorredners nicht, sondern bedauere nur, daß unsere Geschäftsordnung noch nicht soweit ausgebaut ist, daß wir bei dieser Gelegenheit dem Manne ein Vertrauensvotum ausstellen können, der es verdient. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Bedenklich ist es, wenn alle sozialpolitischen Maßnahmen einfach als politische angesehen werden. (Zuruf: Na also! bei den Polen.) In dubio (im Zweifel) sollte man hier immer zugunsten der Gewerkschaften entscheiden. Für die polnischen Berufsvereine treffen diese Rücksichten aber nicht zu, nachdem geltend geradezu eine Fülle von Material zum Beweise dafür erbracht worden ist, daß diese Berufsvereine weniger wirtschaftliche als national-polnische Ziele verfolgen. Mit der Anwendung des Sprachenparagrafen auf die polnischen Berufsvereine sind meine Freunde daher einverstanden. Alle Voraussetzungen über die Verschlechterung der Zustände in Süddeutschland haben sich als falsch erwiesen. In Hessen und Thüringen ist die Praxis eine genau so freie wie früher. Daß in Preußen und Sachsen Mißgriffe vorgekommen sind, ist nicht wunderbar, nachdem es die dortige Polizei Jahrzehnte lang für ihre besondere Aufgabe gehalten hat, sich auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts zu betätigen. Daß trotzdem nur (!) ganze 100 Fälle in Preußen zusammengefaßt sind, beweist, wie außerordentlich gering Ihr Material ist. (Lachen bei den Polen.) Wenn Sie noch mehr Fälle haben, dann heraus mit Ihrem Niederschlag, damit wir darauf antworten können. In Sachsen haben die Sozialdemokraten sogar ihre Parteivertränke besonders auf die Vorteile des neuen Gesetzes hingewiesen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Daß Mißgriffe vorgekommen sind, geben wir zu. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist genug!) Es fragt sich nur, ob die Mißgriffe eine Interpellation rechtfertigen, oder ob man nicht die Interpellanten auf die Einlegung der Beschwerde im Instanzenzuge verwiesen muß. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine Legaldefinition des Begriffs der „öffentlichen“ Versammlung hätte auch nichts genützt. Es wären dann ebenso viel Beschwerden gegen zu beschuldigte Auslegung der Gesetze gekommen. (Sehr richtig! bei den National-

liberalen.) Fälle systematischer Beschränkung des neuen Vereinsgesetzes sind nicht vorgebracht. Was die Herren Interpellanten vorführen, ist gewogen und zu leicht befunden worden. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Auch wir sind dankbar für die Einbringung der Interpellationen, die uns Gelegenheit gibt, unsere Stellung zu der Handhabung des Vereinsgesetzes darzulegen. Schon bei der Kritik in der zweiten Beratung des Gesetzes wurde maßlos übertrieben. Inzwischen ist ein Umschwung der öffentlichen Meinung eingetreten gerade da, wo man glaubte, durch das Gesetz etwas zu verlieren. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Oder können Herr Hildenbrand, Herr Gröber, Herr Frank Klagen über die Anwendung des Gesetzes vorbringen? Herr Jund rief Debebour zu: Daß das Gesetz Vorteile bringt, haben wir nie geleugnet. (Debebour: Sehr kleine!) Bei der Beratung des Gesetzes hang es anders, da hieß es: Volksverrat, Vordenkreich der freisinnigen Vordrüber, Gaunerei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß das Gesetz auch Vorteile gebracht hat, haben Ihnen erst Edmund Fischer und Feus mitteilen müssen. Eduard Bernstein sagt mit Recht von der radikalen Sozialdemokratie, daß sie alle Reformen weg- leugnet, alle reaktionären Maßnahmen mit Jubel begrüßt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Aus meinem Kommentar

reicht Herr Noeren willkürlich Sätze heraus. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die angezogenen Stellen sind nur im Zusammenhang mit unseren Anfragen bei der Beratung des Vereinsgesetzes zu verstehen. Jeder, der die Plenar- und Kommissionsberatungen kennt, muß wissen, daß die Frage des Kollegen Graf und meine Zufahrt sich nicht auf die polnischen Gewerkschaften bezogen. Die langen Ausführungen des Herrn Graf hätten ja gar keinen Sinn gehabt, wenn er nicht getruht hätte, daß die polnischen Gewerkschaften eben nicht von dem Sprachenparagrafen ausgenommen werden sollten. Wir wollten ursprünglich die ganze Gewerkschaftsbewegung ausnehmen, das später aber an dem Widerstreben und dem unbedingten Nein des Staatssekretärs. — Wir wünschten eine generelle Befreiung des Staatssekretärs, daß die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Anwendung des Sprachenparagrafen ausgenommen werden soll. Den christlichen, den Christen-Dunderschen, auch den freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften muß die Möglichkeit gewährt werden, mit ihren polnischen Arbeitskollegen in ihrer Sprache zu verkehren. Ein generelles Verbot der Anwendung der polnischen Sprache seitens der polnischen Berufsvereine in Rheinland-Westfalen wünschen wir auch nicht. Das steht aber nach den Ausführungen des Staatssekretärs (er hätte sie früher machen sollen, dann wären die Verhandlungen vom vorigen Frühjahr stark abgefürzt worden. Sehr richtig! beim Volk) völlig fest, daß die polnischen Berufsvereine als Stufen für nationalpolnische politische Bestrebungen benutzt werden.

Der § 12, der Sprachenparagrafen, muß also auf die polnischen Berufsvereine angewendet werden.

Hört! hört! beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wir Liberalen wären dummköpfe gewesen, wenn wir das Gesetz an der Spitze des Sprachenparagrafen hätten scheitern lassen! (Großer Beifall beim Volk.) Die polnischen Staatsbürger sollen sich ihrer Pflichten gegen das deutsche Vaterland bewußt sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Ueber die lokale Ausführung des Gesetzes werden auch wir wachen. Auch nach der Rede des Fürsten Bülow im Abgeordnetenhause halten wir an unserem Rechte der Kritik fest.

Die gefirgten Ausführungen des Kollegen Bethmann-Hollweg (Schallende Heiterkeit. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sind Sie schon so weit? Erneute fürmische Heiterkeit) — ich wollte sagen, des Staatssekretärs Bethmann-Hollweg beweisen seine völlige Loyalität. Auch mein Freund Bayer (Zuruf: von Bayer! Heiterkeit) hat bereits vorher ausgeführt, daß er durchaus von dieser Loyalität überzeugt ist. Immerhin bedauern auch wir gewisse Mängel und Mißgriffe bei der Ausführung des Gesetzes. Die Instruktion der preussischen Regierung sollte dem Publikum zugänglich gemacht werden, damit es weiß, welche Rechte es gegenüber der Polizei hat. Die Zeitungen, die als Publikationsorgane dienen, müßten gewarnt sein, Anzeigen der Versammlungen aller Parteien aufzunehmen.

Eine Definition des Begriffs „öffentliche Versammlung“ in den Gesetzentwurf aufzunehmen, wie Herr Noeren und die Sozialdemokraten es verlangen, war unmöglich. Wir versprechen uns

Kleines feuilleton.

Die Erdbebenzeitung. Der italienische Abgeordnete Micheli, der nach der Erdbebenkatastrophe in Sizilien und Kalabrien durch seine Organisationstätigkeit sich hervorgetan, hat für die Ueberlebenden von Messina auch eine Zeitung ins Leben gerufen. Das Blättchen heißt „Ordinal e notizia“ und erscheint seit dem 10. Januar; es wird von Soldaten gedruckt und bestand in den ersten Tagen nur aus einem einzigen Blatt Papier, das überdies nur auf einer Seite bedruckt war. Die Zeitung wird in der primitivsten Weise hergestellt, die Buchstaben des Satzes sind so groß wie Schachteln. Sie der Redaktion ist eine Parade, Nummer 5 der Abteilung „Paraden der Sporkasse von Parma“ auf dem San Martino-Platz. Die Zeitung bringt die offiziellen Bekanntmachungen des Generals Mazza, die Mitteilungen der Zentralbehörde und die Kundgebungen von Lokalbehörden, die ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Von der am 14. Januar erschienenen 8. Nummer ab ist auch die Bekannde wieder in ihre Rechte getreten. Und was für eine merkwürdige Bekannde! Zwei glückliche Bejagen von Ziegen teilen mit, daß sie zum Nutzen des Publikums einen besonderen Verkauf von frischer Milch eröffnen haben und zu größerer Bequemlichkeit der Kundschaft ihre Ziegenherden durch die Stadt führen. Die Ziegen würden jeden Morgen auf dem San Martino-Platz zu finden sein; Preis der Milch: 50 Centesimi (40 Pfennig); die Milch ist also etwas teurer als in normalen Zeiten; sie wird wahrhaftig noch billiger werden, wenn der amerikanische Dampfer „Jinolis“ mit seinen unentgeltlich zu verteilenden Fässern konservierter frischer Milch eingetroffen ist. Etwas melancholisch klingt die Annonce eines armen Barbiers, der sich „an seine geerbte Kundschaft von früher“ sowie „an die Herren Militärs und an die anwesenden Fremden“ wendet, um kundzutun, daß er wieder „seinen Kasernation auf der San Martino-Straße“ eröffnet hat. Er bittet für aufmerksame Bedienung und erklärt, daß er „die gewöhnlichen Preise“ nimmt. Ein ambulanter Gemüsehändler wird in folgender Weise angekündigt: „Jeden Tag ziehen die Gebrüder Calabro von Sante durch die Stadt und verkaufen zu durchaus mäßigen Preisen Fenchel, Mettli, Blumenkohl und verschiedene andere Gemüsesorten.“ Es empfehlen sich ferner: eine öffentliche Waschanstalt, eine Speisewirtschaft und eine Volksschule. Das kleine Zeitungsbüttchen offenbart ebenfals, daß aus den Ruinen neues Leben spricht.

Antimilitarismus — eine Krankheit. In einem französischen Schwan, der auch auf deutschen Bühnen viel gespielt worden ist, kommt die wichtig erkundene Figur eines Regimentsarztes vor, der eine neue Krankheit gefunden hat: die Hysterie des Soldaten, die er in verschiedenen Formen auftreten sieht, als Hysterie des Gemeinen, des Unteroffiziers, des Wachtmeisters usw. Dielem Geschöpf heiterer Phantasie hat nun die Wirklichkeit ein Gegenbild geschaffen in einem Pariser Jrenarzte, der dieser Tage mit bitterem Ernst einen Vortrag über den Antimilitarismus als Kritiker gehalten hat. Doktor Verillon — so heißt der

geniale Entdecker — hat in seiner Praxis bemerkt, daß die Neurotiker, die erotische Entarteten usw. feige sind und die Gewalt verabscheuen. Daraus zieht er mit glänzender Logik den Schluss, daß die Gegner des Krieges und des Militarismus Neurotiker, erkrankt abnormal oder so etwas Bekleidet sind, jedenfalls Kranke, Deludente, Auswuchs der Menschheit. Und damit den Zuschauern nicht der geringste Zweifel an der durchschlagenden Kraft dieser Argumentation bleibe, fährt er in Projektionen verschiedene Typen von „Antimilitaristen“ vor: einen Gutmüthen, einen Mischli u. a. Der Redner scheint nach den Berichten der bürgerlichen Presse, sein Publikum vollständig überzeugt zu haben. Er hatte allerdings dabei das Glück, daß lauter ausgewachsene Patrioten und kein Gymnasiast anwesend war. Denn dieser wäre resolut aufgestanden und hätte dem Herrn Doktor gesagt: „Ihre Schlussfolgerung ist falsch und ich würde durchs Examen rufen, wenn ich sie anwendete. Alle Menschen sind sterblich, aber darum ist nicht alles Sterbliche ein Mensch, sagt unser Lehrer. Wenn alle Neurotiker sind, Gegner der Gewalt sind, so sind darum noch nicht alle Feindlichen Neurotiker usw. Und dann, Herr Doktor, ist Freigiebt und Antimilitarismus noch zweierlei. Wenn ein Proletarier seinen in die Uniform gekleideten Kameraden sagt, daß sie besseres zu tun haben, als auf Demonstrationen einzuhauen, und wenn er dabei bewußt Gefährnis riskiert, so ist er noch nicht feige. Auch ist er vielleicht weit weniger Neurotiker als mancher, der den Soldaten die Pflicht auferlegen will, auf Vater und Mutter zu schießen. Was endlich die erotischen Entarteten anlangt, so sind wir ja in unserer Klasse in der regellosen Aufführung eigentlich noch nicht so weit, aber ich habe trotzdem von solchen gehört, die aber schon sehr Militaristen waren.“ Aber, wie gesagt, es war kein Gymnasiast da, und so gilt Herr Verillon als unangefochtener Entdecker der „Hysterie des Antimilitaristen“. Wenigstens so lange, bis einer seiner Kollegen nachweist, daß er an der „Hysterie des Entdeckers“ leidet.

Theater.

Schauspiel-Theater: „Revolutionshochzeit“. Schauspiel von Sophus Michaëlis. Es war ein ungewöhnlicher, aber voll auf verdienter Erfolg, der dem Werke des jungen, dem deutschen Publikum bisher noch unbekannt dänischen Autors zuteil wurde. Die beiden ersten Akte interessierten, ließen es jedoch noch unentschieden, ob nicht die Kunst des Dichters sich in dem Aufspüren seltener Situationen, im Spiele mit unkonventionellen psychologischen Möglichkeiten etwa erschöpfe. Man wurde gespannt, doch nicht bezwungen. Aber dann führte der Weg, der bis dahin kein Ziel erkennen ließ, in raschem Aufstiege zu stolzen Höhen, die verstreuten Klänge flossen zu einem mächtvoll wogenden Hymnus zusammen. Ein gläubiger Jugendidealismus, der in der modernen Dramatik schon völlig ausgestorben schien, erhob hier seine Stimme, nach so langer Zeit wieder einen Helden zu feiern. Und dieses Heiligtum eines zum Tode Verurteilten, der im Bewußtsein, den Tod durch sein Handeln verdient zu haben, jede Furcht überwindet und sich freiwillig dem harten Gesetze unterwirft, wirkt hier um vieles überzeugender als

in Kleists altherühmtem „Prinzen von Homburg“. Bei Kleist beruht die Säule des Offiziers in einem Verstoße gegen die Disziplin, der jedoch zu dem Sieg des preussischen Heeres mit beiträgt. In der schließlichen Bereitschaft des Prinzen, das Todesurteil des Kriegsherrn als innerlich gerechtfertigt anzuerkennen, triumphiert am Ende nur das rein formale, durch die solbatische Dressur geschützte Gefühl der Disziplin. Das Drama wäre schlechthin unerträglich, wenn nicht zum Schluß dennoch die Begnadigung käme. Ganz anders ist das Schuldbewußtsein in Marc-Aron, dem französischen Revolutionskämpfer von Michaëlis' Schauspiel. Er dient nicht einem Herrn, sondern einer großen Sache, an der sein Herz mit allen Fasern hängt. Was er getan, das spiegelt sich in seinem Bewußtsein nicht so sehr als Ungehorsam gegen die erteilte Order, denn als unbegreiflicher Verrat an jener Sache, dem besten Teile seiner selbst, und so ist auch sein Entschluß zur Sühne ungleich zwingender begründet. Etwas vom Heroismus jener Zeiten, ein Jubel jenseits aller äußeren Disziplin drückt sich in der Bestimmung, in der er sein Schicksal aufnimmt, aus. Und als die Kraft erlahmen will, entzündet sie sich neu am Holdenfium des geliebten Weibes, für die er alles hingab.

Der Schauspiel ist ein französisches Schloß nahe der Grenze im Frühjahr 1793. Die Herrin feiert im Striege ihre Vermählung mit dem zurückgekehrten Jugendgeliebten, einem Emigranten und Offizier der Infanteriearmee. Revolutionäre Truppen umzingeln das Haus, der junge Gatte wird ergriffen und als Feind des Vaterlandes zum Tode verurteilt. Nur die Hochzeitsnacht soll ihm auf Fürsprache Marc-Arons noch vergönnt sein. Kläglich bricht der junge Mann, den die Marquisse sich als Musterbild der Tapferkeit geträumt hatte, zusammen. Machtlos prallen die anfeuernden Worte an ihm ab, ihre Liebe erlischt und nur das Mitleid bleibt noch. Sie will den Armen befreien und verlockt Marc-Aron, in dem ihr Anblick eine wahnsinnige Leidenschaft entzündet, ihr dazu zu verhelfen. Er weiß, daß darauf der Tod steht, weiß, daß er sich der Strafe nicht wird entziehen können oder wollen, und dennoch tut er, was sie erbittet, in einem unbeherrschbaren Drange, sich ihre Gunst zu erringen. Sein gefährter Ramesstolz und seine Kühnheit gewinnen sie wirklich. Der Schlußakt spielt am nächsten Morgen. Marc-Aron ist von der Seite der Schlafenden hinweggeschlichen, furchtbar schüttelt ihn nach den kurzen Stunden des Glückes das Todegraben. Aber wie sie zu ihm ins Zimmer tritt, ein seltsames Lächeln krankhafter Hingabe und Bewunderung auf den Lippen, zerflattern die Spulgehälften seines Hirnes in die leere Luft. Wie die beiden, Seele in Seele verschlungen, im Zwiesgespräch sich wechselseitig steigern und wie aus diesem Flammenbad sich revolutionärer Enthusiasmus sich freudiger, siegedrunkenem wie je zuvor erhebt, darin liegt das Eigenste der Dichtung. Den Parton, der ihm von seinem Obersten angeboten wird, weist er zurück und stellt sich, Feuer kommender, vor die Gewehre der Soldaten. Die prächtige Darstellung der beiden Hauptgestalten durch Friedrich Schiller und Ida Roland erreichte, Schritt haltend mit dem Geist des Dramas, gleichfalls in jenen letzten Szenen ihren Höhepunkt.

Von einer Schmälerung der Sozialdemokratie im Rahmen des gemeinen Rechts ebensowenig wie von Ausnahmemaßnahmen gegen die Sozialdemokratie, vor denen uns der Himmel bewahren möge. Ich will hier keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen der nord- und der süddeutschen Sozialdemokratie machen. So viel ist sicher, daß die königlich bayerische Sozialdemokratie (Große Heiterkeit beim Hof, Lachen bei den Sozialdemokraten) mit den dortigen Ministern sehr gut steht. Man hat — was ich sehr vernünftig finde — der Sozialdemokratie einen Teil des Nürnberger Bahnhofsgebäudes einräumt, ein fliegendes Postamt zur Verfügung gestellt usw. Die Polizei hat Ihnen nichts in den Weg gelegt und hat Sie nicht zusammengedrückt. Und sie hat recht daran getan, denn sonst hätten Sie sich nicht gegenseitig die Köpfe gewaschen (Lachen bei den Sozialdemokraten), und die bayerischen Vierdimpfel hätten den norddeutschen Fünfdimpfeln nicht so schön die Meinung gesagt, und die ganze Nürnberger Reiterjüngerei wäre unterblieben. (Große Heiterkeit.) Die preussische und die sächsische Regierung sollten diesem Beispiel folgen. Durch die Unterdrückung schafft man ein politisches Martyrium, und dieses schafft Willkür. (Schallende minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause. Redner merkt endlich, daß er sich verprochen hat, und fährt fort): Das soll keine Beleidigung sein. (Erneute Heiterkeit.) Ich meinte natürlich Willkür.

Redner führt Klage, daß auch gegen die Freisinnigen mit Schlänen vorgegangen werden. Der Jugendbildungsparagraph, den wir auf Wunsch der deutschen Lehrerzunft in das Gesetz aufgenommen haben (Lachen bei den Sozialdemokraten), darf nicht zu Schnüffelereien nach dem Alter der Versammlungsbesucher mißbraucht werden.

Redner bespricht sodann den bekannten

Fall Jozel.

Professor Jozel wurde in Leipzig verhindert, einen Vortrag über Massenmord und Massenheubung zu halten. Redner verliest die Entscheidung der königlichen Kreishauptmannschaft Leipzig, die er als interessantes Dokument zur Zeitgeschichte bezeichnen. Auf die Frage, ob er sich mit der Kreishauptmannschaft solidarisch erklären wolle, schüttelt der am Bundesratspräsidenten sitzende Geheimrat Fischer das Haupt. (Große Heiterkeit.) Die Kreishauptmannschaft von Leipzig scheint etwas sehr stark unter dem Einfluß der Stillschließungsvereine, dieser Logen zum Ordnen freigeblieben (Schallende Heiterkeit) zu stehen. In einer gewissen preussischen Stadt ist es Prof. Jozel übrigens noch schlimmer gegangen. Die höchste Polizeibehörde dieser Stadt warf die Frage auf: „Wer ist denn eigentlich dieser Jozel? Hat er auch den Knaststein?“ (Stürmische Heiterkeit.) Wir wußten von Anfang an, daß wir erst Schritt um Schritt eine liberale Praxis abringen müssen. Aber das Wichtigste ist erreicht worden: wir haben im Reichstage einen Resonanzboden für die Klagen geschaffen, die sonst vor dem preussischen, dem sächsischen Landtag usw. ungehört erschallen. Dies mit erreicht zu haben, dieses Gesetz mit geschaffen zu haben, wird immer ein Ruhmesstück der Freisinnigen sein. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen, Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Kothe (Rp.): Es ist befremdend für den deutschen Reichstag, daß wir zwei Tage mit dieser Sache verschwenden. (Anrufe im Zentrum, bei den Soz. und Polen.) Redner verliest eine Menge Bzitate aus großpolnischen Blättern und bittet den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die Literatur mehr in der Reichstagsbibliothek ausgelegt wird.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Fischer: Herr Dr. Jund hat davon gesprochen, daß von einer „Ueberwachung“ der Versammlungen unter dem neuen Gesetz nicht mehr die Rede sein kann. In der Tat findet sich dieser Ausdruck in den Motiven. Wenn in Sachen davon Gebrauch gemacht wird, so liegt also jedenfalls nicht die Absicht einer Verletzung des Vereinsgesetzes vor. Es ist im Gegenteil das ernste Bestreben auch der sächsischen Regierung, dafür zu sorgen, daß eine liberale Praxis des Vereins- und Versammlungsrechtes in Sachsen sich einbürgert. Einzelne Mißgriffe der unteren Behörden sind zuzugeben. Herr Dr. Müller hat selbst zugegeben, daß im Falle Jozel die Regierung sofort dafür eingetreten ist, daß dem Vereinsgesetz Genüge geschieht. Ich bin allerdings der Ansicht, daß in diesem Falle die sog. Kreishauptmannschaft Leipzig eine Anschauung vertreten hat, die gegenüber dem Wortlaut und der Tendenz des Vereinsgesetzes nicht gerechtfertigt war. War das aber ein Grund, so ausfällig gegen die sächsische Regierung zu werden und ihr gleichsam Abhängigkeit von den Stillschließungsvereinen vorzuwerfen? Herr Dr. Müller wird als Mensch, Richter und Parlamentarier doch auch hier und da einen Fehler machen (Heiterkeit), und er würde sich sehr dagegen wehren, wenn aus Anlaß eines solchen Mißgriffes so allgemeine Vorwürfe gegen ihn erhoben würden. Bei seiner Liebenswürdigkeit nehme ich an, daß er die sächsische Regierung nicht hat beleidigen wollen, sondern diese Aeuerung nur im Interesse des Gesetzes gemacht hat.

Abg. Gothein (freis. Bg.): Ich hatte angenommen, daß durch die Erklärung, die der Abg. Wiemer auch mit meinem Einverständnis im Dezember abgegeben hat, hergestellt ist, wie ich vorher zu der irrthümlichen Auffassung gekommen war, die Erklärung des Staatssekretärs im Dezember widerspricht seiner Erklärung bei der Beratung des Vereinsgesetzes. Da das nicht der Fall ist, stelle ich noch einmal klar: Meine Auffassung hatte ich, da ich bei der Beratung des Vereinsgesetzes nicht anwesend war, auf Grund der Zeitungen und stenographischen Berichte gewonnen, die Kommissionsberatungen kannte ich nicht. Der Staatssekretär hat gestern hier den Beweis geliefert, daß die polnischen Gewerkschaften tatsächlich großpolnische Agitation betreiben! Nach wie vor halte ich den Paragraph 12 für schädlich, da er aber Gesetz ist, muß er auf diese polnischen Gewerkschaften angewendet werden! Freilich meinen wir nicht — auch der Abg. Wiemer nicht — daß eo ipso (ohne weiteres) jeder polnische Verein und jede polnische Gewerkschaft von vornherein der großpolnischen Agitation verdächtig ist. Eine entsprechende Anweisung muß an die einzelnen Regierungen ergehen, wenn das Versprechen des Staatssekretärs nicht bloß auf dem Papier stehen bleiben soll. So ist hier in Berlin selbst ein Vortrag über die Verhütung der Verbreitung von Evidenzen und ein Vortrag über den Einfluß der deutschen Romantik auf die polnische Poesie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in polnischer Sprache auf Grund des Sprachenparagraphen verboten worden! So etwas muß und vor dem Auslande lächerlich machen.

Weiter bitte ich auch, daß die Auflösung von Versammlungen wegen Eintritts der Polizeistunde in Zukunft unterbleibt, wie überhaupt die heinlichen Schlänen der Polizei gegen Liberale und überhaupt aus politischen Gründen unterbleiben sollten. Das politische Motiv nachzuweisen, ist ja meist sehr schwer; wo es aber einmal nachgewiesen wird, müßte der betreffende Beamte für unfähig zur Bekleidung seines Amtes erklärt werden. (Zustimmung bei den Freis.) Zu den heinlichen Schlänen gehört auch die Ausübung nur konventioneller Zeitungen als Publikationsorgan selbst in Kreisen, wo die konservative Partei eine verschwindende Minderheit bildet. Redner führt eine Reihe ungeschickter politischer Beschimpfungen liberaler Vereine in seinem Wahlkreis an. In der Zentralinsanz ist — das gebe ich zu — die Absicht zu lokaler Ausübung des Gesetzes vorhanden, und sie kann auch nicht für jeden Mißgriff verantwortlich gemacht werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Juch: Ein Zusatzantrag, die öffentlichen Versammlungen von der Polizeistunde auszunehmen, ist vom Bundesrat ausdrücklich abgelehnt worden; sie unterliegen also mit Recht der Beschränkung der Polizeistunde.

Abg. Dr. Dietrich (Bischoff): Die hatten bisher keinen Grund, über ungeschickliche Handhabung des Sprachenparagraphen zu klagen. (Hört! hört!) Sie rufen hört! hört! Aber warten Sie nur, bis unsere Regierung einmal ein Interesse daran hat; dann wird sie genau so verfahren, wie in den Fällen verfahren wird, über die Herr Juchst zu klagen hatte. Gegenüber der sächsischen Sprache scheint jetzt ein anderer Winkel unserer Regierung zu wehen; so ist z. B. die Dilettantenaufführung eines harmlosen französischen

Theaterstückes verboten worden! Ich bitte den Staatssekretär, unserer Regierung dringlich ans Herz zu legen, wie er das Gesetz aufgefahrt wissen will. (Zuruf: Dann wird's gu! Heiterkeit.) Ich habe zu der Regierung in Berlin immer noch mehr Vertrauen als zu der unserigen.

Elbisch-Lothringischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Sieveling: Eines Appells an die Reichsregierung bedarf es nicht; die sächsische Regierung führt das Gesetz loyal an.

Abg. Hanßen (Däne) führt Beschwerden über wenig liberale Handhabung des Vereinsgesetzes gegenüber der dänisch sprechenden Bevölkerung und fordert ebenfalls Veröffentlichung der Erlasse des Reichsamts des Innern und Preukens über die Handhabung des Gesetzes. In ganz inhumaner Weise werden den dänischen Vereinen, die jede Provokation vermeiden, rein wissenschaftliche und belehrende Vorträge in ihrer Muttersprache verboten.

Darauf vertritt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hue (Soz.): Herr Dr. Müller-Reiningen hat den Versuch gemacht, mich gewissermaßen als Freund des Sprachenparagraphen hinzustellen. Ich muß jedoch solchen Versuch auf das entschiedenste zurückweisen. Ich habe mich mit aller Schärfe gegen jede einseitige Vernachlässigung und für eine generelle liberale Behandlung sämtlicher Arbeiterorganisationen ausgesprochen, insbesondere gegen jedes Ausnahmegesetz gegenüber irgend einer fremden Sprache. Es ist ein starkes Stück, daß es in diesem Hause gewagt wird, mich auf Grund irgend eines Wortes oder eines fehlenden Wortes als Freund einer einseitigen Praxis hinzustellen. Dagegen verwehre ich mich entschieden.

Abg. Dr. Müller-Reiningen (freis. Bp.): Ich hatte lediglich gesagt, daß Herr Hue damals derselben Auffassung bezüglich der Bestimmungen des § 12 gewesen wäre wie wir, nämlich in der Richtung, daß dieser Paragraph Anwendung zu finden habe auf die großpolnische Gewerkschaftsbewegung. Herr Hue hat gesagt, daß bei der allseitigsten Auslegung die Erklärung des Staatssekretärs sich auf die freien Gewerkschaften beziehe. Von den polnischen Gewerkschaften hat er dabei nicht gesprochen, im übrigen aber seine ganze Rede darauf zugeschnitten, daß er selber der Meinung sei, daß § 12 auf die großpolnischen Gewerkschaften Anwendung finden müsse.

Abg. Hue (Soz.): Herr Müller-Reiningen hat mich nicht genau zitiert. Ich habe wörtlich gesagt, daß die Erklärung, die der Herr Staatssekretär abgegeben hat, in vollem Umfange nach der günstigsten Auslegung auch auf die freien Gewerkschaften zutraf, also auch auf die freien Gewerkschaften. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter konstatierte ich, daß ich mich in meinen weiteren Ausführungen gegen den Sprachenparagraphen überhaupt gewandt habe und auch dagegen, daß er auf die polnisch-nationale Bewegung angewandt werde. Damit ist bewiesen, daß Herr Dr. Müller-Reiningen ohne Grund in meine Ausführungen etwas hineinzu legen versucht, was nicht drinsteht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Reiningen: Herr Hue hat mich mißverstanden; ich habe nur gesagt, daß längere Teile seiner Ausführungen sich allein auf die Tatsache stützen haben, daß der Sprachenparagraph auch auf fremdsprachliche Arbeiterorganisationen angewandt werden sollte.

Abg. Koeren (J.): Der Abg. Müller-Reiningen meinte, bei meiner Auslegung seiner Worte könne er nur bösen Willen annehmen. Ich habe keine Ausführungen überhaupt nicht ausgelegt, sondern die „Frankfurter Zeitung“ wörtlich angeführt, die dabei bleibt, daß sie bei der Haltung des Herrn Müller-Reiningen einem unläßbaren Mißverständnis über immer, wenn man Herrn Müller-Reiningen an früher von ihm Gesagtes erinnert, scheint er von der Idee befreit, man habe bösen Willen dabei. (Große Heiterkeit.)

Abg. Müller-Reiningen: Herr Koeren hat meine Ausführungen nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Wechselstempelsteuergesetz, Gesetz zur Befreiung der Doppelbesteuerung, Fortsetzung der heute abgetroffenen Besprechung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Interpellationsrecht in der Geschäftsordnungskommission.

Nach achtundzwanzigstündiger Ruhepause befaßte sich am Freitag endlich die Geschäftsordnungskommission wieder einmal mit der Reuestellung des Interpellationsrechts. Der Vorsitzende Jund hatte die Streitfragen, um die es sich dabei auf Grund der verschiedenen Anträge handelte, in einer Reihe von Fragen formuliert. Nachdem über diese Fragen Beschluß gefaßt ist, soll nach Beschluß der Kommission eine Subkommission von sieben Mitgliedern zusammentreten, die auf Grund dieser Beschlüsse die Anträge neu formulieren und der Kommission zur definitiven Beschlußfassung in zweiter Lesung unterbreiten soll.

Zunächst handelte es sich um die Frist, innerhalb deren eine Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Singer (Soz.) vertrat den sozialdemokratischen Antrag, daß die Interpellation ganz unabhängig von der Stellungnahme des Reichstagspräsidenten innerhalb dreier Tage auf die Tagesordnung gesetzt werden müsse. Es sei einfach lächerlich, die Frist für die Einlegung auf drei Wochen für auswärtige Angelegenheiten und zwei Wochen für innere festzusetzen, da mittlerweile die Wirkung der Interpellation vollständig verpufft sein könne. Selbstverständlich könnte mit Zustimmung der Antragsteller die dreitägige Frist verlängert werden, wenn die Regierung ausgiebige Gründe dafür anführen wisse. Die Vertreter der anderen Parteien stellten sich indes samt und sonders auf den Boden der mehrwöchigen Frist. Sie gaben jedoch auf Anraten des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg die unterschiedliche Verhandlung zwischen Fragen der auswärtigen und der inneren Politik auf.

Die Abgg. Dietrich (L.) und v. Dirken (N.) wollten überhaupt das Recht auf Interpellation nach Möglichkeit eingeschränkt wissen. Ledebour (Soz.) betonte, daß es sich beim Interpellationsrecht um ein Recht der Minderheit handele, was die Vertreter der bürgerlichen Parteien völlig zu vergessen schienen. Müller-Reiningen (freis.) beschwerte sich ernstlich über einen Artikel des „Vorwärts“, in dem geäußert wurde, daß die Liberalen die Zulassung der Besprechung der Interpellation in Fällen der Verhinderung sowohl wie die Zulassung von Anträgen von einem Mehrheitsbeschluß abhängig machen wollen. Er gab das wenigstens zu, daß es besser sei, in dem ersten Falle nach dem sozialdemokratischen Vorschlage zu verfahren. Singer (Soz.) erwiderte, es sei doch erfreulich, daß dieser von Herrn Müller wegen seiner Form so hart getadelte Artikel einen ergiebigen Einfluß auf ihn ausgeübt habe. Die Verteidigung des Interpellationsrechts für den Reichstag sei um so notwendiger, als er nicht wie in England maßgebend für die Regierung sei, sondern sich in einer Verteidigungsstellung ihr gegenüber besinde.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf Einlegung der Interpellation innerhalb dreier Tage gegen 3 Stimmen verworfen und dann von der Mehrheit beschlossen, daß der Regierung eine Frist von 2 Wochen bei allen Interpellationen gelassen werden soll. Schließt sie die Anlegung der Interpellation über diese Frist hinaus, so bestimmt der Reichstag durch Mehrheitsbeschluß, ob und wann die Interpellation auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Bei sofortiger Beantwortung und bei Nichtbeantwortung muß die Besprechung auf Antrag von 30 Mitgliedern vorgenommen werden. Darauf begann die Kommission die Beratung der Frage, ob An-

träge bei Interpellationen überhaupt zulässig sind und ob ihre Zulässigkeit von einem Mehrheitsbeschluß abhängig gemacht werden soll. Die Konservativen brachten noch einen Antrag ein, daß der Widerspruch von 30 Mitgliedern schon genügen solle, um einen Antrag für unzulässig zu erklären. Damit wäre natürlich die Einbringung eines Antrages überhaupt abgelehnt.

Die Beratung wurde nicht zu Ende geführt, sondern auf Dienstag, den 20. Januar, vertagt.

Die Finanzkommission des Reichstages

trat in der Freitagssitzung in die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über

das Erbrecht des Staates

ein. Die Grundlage dieses Entwurfs bildet die Aufhebung bezw. Aenderung der das Erbrecht betreffenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, in erster Linie des § 1926. Dieser soll nach dem Entwurf folgende Fassung erhalten:

„Besitzliche Erben der dritten Ordnung sind die Großeltern des Erblassers. Leben zur Zeit des Erbfalls alle Großeltern, so erben sie zu gleichen Teilen. Lebzt zur Zeit des Erbfalls von den väterlichen oder von den mütterlichen Großeltern der Großvater oder die Großmutter nicht mehr, so fällt der Anteil des Verstorbenen dem anderen Teile des Großelternpaars zu. Leben zur Zeit des Erbfalls die väterlichen oder die mütterlichen Großeltern nicht mehr, so erben die anderen Großeltern allein. Die Großeltern haben bis zu ihrem Tode die rechtliche Stellung des Vorerben.“

Ferner wird im Artikel I bestimmt, daß der § 1936 des B. G. B. in der Weise abgeändert werden soll, daß, wenn zur Zeit des Erbfalls weder ein erbberechtigter Verwandter noch ein Ehegatte des Erblassers vorhanden ist, der Fiskus gesetzlicher Erbe sein soll.

Die Konservativen sowohl wie das Zentrum bekämpften die ganze Tendenz des Entwurfs mit großer Entschiedenheit und leiteten ihn strikte ab, wogegen Camp von der Reichspartei ebenso wie die Nationalliberalen und die Freisinnigen ihn für eine geeignete Grundlage halten, um „einem längst gefühlten Bedürfnis abzuliefern“, wenn auch gegen verschiedene Bestimmungen Bedenken obwalten.

Da von den Konservativen Dr. Köhler und Dietrich der Kampf gegen den Entwurf mit Schlagworten wie Erbsraub, Expropriation, sozialdemokratische Tendenz usw. geführt worden war, nahmen die Genossen Hilbrich und Emmel Veranlassung, zu erklären, daß sie und ihre Freunde mit dem Grundgedanken, trotzdem er nicht die Spur einer sozialdemokratischen Tendenz aufweise, einverstanden seien, was nicht auszuschließen, daß sie in bezug auf Einzelheiten anderer Meinung seien. Vorbehaltlich ihrer ferneren Stellungnahme, die von der endgültigen Gestaltung des Entwurfs abhängig sei, würden sie für Artikel I stimmen. Da Dietrich, dem diese Erklärung unserer Genossen offenbar sehr unangenehm war, sich herausnahm, sie von oben herab zu schulmeistern, trat ihm Genosse Seyher sehr energisch entgegen, ihn belehrend, daß ihm gewöhnt seien, unsere Stellungnahme zu Gegenwürfen dem eigenen Ermessen anzupassen, unbelümmert um derartige übertriebene und noch dazu völlig unzutreffende Einwendungen, wie sie von konservativer Seite gemacht seien.

Der Artikel I wurde nach der von den Nationalliberalen beantragten Streichung des Schlusssatzes zu § 1926 schließlich mit 15 gegen 13 angenommen. Vom Zentrum stimmte, vermutlich irrtümlich, der Abg. Jehnter dafür.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag nächster Woche statt.

Genosse Stäcker schreibt:

Nach dem Bericht vom Freitag über die Verhandlung des Brauweinmonopols in der Finanzkommission könnte es scheinen, als ob ich für eine Verbrauchsabgabe auf Brauwasser eingetreten sei. Das ist natürlich nicht der Fall. Ich habe nur dargelegt: Wenn man auf dem Standpunkt steht, den wir nicht teilen, daß eine Brauwassersteuer berechtigt ist, dann ist — dem Monopol gegenüber — die Verbrauchsabgabe vorzuziehen. Dabei habe ich noch ausdrücklich bemerkt, daß wir jede indirekte Steuer ablehnen.

Geheimnisträmerien.

In der Freitagssitzung der Budgetkommission des Reichstages ist es fast, als ob die vertraulichen Versprechungen über unsere auswärtige Politik die ganze Sitzung ausfüllen würden. Ganz so schlimm wurde es allerdings nicht, aber zwei volle Stunden gingen drauf, bis Staatssekretär v. Schöön den Standpunkt der deutschen Regierung in der Ballanfrage dargelegt hatte und Rede und Gegenrede erfolgt waren. Daß man den Abgeordneten einen, wenn auch nur bescheidenen Einblick in das im Dunkeln spielende diplomatische Betreiben gnädig gestattet, ist in Deutschland so ungewöhnlich, daß einige der bürgerlichen Mitglieder der Budgetkommission vor Dankbarkeit fast überfloßen. Diese Dankbarkeit der Zuhörer ließ Herrn v. Schöön immer wieder das Wort nehmen, um seine Politik und damit den Parteien v. Schöön und sich selber zu feiern. Wie wenig die hier geliebte Geheimnisträmerie am Plage ist, beweist auch folgender Vorfall sehr ekkant:

Die deutsche Regierung ist im Begriff, mit Portugal einen Handelsvertrag abzuschließen, dessen Inhalt geheimgehalten wird, damit die in Portugal mit und konkurrierenden Nationen — namentlich England — nichts erfahren und uns nicht schädigen können. — Dabei sind die portugiesischen Kaufleute unterrichtet und haben den Inhalt des Vertragsentwurfs an deutsche Firmen in Bremen mitgeteilt, von wo aus er dann auch den Weg in die Presse gefunden hat! Und davon, was die portugiesischen Kaufleute wissen, sollte die englische Regierung, die eine vorzügliche konsulare Vertretung in Portugal unterhält, nicht unterrichtet sein? So fragte ein Abgeordneter mit Recht. Was wußte nun der Staatssekretär v. Schöön darauf zu erwidern? Es sei nichts bekannt geworden, daß den Schluß zulasse, die portugiesische Regierung habe der englischen Regierung von beabsichtigten Abschnitten mit uns Kenntnis gegeben! — Natürlich nicht! Aber — und darauf kommt es an — die beteiligten Kreise, die englische Regierung und durch sie jedenfalls auch der englische Kaufmannstand, die nichts erfahren sollen, sind informiert, bloß der deutsche Kaufmann weiß von nichts! Bei uns ist nur der wirtschaftliche Austausch gehört worden, zu dem infolge seiner agrarischen Durchlegung die industriellen Kreise wenig Vertrauen haben. Mit Recht hob der Abgeordnete Eichhoff hervor, daß die Kleinindustrie des bergischen Landes ein großes Interesse an der Ausfuhr nach Portugal habe, daß man ihr aber keine Gelegenheit gab, sich zu äußern, während man es doch für selbstverständlich halten sollte, die hier in Frage kommenden Handelskammern von Hsrlöhn, Solingen und Elberfeld um ihre Meinung zu befragen.

Genosse Schweidemann beurteilt gleichfalls diese unverständliche Geheimnisträmerie des auswärtigen Amtes und verlangt baldige Vorlegung des Vertrags, um die in den Kreisen der bergischen Kleinindustrie herborgerufene Beunruhigung wenn möglich zu zerstreuen und den Beteiligten Gelegenheit zu geben, ihre Interessen wahrzunehmen. — Auch der Abg. Semler vertrat denselben Standpunkt und verlangte noch eine bessere Ausbildung unserer Auslandsvertreter in wirtschaftlicher Beziehung. Hierüber resp. über die Ausbildung unserer Diplomaten überhaupt versprach Herr v. Schöön in der nächsten am Dienstag, den 20. d. M., stattfindenden Sitzung eingehende Ausführungen zu machen...

Druckfachen.

(Nr. 1197.) Denkschrift über einige Fragen der Personalordnung bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. (Nrn. 1147, 1148, 1149.) Sozialdemokratische Interpellationen:

1. Arbeiterschutzbestimmungen für Glasbläser,
2. Grundlinien für ein Reichsberggesetz,
3. Arbeiterschutzbestimmungen für die Großseidenindustrie und die Metallschleiferinnen.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. (Nr. 46.)
Vorlagen und Mitteilungen des Ministers der öffentlichen Arbeiten (Druckfachen des Landeseisenbahnrats) nebst den Verhandlungen des Landeseisenbahnrats im Jahre 1908.

(Nr. 48.) Bericht der veränderten Budgetkommission über die Besoldungsordnung.

(Nr. 50.) Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg, betreffend die Verbesserung des Fahrwassers der Elbe und andere Maßnahmen zur Förderung der Seeschifffahrt nach Hamburg, Altona und Harburg.

Entwurf zu einem Gesetze über die Venderung der Landesgrenze gegen die Freie und Hansestadt Hamburg im Landkreise Harburg.

(Nr. 62.) Entwurf eines Gesetzes, betr. die Vereinigung der Städte Saarbrücken, St. Johann und Raßlitz-Burbach zu einer Stadtgemeinde „Saarbrücken“.

Rus Süditalien.

Reggio (Calabrien), 22. Januar. Heute früh 4 Uhr erfolgte ein heftiger Erdstoss, dem unterirdisches Donnern vorausging.

Messina, 22. Januar. Die Mannschaften der Kriegsschiffe „Napoli“, „De Umberto“, „Vittorio-Emanuele“, „Lombardia“, „Agordat“, „Regina Elena“ und „Regina Margherita“ haben an der kalabrischen Küste sowie in und um Messina eine große Anzahl Schutzstätten fertiggestellt, die für mehrere Tausend Menschen Unterschlupf bieten.

In der letzten Nacht wurden wieder mehrere leichte Erdstöße wahrgenommen.
Der Postdienst ist vollständig wiederhergestellt.

Der „Avanti“ gegen den General Mazza.

Der „Avanti“ veröffentlicht an leitender Stelle einen heftigen Angriff gegen den General Mazza, dessen Unfähigkeit wir des Öfteren beleuchtet haben. Vom „Avanti“ wird dem Kommandanten des Erdbebengebietes der Vorwurf gemacht, mit Rücksicht auf die verschütteten Verletzten die Nachgrabungen nach lebenden Menschen verzögert und vernachlässigt zu haben. Drei Tage, ehe man den letzten Lebendigen aus den Trümmern zog, hätte der General die Nachgrabungen einstellen lassen! In dem hochgelegenen Teil von Messina sei bis zur Stunde keine systematische Durchforschung der Trümmer vorgenommen worden. Der General hatte sich also unfähig gezeigt, die Folgen des Unglücks abzumildern. Der „Avanti“ fordert daher den Kriegsminister auf, den General in Anklagezustand zu versetzen, und erinnert daran, daß ein Feldherr, der nach einer militärischen Niederlage den Rückzug nicht zu organisieren weiß, nach dem Kriegsgericht sogar mit dem Tode durch Erschießen bestraft werden kann. Wollte man dagegen einwenden, daß ein General wohl für den Kriegsfall, nicht aber für ein Erdbeben vorbereitet sein müsse, so ergäbe sich aus diesem Einwand eine logische Folge: die Vertrauenslosigkeit des Generalen mit der Leitung der Rettungsarbeiten sei ein Verbrechen gewesen, und der General Mazza sei sofort dieses Amtes zu entheben. Der „Avanti“ stellt somit dem Kriegsminister die Alternative: den General Mazza in Anklagezustand zu versetzen oder ihn zu entlassen.

Aus der Partei.

Verhärterung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Schwedens.
Der Stockholmer Bürgermeister und Reichstagsabgeordnete Lindhagen ist am Dienstag der Arbeiterkommune Stockholm und somit der sozialdemokratischen Parteiorganisation beigetreten. Er nahm noch am selben Tage an der sozialdemokratischen Fraktionsversammlung teil. Der fraktionsvorsitzende, Genosse Branting, hielt das neue Parteimitglied willkommen und bezeichnete seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie als eine Konsequenz der radikal-demokratischen Anschauungen Lindhagens und als den formellen Schritt, der ihn bisher noch allein vom sozialdemokratischen Lager trennte. Durch den Uebertritt ist die sozialdemokratische Fraktion des schwedischen Reichstags auf 81 Köpfe angewachsen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein spätes Kochspiel zur Kaiserfeier 1908.

Vom Schöffengericht zu Nordhausen waren seinerzeit zwei Arbeiterinnen zu je einem Monat Gefängnis verurteilt worden, weil sie bei der Kaiserfeier des Vorjahres einige Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich an der Feier nicht beteiligten, sondern arbeiteten, bespöttelt haben sollten. Die beiden Angeklagten hatten bestritten, die beleidigenden Worte gebraucht zu haben, das Gericht hielt das jedoch auf Grund der Zeugenaussagen für erwiesen und verurteilte sie auf Grund des § 163 der Gewerbeordnung. Am Mittwoch fand vor dem Landgericht zu Nordhausen die Berufungsverhandlung statt. Der Verteidiger bestritt, daß die Läterschaft der Angeklagten erwiesen sei; außerdem sei das Urteil aber auch rechtlich unhaltbar. Der § 163 der G.O. könne nicht in Betracht kommen. Die Kaiserfeier sei eine allgemeine Feier und kein Streik.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte dagegen, daß auch der 1. Mai als ein Streik betrachtet werden müsse, dem dieser Tag gelte als Nachprobe an die Arbeitgeber. Es sei ein großer Teil Arbeiter, der sich der Gesellschaftsordnung füge und die Feier nicht mitmache. Demjenigen, die diese Arbeiter, weil sie sich der Bewegung nicht anschließen, noch beleidigen, müsse durch eine hohe Gefängnisstrafe Hargemacht werden, daß auch sie sich der Rechtsordnung zu fügen hätten. Wohl stelle der Staat jedem Arbeiter frei, seine Tage zu feiern, aber es müsse alles seine Grenzen haben. — Der Gerichtshof hob nach kurzer Beratung das erfindungsreiche Urteil auf und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einer Woche wegen Vergehens gegen § 163 der G.O.

Die staatsgefährlichen roten Schleifen.

Vom Bodener Schöffengericht war der Genosse Freudenstein aus Langendreez wegen Tragens eines Kranzes mit roter Schleife zu 15 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Berufung wurde am Mittwoch vor der Strafkammer Bodum verhandelt. In einem früheren Termin war beschlossene worden, Beweis darüber zu erheben, ob in Langendreez das Tragen derartiger Schleifen bei Verordnungen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei üblich sei. Rechtsanwalt Dr. Kawitzki wies auf ein im vorigen Jahre gefälltes Urteil des Bodener Schöffengerichts hin, in welchem dies ausdrücklich festgestellt wird. Ein Polizeibeamter aus Langendreez erklärte jedoch, ihm sei nicht bekannt, daß in Langendreez diese Sitte als üblich gelte. Genosse Kallus als Entlastungzeuge beauftragt, daß bei einer ganzen Reihe von Leichenbegängnissen die Bekende gegen das Tragen derartiger Kränze nichts einzuwenden gehabt habe. Der Verteidiger führte aus, daß zwar nach dem alten Vereinsgesetz eine Bestrafung zulässig gewesen sei, das neue Vereinsgesetz spreche aber nur vom Verbot der Schleife. Als solcher sei der Angeklagte keinesfalls anzusehen. Seine Tätigkeit habe sich nur auf das Tragen des Kranzes beschränkt. Von einem öffentlichen Aufzug könne keine Rede sein, da ein derartiger Leichenzug in Langendreez keineswegs eine Seltenheit sei, weshalb Freisprechung erfolgen müsse. Das Gericht kam trotzdem zur Bestätigung der Berufung. Nach dem Urteil des Kammergerichts sei jedes Leichenbegängnis, bei dem eine über den Zweck hinausgehende Absicht verfolgt werde, als ein außergewöhnliches anzusehen, was hier der Fall gewesen. Aus den Zeugenaussagen

gehe ferner hervor, daß ein tragtiges Leichenbegängnis in Langendreez nicht als üblich anzusehen sei.

Anderer ging ein ähnlicher Fall in Werder bei Essen aus. Zur Verurteilung eines Genossen in Werder bei Essen hatte der Verleger der „Arbeiterzeitung“ einen Kranz mit roter Schleife gewidmet. Die in eine Anzahl von vierzehn Mann erscheinende Polizei verlangte und erzielte die Entfernung der Schleife. Es folgte ein Strafmandat von dreißig Mark, für den Kranzträger, das sich auf eine Polizeiverordnung von 1907 stütze, wonach das Tragen von Abzeichen, Bändern usw. in anderen als den Landesfarben verboten ist. Das Schöffengericht, das sich dieser Tage mit diesem Fall zu beschäftigen hatte, kam zur Freisprechung. Das Urteil führt aus: „Es geht aus der Polizeiverordnung nicht hervor, daß unter Bändern auch Kränze zu verstehen sind. Es war deshalb Freisprechung unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse zu erlassen.“

Die weitere Frage, ob die Polizei berechtigt gewesen sei, die Entfernung der Schleife zu verlangen, wolle das Gericht nicht entscheiden.“

Vom Strafsitz der Presse. Vor dem Schöffengericht Offenbach (Hessen) mußte sich Genosse J. Winter vom „Volksblatt“ wegen Beleidigung verantworten. Kläger war der Verleger Borch des in Lehr erscheinenden Zentrumsblattes, der sich durch einen Artikel beleidigt fühlte, worin die Behandlung der Arbeiterarbeit seiner Deuderei getadelt wurde. Durch zahlreiche Zeugen wurde nachgewiesen, daß im allgemeinen die Kritik berechtigt war. Das Gericht kam indes, da nicht alles erwiesen sei, zu einer Verurteilung des Genossen Winter, dem eine Geldstrafe von 50 M. auferlegt wurde.

Jugendbewegung.

Die Probenummer der „Arbeiter-Jugend“, des von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegebenen Jugendorgans, wird in einer Auflage von mehr als 200 000 Exemplaren erscheinen. Trotzdem war es der Zentralstelle nicht möglich, alle Wünsche in vollem Maße zu befriedigen. An den Bestellungen mußten zum Teil erhebliche Streichungen vorgenommen werden. Dabei ist aber so verfahren worden, daß alle Besteller möglichst gleichmäßige Berücksichtigung gefunden haben. Wenn mit der Verbreitung der Probenummer, die bekanntlich am 30. Januar erscheint, überall eine recht zweckmäßige Agitation verbunden wird, dann muß es auch gelingen, für unsere jungen Kampfgenossen eine recht stattliche Abonnementzahl zu gewinnen.

Soziales.

Verstärkte Hörtigkeit ausländischer Arbeiter.

Nach einer Ministerialanweisung soll die schon bestehende Grenz-Zwangslimitation der in gewerblichen Betrieben beschäftigten ausländischen Arbeiter mit dem 1. Februar in Kraft treten. Die Vordräte der östlichen Provinzen erlassen diesbezügliche Bekanntmachungen in den Kreisblättern. Danach unterliegen dem Legitimationszwang an der Grenze sämtliche ausländischen Arbeiter, nicht nur die in der Landwirtschaft beschäftigten. Zum Zwecke der Beschaffung von Inlandsausweispapieren (Legitimationskarten) werden weitere Grenzämter der Deutschen Feldarbeiterzentrale in Berlin errichtet in den Kreisen: Gadersleben, Weener, Vorken, Kaldekirchen, Kempen, Stadtkreis Aachen und Saarbrücken. Das Grenzamt in Insterburg fällt fort. Die Gebühr für die Zwangslimitation ist von zwei auf fünf Mark erhöht. Dem Legitimationszwang unterliegen vom 1. Februar ab ohne Rücksicht auf ihre Nationalität auch die dauernd im Inlande befindlichen ausländischen Arbeiter, mit Ausnahme derjenigen, die im Auslande wohnen und täglich über die Grenze zu ihrer Arbeitsstätte kommen.

Auch eine noch verstärkte Kontrolle über Kontraktbrüchig gewordenen Arbeiter soll Platz greifen. Die Arbeitgeber sollen aufgefordert werden, jeden Kontraktbruchfall sofort ihrer Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Diese haben sofort Namen und Herkunft der vertragsbrüchig gewordenen Arbeiter ihres Bezirks unter Angabe der Nummer der Legitimationskarte an die Redaktion des königlich preussischen Zentralpolizeiblattes in Berlin mitzuteilen. Die Kontraktbrüchigen, aber ohne gültige Legitimationskarte angetroffenen ausländischen Arbeiter, sollen nicht, wie bisher, gleich der Schub über die Grenze gebracht, sondern es soll versucht werden, sie nach ihren bisherigen Arbeitsstellen zurückzuführen.

Eine Mahnung an die Arbeitgeber, die ausländischen Arbeiter mensächlich zu behandeln sowie ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren und damit Kontraktbrüche der Arbeiter zu verringern, ist in dem Erlaß des Ministers nicht enthalten. Hoffentlich wird man mit diesen verstärkten Maßregeln nach und nach erreichen, daß auch die rüchigsten ausländischen Arbeiter der preussisch-deutschen Grenze fernbleiben werden.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Frucht der Revolution.

„Das alte Jahr“, so schreibt die „Gleichheit“, „hat für die sozialistische Internationale mit einem bedeutsamen, hoffnungsvollen Ereignis abgeschlossen. In dem Rußland der gewalttätigen Konterrevolution hat das sozialdemokratische Proletariat — vertreten durch die Petersburger Gewerkschaften und die von ihnen beeinflussten Arbeiterinnenkreise — bezeugt, daß es nach wie vor als kämpfende, revolutionäre Klasse auf dem Platze steht. Auf dem ersten allrussischen Frauenkongreß hat es durch die Vertreterinnen der Petersburger Arbeiterinnen fähig und stolz das Banner seines bewußt geführten Massenkampfes entrollt. Den anglistischen und halben Forderungen bürgerlicher Reformer haben unsere Genossinnen die eigenen ganzen Postulate des internationalen Proletariats entgegengestellt. Den Eingang von der Zusammengehörigkeit der Frauen aller Massen aber reformbegierender Elemente überhaupt, haben sie durch den Ausdruck ihrer unerschütterlichen Ueberzeugung beantwortet, daß die Masseninteressen in der Frauenvelt so gut wie in der Männerwelt einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Angehörigen der besitzenden Massen und den Massen der Dabensichtlosen schaffen und daß auch im Ringen für Reformen ein Hüben und Trüben nur gilt. Kurz, ihre Beteiligung am Kongreß, den sie fähiglich unter Protest verließen, sollte nicht die Frauen der verschiedenen Massen in einem Reformhübenmüßel zu „schüßler Arbeit“ versinken, sondern sie für den Massenkampf trennen. Auch nicht eine wichtige Frage konnte der Kongreß erörtern, ohne daß die Genossinnen die Gelegenheit ausgenutzt hätten, um die einschlägigen Verhältnisse vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu beleuchten und den bürgerlichen die proletarischen praktischen Schlussfolgerungen entgegenzusetzen. Und wie das ceterum censeo des alten Römers klangen alle ihre Ausführungen in die Erklärung gegen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen aus: zwischen euch und den proletarischen Frauen kann keine Gemeinsamkeit sein. Nicht das Ringen aller Frauen für ihre Gleichberechtigung als Geschlecht,

nur der Kampf aller Ausgebeuteten wider die Klassenherrschaft der Ausbeutenden, wider die bürgerliche Ordnung vermag den Proletarierinnen ihre volle Befreiung zu bringen.

So haben die Vertreterinnen der Petersburger Arbeiterinnen mit der wünschenswerten Klarheit und Schärfe die grundsätzliche und praktische Konsequenz der geschichtlichen Bedeutung gezogen, welche der erste allrussische Frauenkongreß beanspruchen darf. Denn dieser muß vor allem als Ausdruck der fortgeschrittenen Massenbewegung in Rußland gewürdigt werden, als Beweis dafür, wie sehr die glühende Atmosphäre der Revolution die soziale Differenzierung der Massen beschleunigt und auf die Spitze getrieben hat. Nicht die Sammlung der bürgerlichen Frauen Rußlands zum Kampfe für die volle soziale und politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ist der Hauptzweck des Kongresses. Das ist vielmehr die Befreiung der russischen Frauen von der Welt der bürgerlichen Frauen die Macht der Klassenengstlichkeit wirksam zu werden beginnt, die die russischen Frauenrechtlerinnen mit den gleichen Phasen und Mutationen befreiten wie ihre Klassengenossinnen außerhalb des Moskauer Reichs. Die Frauen der oberen Bevölkerungsschichten Rußlands empfinden instinktiv oder bewußt ihre Zugehörigkeit zu der Klasse der Besitzenden. Sie verlassen das Lager der Revolution, des entschiedensten Kampfes für die Freiheit der Gesamtheit, und gehen zum bürgerlichen Liberalismus über, der die politische Emanzipation und Herrschaft der Bourgeoisie allein erstrebt und bei dem die Damen ihre Masseninteressen in guter Gut wissen. Die lebhaftesten Sympathien, welche die bürgerlichen Liberalen jeder Couleur unter Vorantritt der Kabelleiten dem Kongreß entgegenbrachten, sind ebenso charakteristische Anzeichen dafür, wie die Versicherungen führender Frauenrechtlerinnen. So erklärte Frau Schabanoff: „Wir müssen solidarisch, Hand in Hand mit unseren Freunden, den Fortschrittlerinnen, gegen die Rechtlosigkeit der Frau kämpfen.“ Die nächste Tagung, auf der unaufhörlich die Notwendigkeit betont wurde, die russische Frauenbewegung „auf die breite Grundlage zu stellen“, ist eine wichtige Etappe des Entwicklungsprozesses, der die bisher revolutionären Frauen der besitzenden Massen in die enge Hand der bürgerlichen Demokratie treibt. Die Sammlung zum Kampfe für das Recht des Geschlechts bedt nur den Rückzug zum Kampfe für die Vorrrechte der Klasse.

Die russische Frau — um der Kürze halber diesen historischen schielenden und schiefen Ausdruck zu gebrauchen — steht nicht seit heute und gestern im Kampfe für die Gleichberechtigung. Geschichtliche Umstände, die wir aus Mangel an Raum hier nicht einmal andeuten können, haben sie viele Jahrzehnte früher als die Frauen Westeuropas zu Vorkämpferinnen für die volle Befreiung des weiblichen Geschlechts gemacht. Und wahrhaftig: gar manche glorreiche Schlacht haben sie geschlagen. Rußinnen sind es gewesen, die die Tore der Universitäten in der Schweiz, in Frankreich und anderwärts für die Frauen geöffnet haben. Was sie als Ärztinnen, Lehrerinnen, Gelehrte geleistet, zwingt der kühnen Betrachtung hohe Achtung, ja Bewunderung ab. Auf dem Gebiet der Volksbildung, der sogenannten Wohltätigkeit und sozialen Hilfsarbeit haben sie mit ebensolcher Einsicht als Selbstverleugung gewirkt. Der Vertreter der Petersburger Stadtverwaltung, welcher den Kongreß begrüßte, konnte mit Recht anerkennen: „Die Hälfte der leise- und schreibkundigen Bevölkerung der Residenz verdankt ihre Elementarkenntnisse den Frauen. Ähne und Krankenhäuser, Kinderkrippen, alle Wohltätigkeitsinstitute sind ihr Werk.“ Größer noch sind die Ruhmeslilien der Russin als politische Kämpferin, als Revolutionärin. Jeder soll dem Boden, der dem Absolutismus abgerungen wurde, ist mit dem Herzblut von Frauen getränkt. Als Mächtigkeiten und Heldinnen der revolutionären Kämpfe haben Rußinnen aller Massen bewiesen, daß das weibliche Geschlecht der höchsten Bürgertugenden fähig ist. Aber bei allem hat es bisher in Rußland keine besondere Frauenbewegung gegeben. Das Streben nach der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts setzte sich als Teil der allgemeinen revolutionären Kämpfe durch, und das in allen deren Phasen und Formen. Frauen und Männer rangen gemeinsam die Vorurteile gegen das weibliche Geschlecht nieder, zertrümmerten zusammen soziale und rechtliche Schranken, welche seiner Bildung und Betätigung gegogen waren. Ihr Kulturm war vor allem stets eine Schlacht gegen die Reaktion, gegen das absolutistische System, seine Träger und Schergen, seinen Geist. Die Perseverierung dieses Systems, die Aufrechterhaltung politischer Freiheit für das ganze Volk war das hehre Ideal, das die Frauen mit der gleichen heroischen Ausdauer und Opferbereitschaft als die Männer erstrebten. Inmitten der allgemeinen revolutionären Bewegungen und Kämpfe gab es weder Raum noch Zeit für eine besondere Frauenbewegung.

Jedoch die von der revolutionären Produktion, den Klassenengstlichkeiten und Klassenkämpfen vorwärts gehende Entwicklung läßt ihrer nicht spotten. Was in punkto der Klassenbildung die Zeit der Evolution vorbereitet, das hat die kurze, aber inhaltsreiche Periode der Revolution rasch vollendet. Die Bourgeoisie hat in ihrem Verlauf mehr vor dem Proletariat als vor dem Judentum zittern gelernt. In reinlicher Scheidung stehen sich die Massen gegenüber. Die Gründung einer besonderen Frauenorganisation, einer besonderen Frauenbewegung ist eine Parallelerreichung zu der Massenflucht der bürgerlichen Intelligenz aus den sozialdemokratischen, den revolutionären Organisationen der Arbeiterklasse. Beide Vorgänge deuten darauf hin, wie tief und nachhaltig, wie fruchtbar die russische Revolution gewirkt hat.

Dies übrigens nicht bloß in dem ausgezeigten Zusammenhang. Alle blutigen, stürzenden Schreden der Konterrevolution haben die politischen Erzeugnisse der Revolution nicht völlig vernichten können. Ohne daß die reißige, hehre Gestalt der Revolution ihren gewaltigen Arm über Rußland ausgestreckt hätte: wären dort Verhandlungen wie die des Kongresses unmöglich gewesen. Auch in diesem Sinne hat das stolze Wort seine Berechtigung, das eine Arbeiterin, Frau Wolkowa, den tugenden Namen zurief: „Daß wir hier die Möglichkeit erhalten haben, und zu verzeichnen und das zu erörtern, was uns not tut, ist vor allem die Frucht unserer Bemühungen und unserer Arbeit.“

Weil die russische Revolution — wie andere Revolutionen auch — nicht im ersten glänzenden Anlauf zu liegen vermochte, reden wir die Bedenken, die den Schlußakt mit dem ganzen geschichtlichen Prozeß verwechseln, gern mit erhobenem Schulmeisterfinger von ihrem Schellern. Der Petersburger Frauenkongreß gehört zu jenen Ereignissen, welche nach den verschiedensten Richtungen hin die schärfste fruchtbarste Kraft der Revolution, das Fortleben ihres Wertes bezeugen, welche insbesondere bezeugen, daß das Proletariat im Banner mit starker Faust dem russischen Volke vorantreibt. Mag die Revolution in Rußland in naher Zukunft sich rasch in die Höhe richten, um den Absolutismus trotz allem Widerstand der in- und ausländischen Bourgeoisie zu bezwingen; mag die bürgerliche Erneuerung des unglücklichen Landes sich in einem langsamen, elsthaften, schreckensreichen Zerfallungs- und Ruinierungsprozeß der herrschenden Massen durchziehen, wie in dem verpreußigten Deutschland: das Massenbewußte Proletariat wird unbeeinträchtigt an der Erfüllung seiner revolutionären Mission arbeiten. Von sozialdemokratischem Geiste erfüllt und geleitet, geben die jungen russischen Gewerkschaften trotz aller Gewalttaten der Konterrevolution von neuem daran, die Ausgebeuteten zum Massenkampf zu sammeln und neue revolutionäre Saders zu formieren. Soll Tatenlust, Selbstvertrauen in die Kraft des Proletariats werden sie sich den Aufgaben der Stunde zu. Allen Taten und Tränen der Regierung ungedacht, nähren sie den Petersburger Frauenkongreß zu einem sozialistischen Glaubensbekenntnis; als Massenbewegung stellen sie die Proletarierinnen einer bürgerlichen Reformbewegung entgegen und gliedern sie gleichzeitig dem Heere des kämpfenden Weltproletariats ein. Das geschlagene russische Proletariat ist nicht besiegt!

Umgegangene Druckschriften.

Martin Wallach. Umgegangene oder Verkauftener? Nach einem Anhang: Entwurf einer den Grundrissen der Gerechtigkeit entsprechenden Verfassungsvorordnung. Preis 50 Pf. Selbstverlag des Verfassers, Charlottenburg, Rummelsdr. 21.

Von der Kronprinzessinnensammlung sollen 100 000 M. als Aufwandssummen an nicht legitime Frauen und Kinder und an dauernd erwerbsunfähige Opfer der Katastrophe gezahlt werden. Die Witwen fordern, nach Freilegung der dritten Sohle ihre toten Männer setzen zu dürfen. Viele polnische, masurenische und österreichische Witwen wollen in ihre Heimat zurückkehren und wünschen darum eine baldige Verteilung der Gelder. Einige Witwen forderten, daß der Reichstag zur Erledigung der Unterstützungsforderung eintreten soll.

Die Ermordung der Frau Buchholz bei Grünau.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Mordes schuldig. Das Gericht hob jedoch die Sache auf und verwies dieselbe zur erneuten Verhandlung an ein neues Schwurgericht.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung legte der Angeklagte ein teilweises Geständnis ab.

Landgerichtsdirektor Dr. Riepmann: Ehe ich in der Beweisaufnahme fortfahre, will ich Sie, Angeklagter, auf Grund einer Mitteilung des Herrn Justizrats Dr. Sello noch einmal fragen: Wollen Sie nicht lieber ein Geständnis ablegen? Ich richte diese Frage jetzt zum vierten Male an Sie! — **Angekl.**: Ich erkläre hiermit, daß Frau Buchholz um 8,15 Uhr nicht mehr gelebt hat. — **Vors.**: Haben Sie sie getötet? — **Angekl.**: Ja!

Vors.: Dann erklären Sie uns, wie Sie zu der Tat gekommen sind. — **Angekl.**: Ich traf Frau Buchholz auf der Straße. Auf meine Frage, wo sie gewesen sei, erklärte sie mir, daß sie in Breslau war. Sie hatte mir vorher einmal erklärt, daß sie nach München gehen wolle, um zu telefonieren. Mir zum Trost hat sie nun gesagt, sie sei nicht allein nach Breslau gegangen, sondern in Begleitung. Darauf ist dann die Tat geschehen. — **Vors.**: Vor der Tat haben Sie gar keinen Streit mit Frau Buchholz gehabt? Zeugen haben doch gesehen, daß Sie sehr erregt auf die Frau eingetreten sind? — **Angekl.**: Ich war über meinen Sturz mit dem Rade erregt und sie sprach erregt, weil ich erregt war. — **Vors.**: Was haben Sie denn gesprochen, als Sie noch auf der Chaussee waren? — **Angekl.**: Nur darüber, daß sie in Breslau war. — **Vors.**: Zwei Augen haben aber befunden, daß Sie schon an der Schwänke des Bohlenbogens sehr heftig miteinander gesprochen haben. Das widerspricht doch Ihren Angaben. — **Angekl.**: Die Zeugen können doch nur urteilen nach ihrem Sehen, richtig kann ich doch nur urteilen. — **Vors.**: Was haben Sie denn von Frau Buchholz verlangt? — **Angekl.**: Verlangt habe ich von ihr gar nichts. — **Vors.**: Sie wollen und also jetzt noch sagen: die Frau habe Ihnen gesagt, sie wolle sich von ihrem Manne scheiden lassen und mit Ihnen zusammenziehen? — **Angekl.**: Jawohl! — **Vors.**: Das soll die Frau gesagt haben, die vor Ihnen nach Breslau entflohen ist, die von Ihnen bedroht worden war? Sie haben sie doch am Tage bevor sie nach Breslau floh, geradezu bedroht. — **Angekl.**: In jenem Tage handelte es sich nur darum, daß sie das Krenobische Geschäft verlassen sollte, und im Anschluß daran habe ich ihr Vorhaltungen gemacht. — **Vors.**: Wie erklären Sie uns, daß diese Frau, nachdem sie in Breslau war, sieben Wochen lang keine Zeile an Sie geschrieben hat? — **Angekl.**: Das kann ich mir nicht erklären. Ich erkläre es einfach für hinfällig, daß Frau B. vor mir Angst gehabt habe. — **Vors.**: Für uns bleibt es unwahrscheinlich, daß eine Frau, die Sie ganz aufgegeben hat, Ihnen auf der Straße gesagt haben sollte, sie würde sich scheiden lassen und sich mit Ihnen verheiraten. — **Angekl.**: Sie hat ja auch an ihren Mann sieben Wochen lang nicht geschrieben. — **Vors.**: Das stimmt nicht. Sie hat nur eine Woche nicht geschrieben, dann aber Briefe mit der Ueberschrift „Mein lieber Engel“ und dergleichen an ihn geschrieben. Was für ein Geheimnis hat denn zwischen Frau Buchholz und Ihnen obgewaltet, so daß sie wiederholt schrieb: „wenn ich nur alles ungeschähen machen könnte.“ — **Angekl.**: Es ist gar nichts geschehen. Frau Buchholz war sehr unbeständig und ging heute mit diesem, morgen mit jenem. — **Vors.**: Aber mit Ihnen war sie doch vier Jahre zusammen! Also: Sie wollen jetzt sagen, daß als Sie in den Wald traten, der Streit zwischen Ihnen und Frau B. begonnen hat? — **Angekl.**: Begonnen hat er schon auf der Chaussee. — **Vors.**: Wann ist Frau Buchholz nun gestorben? — **Angekl.**: Um 8,15 Uhr hat sie nicht mehr gelebt. — **Vors.**: Und Sie haben sie getötet? — **Angekl.**: Ja. — **Vors.**: Sie behaupten auch jetzt noch, daß Ihr Verhältnis zur Frau B. immer ein gutes war? — **Angekl.**: Jawohl. — **Vors.**: Wann sind Sie nun noch Berlin gefahren? — **Angekl.**: Ich bin um 8,20 Uhr in Berlin eingetroffen; um 8,15 Uhr kann also ein Schrei von der Frau Buchholz nicht mehr ausgehört sein. — Weiter behauptet der Angeklagte, daß er nicht mit der Strohhalm um 9,1 Uhr gefahren sei. Ein Jubiläums-Heimatsklub will er in der Destillation ausgegeben haben, befreit er ausgeschieden, ein zweites Jubiläums-Heimatsklub auf dem Bahnhof in Grünau in Postkutsche gegeben zu haben. — **Vors.**: Wie kamen Sie zu dem Gelde? — **Angekl.**: Beim Einsfallen hat Frau B. ihres Tasche verloren, in welchem sich ihr Portemonnaie befand. Das habe ich an mich genommen. — **Vors.**: Erzählen Sie uns etwas ausführlicher, wie sich die Tat abgespielt hat. — **Angekl.**: Frau B. meinte zu mir: Was ich wohl dazu sagen würde, wenn sie mir mitteilte, daß sie nicht allein gefahren sei. Da antwortete ich: Das würde nicht gut ausfallen. Sie meinte aber: Sie habe vor mir keine Angst. Dann sind wir gegenseitig heftig geordnet, und als sie ein Schimpfwort gegen mich gebrauchte, da sah sie am Hals, aber nicht in der Absicht, sie zu töten. Das Zupacken muß wohl etwas zu heftig gewesen sein, denn Frau B. fiel zu Boden. Ich dachte, sie verstellte sich, deshalb sah sie sie nochmals am Hals, um sie zum Sprechen zu bringen. Ich hob sie in dieser Weise hoch und sie fiel rückwärts zu Boden und ich sah, daß sie tot war. Dann habe ich ihr erst die Schürze um den Hals gelegt, um einen anderen Anschein zu erwecken. — **Vors.**: Das hat angeführt das Befunden an der Leiche nicht viel Wahrscheinlichkeit für sich. Ein Mensch, der zu seinem Entschließen steht, daß er wider Willen einen Menschen getötet hat, der pflegt so niederträchtig zu sein, daß er Selbstmord begeht oder aber zur Postkutsche läuft und das traurige Ereignis meldet. Sie aber tun dies nicht, sondern nehmen ganz ruhig das Geld an sich und fahren von dannen. Wo haben Sie das Portemonnaie gelassen? — **Angekl.**: Ich habe es vom Eisenbahnwagen aus in den Teltowkanal geworfen. — **Vors.**: Warum haben Sie denn eigentlich nach die Leibesöffnung um den Hals der B. gelöst? — **Angekl.**: Ich wollte den Eindruck hervorzurufen, als handelte es sich um einen Selbstmord und die Buchholz habe sich selbst aufgehängt. — **Vors.**: Der Vorsitzende richtet an den Angeklagten und einige Zeugen eine Reihe Fragen, aus denen hervorgeht, daß er ein ganz arbeitsloser Mensch sei. Der Vorsitzende geht ferner in sehr ausführlicher Weise auf einzelne Punkte der Beweisaufnahme ein, aus denen hervorgeht, daß das angebliche „Geständnis“ des Angeklagten nicht richtig ist. Der Angeklagte behauptet unter anderem, daß er an dem Abend nicht nur einmal, sondern dreimal mit der Strohhalm gefahren sei. — **Vors.**: Wie kommt denn aber das Strohhalmabfahren in Ihre Tafsche, nach welchem Sie 9,1 Uhr gefahren sind? — **Angekl.**: Das ist der reine Zufall! Ich habe das Billett zufällig im Fofal gefunden. — **Vors.**: Ist Ihnen niemals der Gedanke gekommen sich zu messen und ein Geständnis abzulegen? — **Angekl.**: Ich wollte nicht. — **Vors.**: Weshalb wollten Sie nicht? — **Angekl.**: Ich wollte es eben nicht. Wenn mir der richtige Mann ordentlich zugeredet hätte, so hätte ich vielleicht gefunden. — **Vors.**: Wer war denn Ihrer Meinung nach der unrechte Mann? — **Angeklagter:** Der Kriminalkommissar Weiß, der mit gleich 10 impertinenten entgegengesetzten ist. — **Vors.**: Es hat doch aber eben den Anschein, als wollten Sie mit dieser Verurteilung nur an dem Kommissar Ihre Rächen fühlen, weil er was Befolgungsmaterial zusammengewetzt hatte. Es hat doch den Anschein, als ob Sie erst, nachdem Sie einsahen, daß Ihnen Ihre Zeugen nicht hilft, ein

Geständnis ablegen wollten, um sich dadurch noch gewisse Vorteile zu sichern.

Der Vorsitzende Dr. Marx begünstigt, daß die von dem Angeklagten gegebene Darstellung von der Tat vom medizinischen Standpunkte nicht absolut unwahrscheinlich ist. Es kann vorkommen und ist schon vorgekommen, daß jemand nach einem bloßen Zugriff an den Hals gestorben ist. Ob hier in diesem Fall der Angeklagte die Frau hat töten wollen, konnte er als medizinischer Sachverständiger natürlich nicht entscheiden; das ist Sache der Richter. Der Angeklagte muß aber jedenfalls sehr stark zugegriffen haben. Daß die Schürze einem schon toten Menschen umgelegt worden, ist auch die Ansicht des Sachverständigen.

Darauf wird die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende verliest die auf Marx, schweren Raub mit Todeserfolg und Totschlag lautenden Schuldsprüche. Auf Antrag des Staatsanwalts wird noch eine Hilfsfrage betreffend Diebstahl, auf Antrag des Verteidigers noch Hilfsfragen betreffend Körperverletzung mit Todeserfolg und event. mildernde Umstände hinzugefügt.

Der Staatsanwalt Telli plädierte in erster Reihe auf Beantwortung der Schulfrage wegen Mordes. Er geht die einzelnen Momente der Beweisaufnahme durch und gelangt zu dem Ergebnis, der Angeklagte habe nicht lediglich im Effekt gehandelt, die begleitenden Umstände sprächen mit größter Wahrscheinlichkeit für eine überlegte Tat. Es sei aber zuzugeden, daß auch die andere Ansicht, die geltend gemacht werden kann, wonach der Angeklagte von tödlicher Wut gepackt, die Tat ausgeführt, also Totschlag begangen hat. Der Staatsanwalt schließt mit dem Antrag, die Schuldfragen betreffend Mord und schweren Raub zu bejahen. Sollte die Frage nach Totschlag oder Körperverletzung mit Todeserfolg bejaht werden, so wären Momente, die die Zuhilfenahme mildernder Umstände rechtfertigen könnten, nirgendwo zu entdecken. Sein verfassungskonformes Geständnis kann nicht als Milderungsgrund ins Gewicht fallen, denn es ist nicht von Neuz getrogen.

Verteidiger Justizrat Dr. Sello: Die Geschworenen brauchen nicht zu befürchten, daß er als Offizialverteidiger ihnen mit Abbalatentnissen ein L für ein U machen wolle; seine Aufgabe werde es sein, in ernstlicher Prüfung der Ergebnisse der Beweisaufnahme, festzustellen, welcher Art das Verbrechen ist, dessen sich der Angeklagte schuldig gemacht hat. Das Geständnis, so führt der Verteidiger aus, das heute der Angeklagte abgegeben hat, entspricht sicher in verschiedenen Dingen nicht den Tatsachen. Die Psyche des Angeklagten ist mir trotz meiner langen kriminalistischen Erfahrungen bis zur Stunde ein völlig unbekanntes Gebiet. Er leugnet nicht abzuleugnende Kleinigkeiten, die gänzlich ohne Belang sind, und bestreitet Tatsachen, die ihm nur zum Vorteil gereichen würden, so daß er mit Frau Buchholz in sehr heftiger Zwiesprache gewesen sei, während es doch zu seinen Gunsten spräche, wenn man annehmen könnte, daß er bei dieser erregten Unterhaltung in einen Zustand der Wut verfallen wäre. Die Behauptung des Angeklagten, daß seine Absicht nicht auf Tötung gerichtet gewesen sei, sondern daß er die Frau Buchholz nur mißhandeln wollte, und die von ihm gewollte Mißhandlung den nicht gewollten Tod zur Folge gehabt habe, vom medizinischen Standpunkte nicht absolut unwahrscheinlich sei, hat der Sachverständige Dr. Marx befunden, ja sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit zugegeben. Weber der objektive Befund, noch die Wahrnehmungen der Zeugin Müller sprechen dagegen. Der Angeklagte habe nicht mit Ueberlegung gehandelt, denn Ueberlegung sei die ruhige und besonnene Verstandesbetätigung, und diese müsse sich gezeigt haben nicht in dem Augenblick, wo die Schlinge vorbereitet wurde, sondern wo die Schlinge gebraucht wurde. Der Verteidiger kommt zu dem Schluß, daß nach seiner Meinung nur Körperverletzung mit Todeserfolg und nicht Raub, sondern nur Diebstahl vorliegt. In Ihren Händen, so schließt Justizrat Dr. Sello, indem er sich an die Geschworenen wendet, liegt das höchste und verantwortliche Amt, das Recht und Pflicht, zu Gericht zu sitzen und wahrzusprechen über das Leben eines Mitmenschen. Nicht das Mittel rufe ich an, sondern Ihre Weisheit und Gerechtigkeit! Mächtig Sie weise und gerecht, aber mit der Weisheit und Gerechtigkeit, die sich freut, wenn sie zugleich menschlich und milde urteilen kann!

Es folgen Replik und Duplik, dann die Rechtsbelehrung seitens des Vorsitzenden.

Hierauf zog sich die Geschworenen zur Beratung zurück, die nur 1/2 Stunden dauerte. Durch ihr Verdict wurde der Angeklagte des

Mordes und des Diebstahls für schuldig

erklärt.

Staatsanwalt Telli beantragt die Todesstrafe und dauernden Verlust der Ehrenrechte. Wegen des Diebstahls bringe ich neun Monate Gefängnis in Antrag, die mit der wegen Fahrtdiebstahls gegen den Angeklagten bereits erkannten zweimonatigen Gefängnisstrafe auf 10 Monate Gefängnis zusammenzuziehen sind.

Justizrat Dr. Sello: Ich habe nichts anzuführen. **Angeklagter,** zum letzten Wort verfallend: Ich habe auch nichts anzuführen.

Nach 1 1/2 stündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende:

Da das Gericht einstimmig der Ansicht ist, daß sich die Geschworenen zugunsten des Angeklagten geirrt haben, wird die Sache aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an das nächste zustimmende Schwurgericht verwiesen.

Dieser Gerichtspruch beruht auf § 317 der Strafprozedur, der bestimmt: „Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich in der Hauptfrage zum Nachteile des Angeklagten geirrt haben, so verweist es durch Beschluß ohne Begründung seiner Ansicht die Sache zur neuen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungperiode. Die Verweisung ist nur von Amts wegen und nur bis zur Verurteilung des Urteils zulässig.“

Gegenüber der Schwärze der Indizienbeweismomente dafür, daß überlegter Mord und nicht Totschlag oder Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vorgelegen haben, entspricht die Aufhebung des Wahrspruchs dem Rechtsempfinden, daß im Zweifel zugunsten des Angeklagten zu urteilen ist. Derartige Aufhebungen von Schwurgerichtsurteilen sind äußerst selten. An der neuen Verhandlung darf kein Geschworener teilnehmen, der bei dem gestern aufgehobenen Spruch mitgewirkt hat. Der Spruch, der von den Geschworenen des neuen Schwurgerichtsbereichs ergeht, kann nicht mehr von den drei Richtern des Schwurgerichts zu Gunsten des Angeklagten aufgehoben werden.

Aus Industrie und Handel.

Ein Erfolg Dernburgs.

Endlich kann Bernhard II. einen Vorseufel als sein Werk bezeichnen. Der große intellektuelle — Erfolg, den er mit seiner von übermorgenländischer Phantasie strotzenden Parteilichkeit vor Deutschlands erkrankten Gassen davontrug, ist überholt. In den glühendsten Farben schilderte Dernburg am Donnerstagabend in einer von den Deutschen Kolonialgesellschaft anberaumten Versammlung im Plenarsitzungslokal des Reichstages seine südwestafrikanischen Eindrücke. Die Reden im Saal gaben die der schätzbaren Diamantensuche ab. Er zauberte den Anwesenden ein glänzendes Bild von selbstlosen Reichthümern und industrieller Belegung vor Augen. Großer Segen soll von den afrikanischen Diamantenseldern ausströmen. Später nachlässig) Verkauf bedienende Schläue an den Papieren, die bisher mehr Kerger als Freunde bereiteten. Dernburg hat's geschafft.

Im Vortage vom Freitag ließ man: „Das Geschäft, das sich im freien Verkehr in den Anteilen der Diabli-Minen- und Eisenbahngesellschaft heute abspielte, war geradezu märkisch zu nennen und Abstraf bei weitem den schon recht Bedeutenden Verlehe, der in diesen Kreisen an den letzten

Tagen stattgefunden hatte. Die Phantastie der Spekulation und namentlich auch der schwächeren Bekandteile derselben ist lebhaft entflammert, und es läßt sich nicht absehen, welche Dimensionen die im Gange befindliche sprunghafte Preissteigerung der Diabli-Minenteile noch annehmen kann, sofern keine näheren Erwägungen Platz greifen.

Es ist ja ungemein schwierig, ein Urteil darüber abzugeben, ob sich der gegenwärtige bereits erheblich gestiegene Preis der Anteile mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang befindet (Die Anteile wurden vor wenigen Tagen (S) zu 170 eingeführt), resp., ob möglicherweise auch heute bei 190 noch eine Unterwertung stattfindet; denn jene tatsächlichen Verhältnisse liegen, da sich in Deutsch-Südwestafrika noch alles im Anfangsstadium befindet, durchaus unklar.

Auch in den übrigen im freien Verkehr gehandelten Kolonialwerten kamen heute bei zum Teil weiter anziehenden Kursen erhebliche Umsätze zustande. Die Anteile der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika stellten sich auf 500 Proz. G. und 610 Proz. B. und die Shares der South West Africa Company Ltd. auf 25 Sh. G. und 25 Sh. 8 Pence B. Die South African Territories Shares wurden mit 7 Sh. 11/2 Pence bezahlt. Vorübergehend wurden auch die Aktien der New Guinea Company lebhafter gehandelt, und zwar wurden die Stammaktien, die vor 3 Tagen noch 35 Proz. notierten, mit 53 Proz. eingekauft, der Kurs der Vorkursaktien stellte sich auf etwa 100 Proz.

Das Uebernaehmefortium für die Diabli-Minen- und Eisenbahnteile hat, wie wir weiter erfahren, seine Bestände andauernd und wird sich demnächst auflösen.

Dank Bernhard II. wird das Konfession sagen! Wenn die Phantastie der Spekulation noch über die Dernburgs hinausgeht, kann's ja nicht fehlen. Mancher wird nicht ohne Augenjauchzer vom Dernburg-Diamantenselb erwachen.

Die Brille des Stahlverbandes.

Das Jahrbuch „Iron Age“ teilt in seinem letzten Marktbericht mit, daß in der vergangenen Woche der Eisenmarkt von seiner unangenehmen Ruhe nichts verloren habe. Im Gegensatz zu einigen Optimisten, die für die nächsten zwei oder drei Monate eine wesentliche Besserung erwarteten, hätten bedeutende Industrielle die Hoffnung begraben, der Markt könne sich im nächsten halben Jahre bemerkenswert erholen. Hoffnungsreicher wie immer, urteilt die Zeitung des deutschen Stahlverbandes. Sie sieht durch ihre rosarot gefärbte Brille folgendes Wirtschaftsbild: Auf dem Inlandsmarkte von Holzzeug sind seit dem letzten Bericht wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Die Abnehmer haben ihren Bedarf für das erste Vierteljahr zum größeren Teil gedeckt, zum Teil sind noch Nachtragsaufträge zu erwarten. Der Auslandsmarkt lag weiterhin ruhig; in England herrscht jedoch eine zuversichtlichere Stimmung hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Geschäfts. In säuerem Eisenbahnbau material wurden weitere Bedarfsmengen von deutschen Bahnen aufgegeben. Im übrigen gehen die Spezifikationen entsprechend dem gegen das Vorjahr aufgegebenen geringeren Bedarf ein. Im Eisenbahnbauwesen ist eine lebhafte Besserung zu verzeichnen. Der Spezifikationsbedarf ist reichlicher als im Dezember. Das Gleiche gilt vom Maschinenbauwesen, wo mehrere größere Aufträge mit deutschen Städteverwaltungen getätigt wurden. Auf dem Auslandsmarkte scheint sich in Südwestafrika ebenfalls eine Besserung anzubahnen zu wollen. Die Anfragen treffen in letzter Zeit häufiger ein und verschiedene Aufträge von größerem Umfange wurden abgeschlossen. Dagegen läßt das Auslandsgeschäft in Italien und Griechenland immer noch zu wünschen übrig. Auch wie vor tritt hier der fremde, besonders der belgische Wettbewerb mit Preisunterbietungen auf. Das Inlandsgeschäft in Formteilen hat durch die Gewährung des Preisnachlasses für Winterbedarfe eine lebhaftere Anregung erhalten. Von einer großen Anzahl Abnehmer wurde nicht nur ihr Anteil auf die zur Verfügung gestellten 200 000 Tonnen mit Preisnachlass abgerufen, sondern sie haben auch weitere Mengen ohne diesen Rabatt hinzugekauft, und es ist zu hoffen, daß im ersten Halbjahr noch erhebliche Mengen zum Abschluß kommen. Im Ausland herrscht angesichts der Winterjahreszeit noch Zurückhaltung, doch scheint sich eine gewisse Belebung für das Frühjahr anzubahnen.

Die Festsetzung des Inlandsposts für Briefe im Verlehe zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt Veranlassung, auf das Wirken einer merkwürdigen Lide hinzuweisen, welche bei der Schaffung der internationalen Briefmarken unberücksichtigt geblieben ist.

Im Verlehe mit Oesterreich-Ungarn und mit Bayern und von jetzt an auch mit den Vereinigten Staaten kann man, obwohl durch das Wirken der niedrigen Tage ein engeres Verkehrsverhältnis dokumentiert wird, nicht einem Briefe ein Wertzeichen beilegen, welches für die Freimachung der Antwort dienen könnte.

Die Befugung etwa zweier Antwort-Postkarten würde deshalb nicht zweckdienlich sein, weil die Post ja nicht verpflichtet ist, die Antwort-Postkarten etwa gegen Briefwertzeichen umzutauschen. Die Befugung von zwei Postkarten hätte aber auch außerdem das Bedenken gegen sich, daß der Brief dadurch vielleicht zu schwer und unverhältnismäßig bewertet würde.

Es ist zu wünschen, daß die Postbehörde so bald wie möglich die nötigen Schritte unternimmt, ein internationales Wertzeichen auch für die Inlandsbriefe zu schaffen. Schon die Tatsache, daß wir im Verlehe mit Bayern gewissermaßen schlechter gestellt sind als im internationalen Verlehe, möchte für sich allein genügen; daß das Wertzeichen allgemein gültig und nicht nur im Verlehe mit bestimmten Staaten hergestellt werde, ist leicht damit zu begründen, daß der Zeitverlehe-Verlehe hoffentlich recht bald auf viele andere Länder ausgedehnt wird; ferner kann diese kleinere internationale Marke auch in den Fällen angewandt werden, wo für die Antwort eine Postkarte ausreicht.

Im Anschluß daran wäre auch zu erwähnen, ob man die kürzlich eingeführte Erhöhung des Postos in Deutschland, für die eigentlich niemand so recht die Verantwortung übernehmen will, vielleicht dadurch bis zu einem gewissen Grade ausgleichen könnte, daß man die Postkarte für 4, die Briefe für 8 Pf. befördert.

Die Betriebsannahmen der preussisch-bessischen Staatseisenbahnen haben, wie offiziell mitgeteilt wird, im Dezember 1908 im Verlehenverkehr rund 6,4 Millionen Mark — 1 Proz. mehr, im Güterverkehr 4,8 Millionen Mark — 4,47 Proz. weniger, insgesamt einschließlich der sonstigen Einnahmen 8,5 Millionen Mark — 3,71 Proz. weniger als im gleichen Monat des Vorjahres erbracht. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß der Dezember 1908 einen Sonntag weniger und einen Werktag mehr als im Vorjahre hatte.

Weltausstellung in Brüssel 1910. Obwohl die Anmeldefrist für die deutsche Abteilung erst am 1. April 1909 abläuft, liegt es doch im Interesse der Firmen, welche eine Beteiligung an der Weltausstellung in Brüssel 1910 im Ausblick genommen haben, ihre Anmeldung möglichst bald zu betreiben, da bei der zunehmenden Belegung der zur Verfügung stehenden Plätze es nicht ausgeschlossen ist, daß die Annahme überhaupt nicht oder doch nicht in der gewünschten Weise Berücksichtigung finden kann. Die Anmeldefristen werden den für die Ausstellung interessierten Firmen vom Reichskommissariat in Berlin NW. 6, Luisenstraße 33/34, auf Ersuchen kostenlos überandt.

Bedrohung der Porzellanindustrie. Die „New Yorker Handelsztg.“ macht die Mitteilung, daß die amerikanische Tarifkommission für Warenartikel in Porzellan neben dem Handelsschutz auch noch einen Gewerkschutz vorsieht. Die Sommerberger Handelskammer hat nun im Auftrage von 33 Porzellanfabriken die gegen Schritte eingeleitet. Den Thüringer Porzellanfabriken würde durch eine verstärkte Zollbestimmung der Export nach den Vereinigten Staaten fast unmöglich gemacht.

Die polizeiliche „Mißgriffe“ gutgemacht werden.

In Hildesheim war dieser Tage ein junger Mann, der bereits seit fast einem Jahre als Fabrikarbeiter dort arbeitet, unter dem Verdacht der nächtlichen Ruhestörung zu einer polizeilichen Vernehmung zitiert worden, um nach kurzem Verhör als stechbriefflich verfolgter Spitzbube „erkannt“ und noch gleichen Abends gefesselt nach dem Gerichtsgefängnis transportiert zu werden.

Der Schloffer J. B. aus G. ist auf Anordnung des königlichen Amtsgerichts 7 in Hildesheim wegen (1) Diebstahls aus der Haft entlassen worden.

Die polizeiliche „Personenverwechslung“ wird nicht entschuldbarer dadurch, daß die Polizei nur einen Gang zu dem unter gleichem Dach befindlichen Einwohner-Meldedamit brauchte, um einem Unschuldigen zwei Tage preussischer „Untersuchungs“tortur zu ersparen.

Im übrigen müßten die Beamten wissen, daß ein Untersuchungsgefängener zu Arbeiten nicht gezwungen werden darf. Wird gegen die schuldigen Beamten eingeschritten werden?

Sie machten „geschlossene Gesellschaft“.

Als die besseren Bürger des Ortes Ammendorf b. Halle a. S. am Abend des 2. September v. J. zur Gedächtnisfeier bei dem Gastwirt Kluge versammelt waren, sagte der Polizeisergeant Spreitz bei dem Eintritt der Polizeistreife: „heut ist geschlossene Gesellschaft.“ Die Herrschaften zogen sich dann unter Aufsicht des Polizisten in ein Nebenzimmer zurück, „mauschelten“ und spielten „meine Tante, deine Tante“. Der Wirt stand am Donnerstag vor dem Schöffengericht wegen Duldens von Jagdspielen unter Anklage. Er wurde aber freigesprochen, da auch der Polizeisergeant, der nun allerdings weggejagt worden ist, mitgespielt hat. Der Wirt hatte sich auf „das Auge des Gesetzes“ berufen, das bekanntlich nichts Unrechtes dulden soll.

Demgegenüber vergleiche man, wie willkürlich „geschlossene Gesellschaften“, an denen Arbeiter teilnehmen, als öffentliche konstituiert werden.

Folgen liberaler Verheerung.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 21. Januar: Vor mehreren Jahren bekamen unsere Parteigenossen in dem hiesigen großen Allgemeinen Konsumverein durch ihre Tätigkeit einen starken Einfluß. Sie zogen gegen die Dividendenwirtschaft zu Felde und bauten den Verein durch Errichtung eines Zentral-lagers und durch eine eigene Bäckerei zu einer modernen Genossenschaft aus. Dies hatte mehreren hunderttausend Gewerbetreibenden nicht, die aus der alten Genossenschaft austraten und unter dem Beifall der hiesigen liberalen Presse einen eigenen Verein gründeten und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, dem alten Verein, der ihnen zu sehr sozialdemokratisch erschienen, das Lebenslicht auszublasen. Die sogenannte sozialdemokratische Genossenschaft besteht heute gesicherter wie früher, aber die liberale Gründung ging nach vierjährigem Bestehen zugrunde. Es meist verführte, gegen die Sozialdemokratie gehehrte Arbeiter wurden zur Zahlung des Postpflichtteils von je 25 M. verurteilt und heute stand der Vorstand und der Aufsichtsrat der antisozialdemokratischen faulen Gründung wegen Bilanzverschleierung vor dem Landgericht unter Anklage. Die Schlaumeier, die bei jeder Gelegenheit über „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ klagten, hatten, um möglichst hohe Dividenden zahlen zu können, bei dem Jahresabschluss gegen Verpfändung des Warenlagers von einem Bankier Geld geborgt, bei der Inventur die Waren nicht nach dem Einkaufspreis, sondern nach dem Verkaufspreis eingepreist usw. Die zehn Angeklagten, die ihre liberale Mißwirtschaft mit Unkenntnis der Gesetze entschuldigten, wurden mit Geldstrafen von 50 M. bis zu 15 M. herab verurteilt. Die in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter sind zu be-dauern.

Kann ein Grenzkontrollen durch Polizeiverordnung zur Warnung der Schmuggler verpflichtet werden?

Diese Frage war der Herrn eines am Mittwoch vor vom Landesverwaltungsgericht entschiedenen Konflikts. Bei einer Dienstreife benutzte der Obergrenzkontrollen Oberhardt aus Sittichheim seinen Schlitzen. Weil der Schlitzen nicht mit einem Schellengeläut versehen war, wie es die Polizeiverordnung vom 14. März 1895 vorschreibt, wurde Oberhardt wegen Uebertretung der Verordnung angefaßt. Der Provinzialsteuerdirektor der Provinz Sachsen erhob zugunsten des Konflikt. E. hätte im Interesse der Ausübung seiner Amtsbefugnisse bei der Dienstreife jedes laute Geräusch vermeiden müssen. Seine Dienstverletzung schreibt das vor. Er könne deshalb nicht wegen Fehlens des Geläuts bestraft werden. — Der Finanzminister antwortete sich in seinem zur Sache abgegebenen Gutachten dahin, daß der Konflikt begründet wäre. Zu den Amtspflichten des angefaßten Beamten gehöre vor allem die Aufsicht über Wareneingang und -Ausgang längs der Zollgrenze und im Grenzgebiet. Diese der Grenzwaide nach § 19 des Vereinsgesetzes obliegende Aufsicht könne nicht erfolgreich ausgeübt werden, wenn sich die Beamten, auch die höheren, durch laute, weit vernehmbare Geräusche vorher bemerkbar machen. Es hätte somit zu den Amtsbefugnissen des Angefaßten gehört, das Schellengeläut bei dieser dienstlichen Schlitzenfahrt nicht anbrochen, so habe er sich innerhalb seiner Amtspflichten gehalten. Seine Verurteilung wegen Nichtbeachtung der Polizeiverordnung sei mithin ausgeschlossen, so daß das Strafverfahren eingestellt werden müsse.

Kann das Militärstrafgesetz gegen Branden angewendet werden?

Vom Landgericht Hamburg ist am 5. September v. J. die Schwerverbraut Franziska Budwald, geb. Christianen, wegen Beihilfe zur Fahnenflucht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ihr Bruder ist vom Kriegsgericht wegen Fahnenflucht verurteilt und in die Arbeiterabteilung eingereiht worden. Die Angefaßte hatte den Bruder vor seiner Flucht besucht und im Ge-

schäftszimmer in Anwesenheit eines Sergeanten gesprochen. Dieser hat nicht alles gehört, was beide gesprochen haben. Aber es wurde angenommen, daß sie ihrem Bruder Anweisung zur Flucht gegeben hat. Sie ist nach dem Militärstrafgesetzbuch verurteilt worden. Auf die Revision der Angefaßten hob am Donnerstag das Reichsgericht das Urteil auf. Gegen Frauen, wie es zutreffend bei der Begründung, findet das Militärstrafgesetz keine Anwendung; hier kommt nur § 141 Str.-G.-B. in Frage, welcher allerdings als niedrigste Strafe drei Monate Gefängnis androht.

Verfammlungen.

Die wirtschaftliche Krise und die Gewerkschaften

laute das Thema eines Vortrages, den Genosse Max Grünwald am Mittwoch in einer Vertrauensmännerversammlung des Holzarbeiterverbandes hielt. In der Hand der Marxistischen Theorie zeigte der Redner, daß wirtschaftliche Krisen in der kapitalistischen Gesellschaft eine naturnotwendige Erscheinung sind. Die weiteren Ausführungen über die Wirkungen der Krise auf die Gewerkschaften waren im wesentlichen ungefähr folgende: Die Gewerkschaften werden durch die Krise zu großen Selbstopfern in Form von Arbeitslosen, Meilen, Krankenunterstützung veranlaßt. Sie werden aber auch dadurch getroffen, daß in Zeiten der Krise eine Anzahl von Mitgliedern der Organisation den Rücken kehren. Dies zu verhindern, muß eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften sein. Das können sie, indem sie die Mitglieder erzieherisch beeinflussen, so daß dieselben auch in den Zeiten der Krise der Organisation treu bleiben. Diese beiden Erscheinungen: Selbstopfer für Unterstützungen und Verlust an Mitgliedern machen die Krise zu einer besonderen Feuerprobe für die Gewerkschaften. In ihrer Bestimmung, in ihrem Klassenbewußtsein müssen die Arbeiter gefestigt werden. Dadurch können die Gewerkschaften in den Zeiten der Krise ihre Kraft beweisen. Die innere Kraftprobe, welche darin besteht, daß die Mitglieder so erzogen werden, daß sie auch in den schwersten Zeiten mit der Organisation durch die und durch gehen, ist mindestens ebenso notwendig wie die äußere Kraftprobe der Geldunterstützung. Es muß gekämpft werden gegen die Anstalt, daß die Arbeitslosenunterstützung ein Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst sein soll. Sie kann nichts anderes sein, als eine Unterstützung, eine Beihilfe in Zeiten der Not. Pflicht der Gesellschaft ist es, allen ihren Mitgliedern, also auch den Arbeitern, ein Recht auf ihre Existenz zu geben. Die Kapitalisten möchten allerdings, daß diese Pflicht der Gesellschaft von den Arbeitern übernommen wird. Ein solches Verlangen erfüllen zu wollen, wäre eine Torheit. Die Unterstützung durch die Gewerkschaft hat ihre Grenze und muß ihre Grenze haben. Für die Krise und ihre Folgen für die Arbeiter ist das herrschende System verantwortlich. An die Vertreter dieses Systems müssen die Arbeiter mit ihren programmatischen Forderungen herantreten, denn die Vertreter des Systems sind es ja, die den Schaden an diesem System haben und deshalb auch für die Schäden desselben verantwortlich sind. Deshalb haben die Arbeiter in Zeiten der Krise von jeder an Staat und Gemeinde die Forderung gestellt, für die Arbeitslosen zu sorgen durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Dazu ist der Staat, dazu sind die Gemeinden auch in der Lage. Eine Kleinigkeit wäre es, diese Forderung der Arbeiter zu erfüllen, die ja nicht für im Interesse der Arbeiter liegt, sondern auch zur baldigen Beseitigung der Krise beiträgt, was ja auch für die Kapitalisten nützlich wäre. Wenn diese Forderung erfüllt wird, so werden sich die Arbeiter deshalb keineswegs mit dem kapitalistischen System befremden. Durch das Ende der Krise wird das Klassenbewußtsein der Arbeiter gefestigt. So trägt auch die Krise, diese Ausgeburt des Kapitalismus, dazu bei, den Kräftegräber des kapitalistischen Systems zu erzischen. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kam die Rede auf die herrschende Arbeitslosigkeit, die namentlich in der Holzindustrie immer noch einen erschreckenden Umfang hat. Die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter wurde auf 4000 angegeben. Ein Antrag wurde angenommen, welcher befragt, der Vertreter des Holzarbeiterverbandes im Anschluß der Gewerkschaftskommission soll dahin wirken, daß die Gewerkschaftskommission allgemeine Versammlungen der Arbeitslosen einberuft. Falls das nicht geschieht, soll der Holzarbeiterverband für seine Arbeitslosen Demonstrationen in nächster Zeit veranstalten.

Die Stukkateure hielten ihre Generalversammlung am Montagabend im Gewerkschaftshaus ab. Der Jahresbericht über die Bilanz Berlin, der gedruckt vorlag, wurde von F. Krebs in einem längeren Vortrage erläutert. Nach einem Rückblick auf einzelne Lohnbewegungen im Jahre 1908 gedachte der Redner zuerst der Kaiserfeier, die diesmal von drei Arbeitgebern zu verbieten gesucht wurde, was zu einem kurzen Kampf wegen der Wahregung von feiernden Kollegen führte. Scharf kritisierte der Redner die Ueberstundenarbeit, die leider noch vielfach geleistet wird. Die Bauten- und Werkstattumfrage hat ergeben, daß die Akkordarbeit zugenommen hat, während die Lohnarbeit abnahm. Zugleich ist ein Rückgang des durchschnittlichen Tageslohnes zu verzeichnen; pro 8 1/2-Stunden Tag wurde bei den in Lohn Beschäftigten 7,94 M. bezahlt, vorher 8,35 M. Ueber Lehrlingslöhntierei wird viel geklagt. Die Umfrage über das Organisationsverhältnis ergab, daß von 628 bei der Arbeit Beschäftigten 449 dem Zentralverband, 7 dem Lokalverein angehörten, 8 anderweitig und 164 unorganisiert waren. Die Mitgliederbewegung des Verbandes zeigt einen Bestand von 765. Am Schluß des Jahres 1907 war der Bestand 897 Mitglieder. Als Erklärung für den Rückgang ist der im allgemeinen schlechte Geschäftsgang zu betrachten. 169 der Berufskollegen galt als arbeitslos während des Jahres. — Die Abrechnung des Jahres 1908 zeigt in den Einnahmen und Ausgaben eine Bilanz von 47330,44 M. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Streikunterstützung 189 M., für Rechtschutz 882,11 M., für Reiseunterstützung 678,52 M., für Streikunterstützung 318 M., für Arbeitsnachweisgebühren und Vertretung 340 10 M.

Die Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung wurde vorgenommen und ergab das folgende Resultat: 1. Vorstehender Kopp, 1. Schriftführer Bengels, 2. Schriftführer Gerbig, 1. Kassierer Schuch, 2. Kassierer Priß Hein, 1. Revisor Radlo, 2. Revisor Jacob, 1. Revisor Lübbe, 2. Revisor Waage, als Delegierte zur Gewerkschaftskommission Bengels und Claus. Die Wahl des 1. Vorstehenden konnte nicht erledigt werden und bleibt einer späteren Versammlung vorbehalten. — Beschlossen wurde noch, die Zeitungspedition einer späteren Versammlung zu übertragen.

Der Verband der Portefeuillisten (Poststelle Berlin) hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshaus eine Generalversammlung ab. Der Vorstehende Hofmann erbatte den Geschäftsbericht des Vorstandes für das vierte Quartal 1908. Die Erwarungen, die man auf das vierte Quartal setzte, waren nicht in Erfüllung gegangen. Der Geschäftsgang habe sich nur sehr mäßig gehoben. Es seien diesmal immer noch Arbeitslose auf dem Bureau vorhanden gewesen, während in den Vorjahren um dieselbe Jahreszeit stets noch freie Stellen zur Verfügung gestanden hätten. Der schlechte Geschäftsgang habe sich natürlich auch im Verbandsleben bemerkbar gemacht. Der Vorstand habe im vierten Quartal eine rege Tätigkeit entfalten müssen, namentlich auch in der Frage der Verschmelzung mit dem Sattlerverbande. Am Schluß des dritten Quartals habe die Poststelle 638 männliche und 40 weibliche Mitglieder gehabt. Am Schluß des vierten Quartals seien es 633 männliche und 37 weibliche gewesen. Das ganze Jahr 1908 sei für den Portefeuillisten ein äußerst ungünstiges gewesen, wie man es in der ganzen Bewegung noch nicht erlebt habe. Selbst die alten Kollegen könnten sich eines so schlechten Geschäftsganges nicht erinnern. Mit dem Tarifvertragsverhältnis, das im verflochtenen Jahre abgeschlossen wurde, konnte man zufrieden sein. Von der bevorstehenden Verschmelzung mit dem Sattlerverband sei zu erwarten, daß sich auch die Poststelle Berlin heben werde. An Unterstützungen für Brande und Arbeitslose habe 1908 sehr viel mehr aufgewendet

werden müssen als vorher. Es seien rund 4600 M. aufgewendet worden, während es 1907 nur rund 1400 M. gewesen seien. Man sehe daraus, wie schlecht das Jahr 1908 war, aber auch, daß die Unterstützung für die Kollegen in der schlimmsten Zeit ein guter Rückhalt sein könne. Für Extraausgaben, die die Verwaltung besonders an angefeuert und noch nicht bezugsberechtigte Arbeitslose zu Weihnachten gezahlt hat, suchte die Verwaltung die nachträgliche Genehmigung nach. — Den Jahresbericht pro viertem Quartal gab der Kassierer Hauptmann. Die Postkasse hatte einschließlich eines Bestandes von 1233,03 M. eine Gesamteinnahme von 2019,90 M. Die Ausgabe betrug 642,34 M., so daß ein Bestand von 1877,66 M. verblieb. Die Zentralkasse rechnete in Einnahme und Ausgabe mit 3373,36 M. Auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials der letzten drei Jahre stellte der Kassierer fest, daß 1908 in bezug auf Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit das schlechteste Jahr war. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Decharge und erklärte sich mit den zu Weihnachten gewährten Extraausgaben einverstanden.

Aus dem Bericht der Schlichtungskommission, den Hofmann erbatte, ging hervor, daß der Tarifvertrag die Möglichkeit bietet, manches herauszuschlagen, wenn die Kollegen nur selber auf keine Innehaltung abieten. Die Urteile der Schlichtungskommission selbst würden noch in der Portefeuillistenzeitung veröffentlicht werden. — Zum Ersatz ausstehender Vorstandmitglieder wurden Kuntzsch, Krepin und Regali als Revisor gewählt. Zum Revisor wählte man Hildebrandt. — Zu dem gedruckt vorliegenden Entwurf für die Satzungen des Verbandes der Sattler und Portefeuillisten wurden verschiedene Abänderungsvorschläge beschlossen.

Die Arbeiter der Brauerei Schultze hielten am Freitag im Lokal von Lehmann in der Schönhauser Allee eine von über 100 Personen besuchte Betriebsversammlung der Flaschen-, Keller- und Hofarbeiter der Schultzebrauerei Nr. 1 ab. Nachdem der Ausschuss Bericht erstattet und die Aufstellung der Kandidaten zur Neuwahl vorgenommen, schritt die Versammlung dazu, eine Gelegenheit zu besprechen, die recht unliebsames Aufsehen unter den organisierten Schultzebrauereiarbeitern erregt hat. Die Direktion der Schultzebrauerei kündigte im Oktober v. J. in ihren drei Betrieben etwa 120 Flaschenkellerarbeiter. Die organisierten Arbeiter kamen überein, bei verkürzter Arbeitszeit zu arbeiten, um dadurch die gekündigten Kollegen vor der drohenden Arbeitslosigkeit zu bewahren. Mit Hilfe der Organisation wurde der Direktion ein diesbezüglicher Antrag unterbreitet und auch angenommen. Es ist durch dieses Vorgehen gelungen, die Kollegen wenigstens bis Neujahr durchzuschleppen.

Nun sind ja wieder Ähnlichkeiten wegen Mangel an Arbeit ausgesprochen, allerdings nur 25 in allen drei Betrieben. Es ist also ermutigt, daß 82 Mann in fester Arbeit bleiben. Leider waren einzelne Flaschenkellerarbeiter, und zwar solche, die bis 32 M. Lohn pro Woche verdienen und außerdem 5000 M. Sparguthaben bei der Schultzebrauerei haben (dieses Sparguthab wird mit der Dividende, diesmal 14 Proz., verzinst) nicht mit dieser verkürzten Arbeitszeit zufrieden, obgleich in 14 Wochen höchstens 1 Wochenlohn als Ersatz zu verzeichnen war, und entfalteten eine wilde Heer gegen die Organisation mit dem Erfolg, daß etwa 18 Kollegen, darunter auch 3 bis 4 politisch organisierte, ihre Verdienstgehörigkeit verloren und ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Scharf wurde mit ihnen ins Gericht gegangen, jedoch leider vergebens. Das Verhalten einzelner war auch der Versammlung gegenüber provokant. Die Versammlung beschloß, die Namen der 18 in der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen. Ein weiterer Antrag, überhaupt nicht mehr mit diesen Leuten, die wegen eines Wochenlohnes die Solidarität vermissen haben, zusammen zu arbeiten, wurde der Verwaltung zur endgültigen Entscheidung überlassen.

Mit dem Appell, bei den Ausschusswahlen einmütig die aufgestellten Kandidaten zu wählen, wurde, nachdem noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufgefordert worden war, die Versammlung geschlossen.

Advertisement for HERKULES leather boots. Text: 'JEDER ARBEITER JEDER HANDWERKER sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.' Includes an illustration of a man in a hat and boots. Price: 4 M. 50. Also includes a list of books: Goethes Werke, Schillers Werke, Heines Werke, Freiligraths Werke, Grillparzers Werke, Reuters famill. Werke, f. W. Gadländers Werke, Gerfächers Werke.

Advertisement for BAER SOHN. Text: 'Spezial-Nagel größtes Maßstabes'. Includes address: 'Haupt-Katalog gratis franko. Nachdruck verboten.' Also includes 'Abendkurse' for technical education.

Advertisement for MANOLI Cigarettes. Text: 'Schöneinstr. 34 ein Zigarrengeschäft'. Includes prices: 'Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.' and 'Prospekte frei!'.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Bertelsmannsche Verlagsanstalt, Hauptbureau: Hof 1. Amt 3, 1939, Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1937.

Montag, den 25. Januar 1909: Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

1. **Osten-Lichtenberg u. Stralau-Rummelsburg:** Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee, abends 8 1/2 Uhr.
2. **Weißensee:** Roskopf, Königschauffee 39, abends 8 1/2 Uhr.
3. **Süden:** Urania, Wrangelstraße 11, abends 8 1/2 Uhr.
4. **Rixdorf:** Thiel, Bergstraße 152, abends 8 1/2 Uhr.
5. **Westen-Schöneberg:** Zühlke, Denehoffstraße 13, abends 8 1/2 Uhr.
6. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosenstraße 8, abends 8 1/2 Uhr.
7. **Moabit:** Prachtsäle Nordwest, Wicelstraße 24, abends 8 1/2 Uhr.
(Bericht der Bezirksleitung und Auswahl derselben.)
8. **Norden:** Bockbrauerei, Chausseestraße 64, abends 8 1/2 Uhr.
9. **Norden:** Obiglos Festhalle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
10. **Norden:** Frankes Festhalle, Badstraße 19, abends 8 1/2 Uhr.
11. **Oberschöneweide:** Wilhelminenhof, Wilhelminenhofstraße 82, abends 6 Uhr.
12. **Köpenick:** Gesellschaftshaus, Friedrichshagen, Friedrichstraße 69, abends 8 1/2 Uhr.
13. **Groß-Lichterfelde:** Warendorf, Bäckerstraße 22, abends 8 1/2 Uhr.
14. **Spandau:** Böhle, Gabelstraße 20, abends 8 1/2 Uhr.
15. **Tegel:** Trebesch (früher Trapp), Bahnhofstraße 1, abends 6 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Beratung der Anträge zum Verbandstag in Hamburg.

Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

110/14 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Sonntag, den 24. Januar, nachm. 4 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Generalversammlung.

Tages-Ordnung: Rechenschaftsbericht. — Kassenberichte. — Bericht der Revisoren. — Bericht vom Arbeitsnachweis. — Bericht der Delegierten der Gewerkschaftskommission. — Anträge.
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig! Mitgliedsbuch legitimiert!
145/1 Z. A.: Die Ortsverwaltung. D. Schwittai.

Stukkateure!

Dienstag, den 26. Januar 1909, abends pünktlich 8 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelsufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des 1. Vorsitzenden.
2. Ausschlussantrag gegen einige Kollegen.
3. Verschiedenes.

Wegen der Wichtigkeit des ersten Punktes wird zahlreicher und pünktlicher Besuch erwartet.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches!

Ausständigung des Jahresberichts und eines Stimmzettels am Saaleingang. 173/6*

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler

und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Bezirk A am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.

„ B am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Ehlert, Wiener Straße 25.

„ C am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Alte Jakobstr. 18/19.

„ D am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches.
2. Vierteljährlicher Kassenbericht pro 4. Quartal 1908.
3. Verschiedenes.

280/17 Die Ortsverwaltungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bezirks-Versammlung für Südosten I.

am Montag, den 25. Januar, abends 5 1/2 Uhr, bei Böhm, Raunaystr. 6.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Reiche.
2. Diskussion.
3. Aufstellung der Delegationen zur Generalversammlung.

Bezirks-Versammlung für Südosten II.

am Montag, 25. Januar, abends 5 1/2 Uhr, in den „Reichenberger-Hallen“, Reichenbergerstr. 147.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung.
2. Verhandlungsgeschäften.

Die arbeitslosen Kollegen der beiden Bezirke werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Bornsche Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Billige Verkaufsmesse

Ende bestimmt Montag, den 25. Januar abends.

Jackett-Anzüge für Herren 30.—, 21.50, 15.—, 12.—	8 M.	Winter-Paletots für Herren 30.—, 21.—, 15.—, 12.—	7 50 M.
Rock-Anzüge für Herren 36.—, 27.—, 21.—, 15.—	12 M.	Winter-Ulster für Herren 36.—, 27.—, 21.—	18 M.
Gehrock-Anzüge für Herren 40.—, 35.—, 30.—, 24.—	21 M.	Knaben-Stoff-Anzüge und Mäntel von	2 25 an
Gummi-Regen-Mäntel für Herren . . . 20.—, 15.—, 12.—	9 M.	Knaben-Stoff-Hosen von	70 an
Kaiser-Mäntel für Herren 27.—, 21.—, 15.—	10 M.	Herren-Westen von	75 an
Winter-Joppen für Herren . . . 12.—, 10.—, 6.—	4 50 M.	Herren-Filz-Hüte . . . von	75 an
		Herren-Krawatten . . . von	10 an

Pelze, Pelz - Joppen, Pelz - Mützen und Kragen spottbillig.
Feine Anzüge, Hosen, Westen aus Resten uns. Maßabteilungen bedeutend unter Preis.

Baer Sohn

Spezial-Haus größten Maßstabes

Chausseestraße 29/30 □ 11 Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog No. 35 und der Livree-Katalog No. 36 kostenlos und portofrei

Calmon's Hansa

leichte, schmiegsame

Gummischuhe

aus feinstem Gummi hergestellt,
besonders widerstandsfähig.

Wir haften für die
Güte jedes Paares.

Fordern Sie neues Musterbuch V.

Salamander

Schuhes. m. b. H., Berlin

Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182

C. Königstr. 47

SW. Friedrichstr. 221

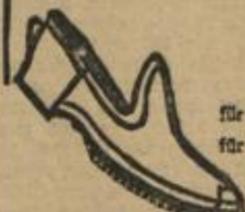
C. Rosenthalerstr. 1

W. Potsdamerstr. 5

NW. Wilsnackerstr. 9

Ecke Turmstr. 9

W. Tauentzienstr. 15



Bei **Drüsen, Skropheln,**
englischer Krankheit, Blutarmut, zur Stärkung schwächlicher, in der Entwicklung zurückbleibender Kinder, empfehle eine Kur mit meinem beliebten

Lahusen's Lebertran „JODELLA“.

Der beste und wirksamste Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Preis 2,30 und 4,60 M.

Alleiniger Fabrikant!

Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen.

Man achte auf den Namen „Jodella“. Alle anderen Präparate sind nicht echt. Frisch zu haben in allen Apotheken.

Haupt-Niederlage in Berlin: Italienische Apotheke, N., Antonstraße 25; Zions-Apotheke, N., Anklamer Str. 39; Groß-Apotheke, NO., Barnimstr. 30; Krugs Apotheke, O., Zorndorfer Straße 56; Blumarek-Apotheke, SO., Oppelner Straße 38; Samariter-Apotheke, SW., Neuenburger Straße 41; Roland-Apotheke, NW., Turmstr. 16; Elephanten-Apotheke, SW., Leipziger Straße 74; Löwen-Apotheke, O. 19, Jerusalem Straße 30; Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, N., Auguststr. 60; Reichsadler-Apotheke, O. 17, Große Frankfurter Straße 134.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz (bis 5 Min. fort). Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indischen Hanfextrakt.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße 54. Groß-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 110/1*

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

gegründet 1893.

Haupt-Kontor Berlin O. 17, Fruchtstraße 75.

Bernstr. Amt 7 Nr. 3040 u. 3068.

I. Lagerplatz: O. Bahnhof Berlin O. 34, Bromberger Str. 16.

II. Lagerplatz: O. 17, Fruchtstr. 13.

III. Lagerplatz: Bahnh. Weißensee, Greifswalder Str. 80a.

Preise für nur 10 Marken ab Platz von 10 Str. an: 57182*

Prima Halbleine, Marke

„Lauchhammer“ Str. 95 Pf.

„Halbleine (bekannte Marke)“ Str. 97 Pf.

„Ferdinand-Salon“ Str. 97 Pf.

„Briketts“ Str. 99 Pf.

„Anna u. Waldmannsheim“ Str. 99 Pf.

„Pfeffnerschaft“ Str. 101 Pf.

„la Diamant (pr. Str.“ Str. 105 Pf.

„la Zille Salon“ Str. 105 Pf.

„la Anh. Kohlenwerke“ Str. 105 Pf.

„la Nordaggrit-Kade“ Str. 235 Pf.

Koks, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Monatspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10—15 Pf. mehr. — Bei Originalwaggons und größeren Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Max Fallnich's Bier-Lokal.

Vorzügl. Mittag- und Abendessen. Deutsche Kochkunst, wozu ergebend einladet Max Fallnich, Reichenstr. 7 (Ecke). 6665

Leitfaden durch die Entwicklungsgeschichte

an der Hand der Sammlungen im

Museum für Naturkunde in Berlin

von Gg. Engelbert Graf.

Preis 30 Pf.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

(Laden).

Wahlverein Eichwalde

und Umgegend.

Am Mittwoch, den 20. d. M., verstarb unser Mitglied, Genosse

Gustav Goltz,

Eichwalde.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

6545 Der Vorstand.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß am 21. Januar der Kollege

Gustav Goltz

im Alter von 64 Jahren an Lungenerkrankung verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Eichwalde statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten

100/1 Die Filialverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Am 21. Januar er. verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Prager

Paul Biedermann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

23/3 Die Ortsverwaltung.

Nach langen, schweren Leiden verschied am Donnerstag früh mein geliebter Mann, unser herzenguter Vater, der Schriftsetzer

Gustav Reimann

im 47. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wwe. Bruna Reimann.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Zehlener Kirchhof, Hermannstraße. 33/30

Am 19. d. M. entschlief nach

schwerem Leiden mein geliebter Mann und Vater, der Restaurateur

Andreas Tolksdorf

im 59. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Anna Tolksdorf und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Nikolai-Kirchhofes am Mariendorfer Weg in Tempelhoof aus statt.

Berta Schwittai, Wrangelstr. 61.

Für die bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres unvergesslichen Vaters bewiesene Teilnahme sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Herrn Walter Wawasse für seine zu Herzen gehenden Worte sowie den Herren Sängern unseren besonderen Dank.

Marie Roth und Kinder.

Möbelfabrik „Linde“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

General-Versammlung

am 7. Februar 1907, vormittags 9 Uhr, im Gesellschaftslokal, Romintener Straße 24/25. 103/3

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Vorstandes.
2. Statutenänderung.
3. Verschiedenes.

Berlin, den 23. Januar 1909.

Der Vorstand.

F. Felger. E. Rodtich.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, (nicht am

10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 56232*

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10—2, 5—7, Sonnt. 10—12 Uhr.

1908er Legehühner

schon jetzt täglich lieferbar, beste

Blasse, liebreich franks unter Garantie

lebender Küchling, 1 Stamm 16 Hühner

je mit Blutprobe 28 Pf., — Nach per

Wachnahme. N. Landsberg, Podwolszczyska via Myslowitz 50.

Parteigenossen! Agitiert für zahlreichen Besuch der morgigen Massenversammlungen!

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Die Mitglieder werden nochmals auf das heute im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, stattfindende Stif-

Am Dienstag, den 26. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung statt.

Alt-Genossin. In diesem Frühjahr finden die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Es ist daher notwendig, daß sich jeder Wähler davon überzeugt, ob er in die Wählerliste eingetragen ist.

Pankow. Morgen, Sonntag, morgens von 8 Uhr an: Flugblattverbreitung für die Stichwahl im 1. Bezirk.

Friedrichshagen. Morgen, Sonntag, mittags 12 Uhr, im Saale der Witwe Lerche, Kundteil: Volksversammlung, Tagesordnung: „Für das allgemeine Wahlrecht“

Ober-Schöneweide. Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr: Handzettelverbreitung von den Bezirkslokale aus.

Mahlsdorf, Ostbahn. Sonntag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Linke, Brunowstraße: Generalversammlung des Wahlvereins.

Stralau. Morgen früh 8 Uhr: Handzettelverbreitung in allen Bezirken.

Tegel. Heute, Sonnabend, abends von 8 Uhr ab, findet von den Bezirkslokale aus eine Handzettelverbreitung statt.

Mittags 12 Uhr: Volksversammlung in B. Krapp's Festsaal, Bahnhofstr. 1. Agitiert für Massenbesuch.

Nieder-Schönhausen. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeindevählerlisten bis zum 30. Januar im Einwohnermeldeamt, Plattenburger Straße 10, Hof parterre, öffentlich zur Einsicht ausliegen.

Vorsigwalde-Wittenau. Montag, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Öffentliche Volksversammlung in den Vorsigwalder Festsaal.

Schlesdorf. Dienstag, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokale des Herrn B. Ried, Karlstr. 12, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt.

Friedenau. Die Wählerliste zur Gemeindevorsteherwahl liegt in der Zeit vom 15. bis 30. Januar von 8 bis 3 Uhr im Rathaus, Kreuzstr. 8, aus. Genossen, welche verhindert sind, selbst die Listen einzusehen, mögen sich an folgende Genossen wenden:

Göhen-Schönhausen. Die Parteigenossen des Gemeindebezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten auch Sonntags von 10-11 Uhr im Gemeindebureau, Hauptstr. 8, einzusehen sind.

Gräf-Listerfelde. Die Parteigenossen werden ersucht, sich am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 1/2 Uhr, in den Lokale pünktlich einzufinden, in denen unsere Zahlende stattfinden.

Die Errichtung eines Volkshauses für Berlin ist von der Generalversammlung der Neuen Freien Volksbühne beschlossen worden.

Berliner Nachrichten.

Vorfrühling im Tiergarten.

Wenn man in diesen Tagen um die Mittagzeit durch den Tiergarten wandelt, konnte man sich in den März verfehlt fühlen, so vergnügt lachte die Sonne durch die kahlen Wipfel der Bäume, und all die kleinen lieben Säger, die uns auch im Winter nicht verlassen, hüpfen und flattern aller Sorgen ledig mutwillig von Ast zu Ast.

Durch das weisse, saule Laub am Boden rascheln lustig schwarze Amseln und graue Drosseln, die beim Herannahen eines Fußgängers seelenruhig sitzen bleiben und ihn, das hübsche Köpfchen zur Seite geneigt, mit ihren klugen Augen so furchlos mustern, als wollten sie sagen: „Du tust mir wohl nichts zu Leide!“

Mäuschen durch die Hecken und selbst einen Vertreter der nachtligen Rasse konnte man beobachten, wie er mit pudigen Sprüngen die Flucht ergriff. Oben in den Baumästen turnt das Eichhörnchen und zeigt seine halbdreherischen Künste, während auf der äußersten Spitze eines Zweiges eine Ringeltaube mit eingezogenem Kopf sich in den warmen Sonnenstrahlen auf- und niederwiegt.

Auf dampfenden Rössen fliegen Reiter vorbei, hoch wirbelt der Sand unter den Hufen der Tiere auf. Zwei Kinder, ganz weiß in Pelz und Wolle gekleidet, die kleinen, frischen Gesichtchen wie Milch und Blut, trippeln stumm und Hand in Hand den schmalen Pfad entlang.

Und über die Wipfel der Bäume hinweg zieht mit schweren Flügelschlägen eine Krähe und ihr heiseres Kra-kra-kra klingt mitschmend durch die friedliche Stille. An den Büschen aber treiben die Keime schon kräftig hervor, hier und da sind an den Zweigen sogar zarte, halbdreieckige Blätterbüschel zu sehen. An manchen Stellen des Bodens sprießen auch schon kleine Graspitzen heraus und strecken das grüne Köpfchen verwundert in die milde Luft und scheinen hoch erstaunt zu sein über das prächtige, sonnige Wetter.

Umlenkung einer Straßenbahnlinie. Die Straßenbahn ist genötigt, die wichtige Linie 74 Aniprodellstraße-Bahnhof Ebersstraße in den Nächten der nächsten Woche zum Teil abzulenken. Die Umlenkung ist durch die notwendige Ausschleifung der Oberleitungsanlagen an der Ecke der Pilsener- und Potsdamer Straße bedingt.

Die kgl. Museen (das Alte und das Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, die Nationalgalerie, das Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerkunde und die Sammlung für deutsche Volkskunde) bleiben am Geburtstage des Kaisers geschlossen.

Algenkalender.

Im „Arbeiter-Radfahrer“ lesen wir: Zurzeit wird vor allem in kleinen Orten ein Kalender verteilt, der sich „Sozialer Volkskalender auf das Jahr 1908“ nennt und aus der Stöderschen Verlagsanstalt in Berlin stammt.

Im Köpenicker Forst, so erzählt der Kalender, sei am 10. Mai 1908 ein junger Bahnbeamter von einem Radfahrer „in unglaublich feiger und roher Weise erschossen“ worden.

Im dieser frommen Schauergeschichte ist so ziemlich alles gefälscht. Den frommen Verfasser des Volkskalenders ist selbstverständlich bekannt, daß der Radfahrer freigesprochen worden ist.

Außer dem „Vorwärts“ und dem „Arbeiter-Radfahrer“ haben sämtliche Berliner und viele andere Zeitungen ausführlich über diese Gerichtsverhandlung berichtet. Die frommen Kalendermacher sind genau unterrichtet, sie ignorieren aber die in der Gerichtsverhandlung festgestellten Tatsachen, weil sie, blieben sie bei der Wahrheit, die sozialdemokratische Vorgeschichte nicht erzählen könnten.

Die Errichtung eines Volkshauses für Berlin ist von der Generalversammlung der Neuen Freien Volksbühne beschlossen worden. Die schnelle Ausdehnung des Vereins, der schon 28 000 Mitglieder zählt, ist die erste Ursache für die Schaffung eines eigenen Heims; außerdem hat man sich entschlossen, auch das Programm zu erweitern und neben der Vorführung von dramatischen Werken auch Konzerte, Lesende usw. einzurichten.

Scherische Reklame. Zu einer eigenartigen Reklame hat der Besitzer des „Lokalanzeiger“ gegriffen. Im Auftrage des Herrn Schel wird der Flugtechniker Armand Ripfel nach Berlin kommen und mit einem Luftschiffen Apparat auf dem Tempelhofer Felde in der Zeit zwischen dem 28. Januar und dem 4. Februar Flugversuche anstellen.

Um Feinschmacker zu befriedigen, haben einige vornehme Berliner Hotels in die Speisenfolge der Mahlzeiten diejenige Delikatesse aufgenommen, die gegenwärtig von dem raffinierten Gaumen der amerikanischen Milliardäre besonders bevorzugt wird, nämlich Kängurubraten. Das Fleisch wird gefroren aus Australien eingeführt. Die führenden Firmen des Berliner Delikatessen- und Wildprethandels haben jedoch kein rechtes Vertrauen, daß dieser Lederbissen bei uns dauernden Absatz finden wird.

Während die Masse der Bevölkerung hungert, zerbricht man sich in anderen Kreisen den Kopf, wie man die vertöbntesten Gaumen befriedigt.

Eisepäne statt Mehl haben einige Mehlgroßhändler erhalten, die ihre Ware durch bestimmte Fuhrunternehmer erhalten. Gestern ist ein Mann, der diese Unterschleibungen veranlaßt haben soll, verhaftet worden.

Der Förstermord am Müggelsee. Ein Jahr ist jetzt seit der schweren Missetat am Müggelsee vergangen. Am 23. Januar 1908 wurde morgens die Leiche des erschossenen Försters Schwarzenstein an der Rahndorfer Chaussee aufgefunden. Das geheimnisvolle Drama hat noch heute keine Aufklärung gefunden.

Eines Situationsverbrechens an einem Schulfinde wird ein Gemeindefullehrer beschuldigt, der an der 144. Mädchen-Gemeindefullehrer in der Gräffstraße angeheilt ist. Der Lehrer, ein junger Mann von 23 Jahren, soll im Klassenzimmer sich an einem siebenjährigen Mädchen vergangen haben.

Der Leichensund im Wannsee ist aufgeklärt. Die Selbstmörderin ist die Gesellschafterin Lina Weg, die, wie wir mitteilen, einen Revolveranschlag auf den Ingenieur v. Adler-Banner in der Rubensstraße 8 gemacht hatte.

Von einem Automobil überfahren wurde gestern abend um 6 1/2 Uhr der 5 Jahre alte Sohn Artur der Arbeiterfrau Rudelt vom Görlitzer Ufer 8. Der Knabe spielte mit mehreren anderen an der Ecke des Görlitzer Ufers und der Schlesischen Straße, als aus dieser das Automobil des Baudirektors Kaltsch auf der Star-garder Straße 10 einbog.

Der Sprung in die Spree. Die Verzweiflungstat eines jungen etwa 16jährigen Mädchens rief gestern nachmittags am Kupfer-graben allgemeines Aufsehen hervor. Die unbekannte Lebendmilde (Schwamm) über das Geländer hinweg und sprang mit einem Aufschrei in die Spree hinab.

Ein armes Mädchen, das erkrankt ist, hat auf dem Wege Alexandrinenstraße-Potsdamerstraße ein Portemonnaie mit 24 Mark Inhalt verloren. Es hofft auf Abgabe durch den Finder an Konow, Alexandrinenstr. 82, IV rechts. - Gefunden wurde in einem Jagabügel in der Nacht vom 20. zum 21. Januar eine große Maschinenbrauterie sowie 10 Zentrumschloßer und eine Riemenbremse.

Feuerwehrbericht. Die Zahl der Alarmierungen ist in diesem Monat bei der Berliner Feuerwehr ganz erheblich. Bis heute wurden schon 220 Alarme verzeichnet. In der letzten Nacht wurde der 20. Zug nach der Oberwallstraße 4a gerufen. Dort, an der Ecke der Französischen Straße war im Telegraphenamt die Kabelisolierung an Fernsprechkabeln in Brand geraten. Wegen eines Wohnungsbrandes rückte der 3. Zug nach der Franzstr. 14 aus. Brandweiser Wandler fand einen ausgedehnten Brandherd vor und ließ sofort kräftig Wasser geben, wodurch eine weitere Ausdehnung verhindert wurde.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Delegierten und Vorstände der Charlottenburger Gewerkschaftskommission waren am 20. d. M. in einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammengetreten, um Stellung zu der am 12. resp. 14. Februar stattfindenden Arbeitslosenversammlung nach dem Hauslisten-system zu nehmen. Genosse Flemming legte dar, daß das bei der

vorigen Zählung am 17. November angewandte Meldebestimmungen ganzlich unzuverlässig ist und es nunmehr durchaus angebracht sei, nach dem Hauslistenverahren aus eigener Kraft zu greifen, um ein genaues Bild der Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin zu bekommen. Das Gezeiger der bürgerlichen Vertreter in manchen Stadt- und Gemeindeparlamenten gegen das Hauslistenverahren ist Beweis genug, daß es das richtigste und beste Zählverahren sei. Für und läme heute wissenschaftlich in Betracht, dahin zu wirken, daß jeder Gewerkschaftsleiter, der zurzeit der politischen Partei noch nicht angehört, an den Zähltagen sich der Partei, welche der Hauptträger dieser Zählung ist, zur Verfügung stellt. Es empfiehlt sich deshalb, daß alle verfügbaren von den Gewerkschaften aufzubringenden Kräfte sich am Freitag, den 12. Februar cr., abends 6 1/2 Uhr, im unteren Saale des „Volkshauses“ einfänden. Von hier aus werden dieselben, nach Einzeichnung in die Kontrollisten, nach den einzelnen Zähllokalen der Partei geschickt. Am Sonntag, den 14. Februar, werden die ausgeteilten Zählkarten von denselben Beteiligten wieder eingesammelt. Dieses wäre für Charlottenburg der gangbarste Weg, auf dem sich arbeiten ließe. Alles weitere müsse der engeren Kommission, die aus Vertretern der Partei und Gewerkschaft zusammengesetzt sei, überlassen sein. — Nachdem man in der Diskussion, an welcher sich die Genossen Gebert, E. Lehmann, Pohl u. a. beteiligten, dem Wünsche Ausdruck gegeben hatte, möglichst am Freitag, den 12. Februar, abends frühzeitig zu beginnen, wurden die Vorschläge des Genossen Flemming angenommen. — Ferner einigte man sich noch über die Zählung, die am 17. Februar vom Magistrat der Stadt Charlottenburg vorgenommen wird, dahin, daß jeder Parteigenosse wie Gewerkschaftler sich an der Zählung stellen könne, wie ihm bestehe. — Der noch vom Kassierer Genossen Ahrens gegebene Kassenbericht vom 4. Quartal 1908 wies keine Monitas auf und wurde demselben einstimmig Entlastung erteilt. Nicht vertreten waren die Gewerkschaften der Fleischer, Feilseurgeschilfen, Gips- und Zementarbeiter.

Rixdorf.

Verdicht Schweigen. Die Rixdorfer Wahlrechtschande treibt immer wunderlichere Pläne. Der Magistrat hat bekanntlich Erhebungen angestellt über die Wirkungen des Stadtverordnetenbeschlusses vom 17. Dezember v. J. Das Resultat dieser Erhebungen ist doch — wie anzunehmen ist — bei dem von und gestern mitgeteilten Beschlusse des Magistrats als Unterlage benutzt worden. Man sollte nun meinen, daß Magistrat ein Interesse daran hätte, die Notwendigkeit seiner Stellungnahme der Bürgerchaft nachzuweisen. Weit gefehlt! In tiefes Schweigen hüllt man sich über die so eminent wichtigen Erhebungen. Warum? Nun, warum! Man hat eben sicher Anlaß zu der Geheimnisträuerei, weil sonst anders der Welt bewiesen würde, daß der Magistrat ebenso reaktionär und keinen Schuß Pulver mehr wert ist als die Wahlrechtsräuber der Stadtverordnetenversammlung. Eine nette Interessengemeinschaft!

Stadtverordneten-Versammlung. Nach einigen Begrüßungsworten des Vorstehers trat die Versammlung in die Beratung des ersten Punktes der Tagesordnung, die Prüfung der Stadtverordnetenwahlen, ein. Der Referent des Wahlschusses, Stadtverordneter Kone, teilt mit, daß gegen die Wahl der im Südbezirk der 2. Abteilung gewählten sozialdemokratischen Stadtverordneten Mohr, Schuch und Jermeloff vom Stadtv. V. V. Proteste eingelegt worden ist. Die darin angeführten Gründe sind jedoch so allgemein gefaßt und irrelevant, daß kein Anlaß vorliegt, den Einspruch zu berücksichtigen. Von den angeführten 13 Zeugen, die an der Ausübung ihres Wahlrechts sollen behindert worden sein, haben tatsächlich die Hälfte gewählt, wie festgestellt wurde. Im übrigen würden die Angaben des Protestes in keiner Weise hinreichen, um die große Majorität des Wahlergebnisses irgendwie zu beeinflussen. Der Wahlschuch beantragt, sämtliche Wahlen für gültig zu erklären. — An diesen Vorhalt knüpft sich eine heftige und lange Debatte an. Der Protestler, Stadtv. V. V., versucht in seiner bekannten, nur psychologisch verständlicher Manier den unhaltbaren Einspruch zu verteidigen, wobei er in seinem notorischen Ungeschick ausplaudert, daß kein anderer als der damalige Wahlvorsteher des Südbezirks, Stadtv. V. V., es war, der ihm seine „Gründe“ lieferte. (Lebhafte Zurufe der Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Wähler sind — so ruft V. V. mit komisch wirkendem Pathos aus — durch Zurufe, wie: „Da kommt so ein Dickschiffener!“, belästigt und an der Ausübung ihres Wahlrechts dadurch behindert worden. Zu letzterem Umstand trägt auch die Enge des Wahllokals bei, das in den Abendstunden förmlich verbarrikadiert war. Gegen eine solche Wahl hätte ich auch Protest erhoben, wenn andere Parteien in Frage gekommen wären! (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Schließlich protestiert Redner noch gegen die vom Magistrat geplante sofortige Einführung der drei Erwählten des Südbezirks. — Die Stadtv. V. V. Conrad (Soz.) und Adam vertreten eingehend die Auffassung des Wahlschusses, der sorgfältig geprüft und einstimmig den Protest zurückgewiesen habe. — Stadtv. V. V. Seltmann rät seinem Freunde V. V., den Einspruch zurückzuziehen. — Stadtv. V. V. Böse (Soz.) war Weisiger des Wahlvorstandes und stellt aus seiner genauen Kenntnis der Sache fest, daß keinerlei Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, die irgendwie die Wahl behindern oder beeinflussen könnten. Die angeblichen Differenzen waren lediglich Auseinandersetzungen mit dem Wahlvorsteher Behne, der anfangs seinem Amte nicht gewachsen war und erst durch die Weisiger und die Wähler zurückgewiesen werden mußte; das war insofern erfolgreich, als die Wahl so ungehindert durchgeführt werden konnte, auch bei dem Andrang in den letzten Stunden. Die Gründe sind ja auch ganz wo anders zu suchen — so sagt Redner —: Dem Wahlrechtschuch vom 17. Dezember soll ein neuer Gewaltstreik angekreht werden! Danach scheint bei der bürgerlichen Mehrheit die Scham zu den Hundstagen verloren zu sein! (Stürmischer Protest bei der Mehrheit. Ordnungsruf des Vorstehers.) — Stadtv. V. V. Schuch widerpricht dem Vorredner; er führt aus: Ein Andrang war doch bei der Wahl da. Ich habe als Wahlvorsteher die Wahl unterbrechen müssen, um Ordnung zu schaffen. Hoffentlich ich so, daß eine Wache geplant war. Das wollte ich nur mitteilen, ohne mich zur Sache selbst zu äußern. (Stürmisches Zurufe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Stadtverordneten Böse (Soz.) und Wuyly (Soz.) gehen mit dem Unterzeichner des Protestes und dem Wahlvorsteher gehörig ins Gericht. Ersterer stellt fest, daß Behne das Protokoll der Wahl anstandslos unterzeichnet hat, ohne auch nur ein Wort von Unregelmäßigkeiten zu sagen oder hineinzu schreiben, die er wahrzunehmen hat. Diese sind ihm offenbar durch V. V. erst suggeriert worden. Wenn der Wahlvorsteher sich als Eideschwörer dieser wirklichen Mache gebrauchen ließe, so hat er sich damit selbst ins Gesicht geschlagen; er spielt so eine traurige Rolle, die ihn für das verantwortungsvolle Amt eines Wahlvorstehers untauglich macht. Was die Einführung der unstrittenen Mandatshaber betrifft, so gibt es keinen vernünftigen noch einen rechtlichen Grund, der dies hindern könnte. — Stadtv. V. V. Rahmig versucht schließlich noch die Anhänger des Wahlschusses dadurch grüßlich zu machen, daß er die Angriffe des Stadtv. V. V. Böse bespricht und behauptet, diese würden dem Protest auf die Beine helfen. Der vordem dagegen war, werde jetzt dafür stimmen. — Stadtv. V. V. erklärt, daß bei Abweisung des Protestes durch die Versammlung die Gewählten eingeführt würden; dagegen sei nicht einzubringen. Der ganz unhaltbare, beweislose Protest könne daran nichts ändern. — Hieran knüpft ein Antrag auf Beweis-erhebung vom Stadtv. V. V. ein. Doch auch dieser letzte krampfhafteste Versuch, die Sozialdemokratie zu schwächen, scheitert. Stadtv. V. V. r. kennzeichnet nach Verlesung der Protokollurkunde den Antrag als unzulässig und schließlich auch als ungeschicklich. Nach stundenlangem Kampfe wird dann endlich der Verschleppungsstreik, die Beweis-erhebung, mit allen gegen 18 Stimmen in den Ortss. befördert und mit 20 Stimmen die Gültigkeitserklärung beschloffen. Der neugewählte Stadtverordnete Hoffmann (3. Abteilung) hat als Gesundheitsbeschäftigten sein Amt wieder niedergelegt. Die Ver-

sammlung erklärt sich damit einverstanden und beschließt die Anberaumung einer Ersatzwahl.

Hierauf erfolgt die Einführung der neugewählten Stadtverordneten in ihr Amt durch den Oberbürgermeister, der sie mittelst Handschlags verpfändete. Nach Übernahme des Vorsitzes durch den Senior der Versammlung, Stadtv. V. V. Mitschke, wird zur Wahl des Bureaus geschritten. Der Vorsitzende schlägt vor, den bisherigen Vorsteher, Stadtv. V. V. Sander, per Klination wiederzuwählen. Stadtv. V. V. Groger (Soz.) wendet sich dagegen. Er erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht mehr dem bisherigen Vorsteher ihre Stimme geben könne. Dieser hat sich am 17. Dezember der Unparteilichkeit entzogen und den Wahlrechtverletheneren als Mandat und Werkzeug gedient. Von Vertrauen kann da nicht mehr die Rede sein. Redner verlangt Jettelwahl. Es wird demgemäß verfahren und geht Stadtv. Sander daraus mit 42 Stimmen als gewählt hervor; 20 Jettel waren unbeschrieben. — Bei der Wahl des zweiten Vorstehers erhebt Stadtv. Groger namens der sozialdemokratischen Fraktion als der zweitstärksten Anspruch auf dieses Amt, wie es parlamentarischer Anstand und Gepflogenheit erheischen. Ferner hat, so führt Redner aus, der bisherige Vorsteherbestrebt, sich in seiner Geschäftsführung als völlig untauglich erwiesen. (Doch bei der Mehrheit.) Das wird bei dem Kandidaten der sozialdemokratischen Fraktion, Stadtv. Wuyly, ausgeglichen sein, weshalb er diesen zu wählen bittet. — Bei der Wahl erhalten Stadtv. Böse 41, Stadtv. Wuyly 25 und Stadtv. Seltmann 1 Stimme; ersterer ist somit wiedergewählt. Bei der Bestimmung der Ortszeitungen für die Veröffentlichung der Stadtverordnetenversammlung beantragt Stadtv. Pagels (Soz.), den „Vorwärts“ hier einzubeziehen, damit den tausenden Lesern dieselben die amtlichen Nachrichten ebenfalls zugänglich gemacht werden. Wird dieser Vorschlag abgelehnt, so ersucht er zu beschließen, daß die Veröffentlichungen der städtischen Kollegien besonders gedruckt und den im Orte gelesebenen Zeitungen allgemein als Beilage zur Verfügung gestellt werden. — Die Versammlung stimmt beide sozialdemokratischen Anträge nieder.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es bei der Neubestimmung der Verwaltungskommissionen und Kommissionen. Doch mähnten sich die Stadtv. Conrad (Soz.) und Thuro (Soz.) vergeblich, den Herren des bürgerlichen Blocks das Gewissen zu schärfen bezw. deren parlamentarischen Anstandsgefühl wachzurufen, damit der sozialdemokratischen Fraktion das ihr zukommende Drittel Sitze in den Deputationen eingeräumt werde. Die Mehrheit wurde von Anwendungen der Gerechtigkeit nicht geplagt, sondern benutzte ihre Macht und brachte bezügliche Anträge der Sozialdemokraten, bei den Schuldeputationen z. B., teils mit kalter Ruhe, teils mit jähem Wächeln zu Fall.

Der Fonds von 10000 R. für einmalige Beihilfen an Arbeitslose (wir berichteten an anderer Stelle darüber bereits, D. Red.) wurde einstimmig bewilligt, nachdem Stadtverordneter Wuyly (Soz.) besonders noch festgestellt hatte, daß der Charakter der Armenunterstützung absolut ausgeschlossen ist und die zulässige spätere Rückzahlung der Beihilfe vollkommen in das Ermeßen des Empfängers gestellt wird. — Stadtrat Nier beauftragte dies namens des Magistrats.

Neben einer Reihe anderer Anträge stimmte die Versammlung noch debattelos der Vertragsänderung mit den Berliner Elektrizitätswerken wie nachstehend zu:

„Abnehmer, welche für die Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens einen jährlichen Mindestverbrauch von 500 R. garantieren, wird für die während dieser Stunden entnommene Energiemenge die Kilowattstunde mit 16 Pf. berechnet.“

In geheimer Sitzung wurde dem Stadtrat Nier der Titel „Stadtblind“ verliehen. — Die zum dritten Male an die Versammlung gelangende Vorlage, welche den als Chefarzt für das neue Krankenhaus in Frage kommenden Chirurgen Prof. Sultan vom Wohnen in der Anstalt selbst entbinden will, konnte nur dadurch zur Annahme gelangen, daß die Stimme des Vorstehers den Vorschlag gab. Abgegeben waren dafür und dagegen 25 Stimmen, letztere von der sozialdemokratischen Fraktion, die im Interesse der Anstalt und der Patienten verlangte, daß der Chefarzt stets zur Verfügung steht.

Pankow.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung bildete das Schmerzenskind unseres Ortes, die Berlinerstraße, das Streitobjekt. Es handelte sich darum, Hausbesitzerinteressen zu vertreten, so daß die Diskussion eine weitaus regere war, wie beispielsweise gelegentlich der Stadtberatung im Vorjahre. Die Berliner- wie die Schloßstraße sind bekanntlich Eigentum der Stadt Berlin, welche demzufolge von alterher die Pflicht hat, die genannten Straßen im brauchbaren, hauffemäßigen Zustande zu erhalten und sie auch dementsprechend zu reinigen. Seit einer Reihe von Monaten lehnt die Stadt Berlin es ab, den nördlich der Stettiner Bahn belegenen Teil, ebenso die Schloßstraße, weiter zu reinigen, da der hauffemäßige Charakter durch den hohen Grad der Bebauung hier verloren gegangen und die Reinigungsfrist nun auf Pankow übergegangen sei. Nach der Ansicht des Gemeindevorstandes hätte die Gemeinde als solche nun die Reinigung des Strahendamms und die anliegenden Grundbesitzer diejenige des Bürgersteigs zu besorgen. Darob natürlich große Entrüstung. Einer der interessierten Gemeindevorordneten stellte den Antrag, die Reinigung des Strahendamms, welche die Gemeinde seit Monaten besorgt hatte, so lange einzustellen, bis die Stadt Berlin flagbar vorgeht. Von sozialdemokratischer Seite wurde dem entgegengehalten, daß dieser Streit eine rein private Angelegenheit resp. mit der Stadt Berlin abmachen mögen. Um das Interesse der Hausbesitzer zu wahren, dürfe man von der Bevölkerung nicht verlangen, daß sie monatlich den nicht entfernten Strahendamms schlacken solle. Der unwillige, den einfachsten Regeln der Hygiene widersprechende Antrag gelangte garnicht zur Abstimmung. Ein Antrag des demokratischen Vereins, bei Lieferungsverträgen der Gemeinde mit Privatunternehmern die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sicher zu stellen und die bekannte Streiklausel auszuschließen, fand lediglich bei den Sozialdemokraten Unterstützung. Gelegentlich der Ausgabe der nun fertiggestellten Statistik von der Arbeitslosenanzahl vom November wurde festgestellt, daß der Gemeinde Pankow aus der Beteiligung ganze 21 R. Unkosten entstanden sind. Ein Antrag des Stadtrats Stawly auf Beteiligung an der von Berlin für den Monat Februar geplanten Arbeitslosenanzahl wurde trotz der geringen Kosten gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Sache der Arbeiterschaft wird es sein, in der Stichwahl am Montag dafür zu sorgen, daß auch ihre Interessen mehr vertreten werden. Wir fordern alle Arbeiter, welche um die Jahreswende 1907/08 in Pankow wohnhaft und wahlberechtigt waren, auf, am Montag zur Stichwahl zu erscheinen.

Weißensee.

Die gutbesuchte Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm am Dienstag, den 19. Januar cr., den sie befrriedigenden Vorstandsbericht, die Berichte sämtlicher Funktionäre und die Abrechnung vom Stiftungsfest entgegen. Eine Abrechnung von der Weihnachtsmattinee konnte, da noch nicht alle Vorkosten abgerechnet waren, nicht gegeben werden. Bei den hierauf folgenden Wahlen wurden der erste und zweite Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wiedergewählt. Als Revisoren fungieren die Genossen Teuber, Ritter und Kopsch, als Bibliothekare Schulz und A. Richter. In die Lokalkommission wurden gewählt Schink, Isberner und André, Leitungskommission: Penker, Kopsch und P. Schulz. Die Genossinnen delegieren die Genossin Berg in den Vorstand. Als Abteilungsleiter wurden die Genossen Diener, Verling, D. Kerlich, Kuelund, Philipp, Bulow, für Feinersdorf Karl Schmidt und für Dirlenwender euent. Genosse Heinrich bestätigt. Sodann erläuterte Genosse Olen den Entwurf des neuen Statuts und wird dieser den Kreisgeneralversammlung delegierten überwiesen. Ferner wurde der Errichtung eines Kreissekretariats zugestimmt. Ein Antrag der Genossin Kahl, „ammonalisch bestimmt einen Lesabend abzuhalten“, wird bis zur

nächsten Vereinsversammlung verlegt. Zum Schluß wies Genosse Ott noch auf die Arbeiterbildungsschule hin.

Kummelsdorf.

Die Gemeindevertretung hielt am letzten Mittwoch ihre erste diesjährige Sitzung ab. In dieser wurde zunächst der an Stelle des Herrn Krügerbring in der ersten Klasse neugewählte Gemeindevorsteher Engel eingeführt. Die Prüfung der Jahresabrechnung für 1906 gab zu besonderen Monitas keine Veranlassung. Der Vorschlag für 1908 war feinerzeit mit 1 000 008 R. in Einnahme und Ausgabe etatiziert. Nach der Rechnungslegung ergab die Einnahme ein Mehr von 151 008 88 R. und die Ausgabe ein Mehr von 100 244,59 R., mithin verblieb eine Mehreinnahme respektive Ueberüberschuss von 51 724,79 R. Die Entlastung geschah einstimmig. Ein Antrag des Gemeindevorstandes: Gemeindebeamten mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 200 R. in besonderen Notfällen eine besondere Unterstützung event. zu gewähren, — wird, nachdem unsere Vertreter hierzu beantragten: nicht nur Gemeindebeamten — sondern allen von der Gemeinde beschäftigten Personen, eine solche besondere Unterstützung zukommen zu lassen — zur nochmaligen Prüfung und entsprechenden Umänderung an den Gemeindevorstand zurückgewiesen. Gleichfalls wird der Erlass einer neuen Lastbarkeitssteuerordnung, die angeblich nur dem Zwecke der Befestigung der fogenannten Kummelplätze dienen soll, — nachdem unsere Vertreter nachgewiesen hatten, daß nach dem Vorlaute dieser Steuerordnung auch sehr gut alle sonstigen öffentlichen Lastbarkeiten zur Steuer herangezogen werden können — dem Gemeindevorstand zur entsprechenden Umänderung zurückgegeben.

Klosterfelde.

Son der Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde. Wieder ist durch eine schrankenlose Ueberfahrt der Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Gr. Schönbeck ein Unglücksfall passiert, der die schwersten Folgen hätte haben können. Der Schlichtermeister Venbig aus Biesenthal, welcher sich vor einigen Tagen auf einer Geschäftsreise befand, wollte mit seinem Gefährt den Bahnübergang bei dem benachbarten Dorfe Klosterfelde passieren, als plötzlich sein Wagen von der Lokomotive eines heranbrausenden Zuges erfasst und vollständig zertrümmert wurde. Venbig selbst wurde durch den Anprall in großem Maße an seinem Bein verletzt und blieb mit Verletzungen außerhalb des Weies liegen. Er wurde mittels eines Wagens nach Biesenthal in seine dortige Wohnung gebracht. Wie noch mitgeteilt wird, sollen die Verletzungen nicht allzu schwerer Natur sein, so daß hoffentlich dauernde nachteilige Folgen nicht zu befürchten sind. Jedenfalls würde es aber ratsam sein, da dies nicht der erste Unfall ist, welcher durch Anfahren resp. Ueberfahren passierte, auf dieser Kleinbahn derartige viel benutzte Ueberfahrten mit Schranken zu versehen.

Zegel.

Aus der Organisation. Am Dienstag fand die Generalversammlung des hiesigen Wahlvereins statt. Nach dem Jahresbericht, der den Mitgliedern im Druck vorgelegt wurde, abgehalten: 9 öffentliche Versammlungen, drei auf dem Lande, 13 Mitgliederberausammlungen, 31 Vorstandssitzungen und neun Sitzungen mit Gemeindevorstellern. Die Mitgliederzahl ist von 431 auf 568 gestiegen, darunter 85 weibliche. Die Einnahmen betragen 3413,56, die Ausgaben 3104,64 R., so daß Ende des Jahres ein Bestand von 308,92 R. verbleibt. Die Neuwahl der Funktionäre ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Genosse Kassa, 1. Kassierer Genosse Grell, Schriftführer Grodalski, 2. Vorsitzende Genossin Krendies, 2. Kassierer Genosse Barndt, Revisoren die Genossen Richterberg, Lauer, Hüls. In den Bildungsausschuss wurden die Genossen Krendies, Lauer, Richterberg, Klein und die Genossin Wallach gewählt. Die Lokalkommission bilden die Genossen Horst, Ungewitz, Knebel, die Schlichtungskommission die Genossen Abraham, Scheidemantel, Richterberg, Krendies, die Bibliothekskommission die Genossen Barndt, Koll, Webing, Reche und die Frauengattungskommission die Genossinnen Köhler, Wallach und Richterberg. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Kreisstatutenberatung. Der anwesende Kreisvorsitzende Denger empfahl den Mitgliedern, dem Entwurf ihre Zustimmung zu geben, um eine straffere Zentralisation herbeizuführen. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich dagegen, indem sie forderten, daß im Staat nur von Bezirkswahlvereinen und nicht wie im Entwurf von Bezirken mit entsprechender Leitung die Rede sein soll. Ein dementsprechender Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Ebenso wurde die etwaige Anstellung eines Sekretärs für den Kreiswahlverein abgelehnt.

Novawes.

„Der Kaiser, seine Handlanger und die Reichsfinanzreform“ lautete das Thema, über welches Genosse Fritz Jubel in einer am Mittwoch stattgefundenen, außerordentlich zahlreich besuchten Volksversammlung referierte. Die sprechende Kritik, die er an den herrschenden Zuständen in Deutschland und an den Steuerforderungen übte, die Kennzeichnung des traurigen Verhaltens der bürgerlichen Parteien und zum Schluß die Aufforderung, den Klassenkampf noch energischer wie bisher zu führen, lösten hürmischen Beifall bei den Versammelten aus. Unter „Verständnis“ forderte Genosse Salzbrunn zur regen Agitation für das neue Jugendorgan auf, von welchem in nächster Zeit eine Agitationsnummer zur Verbreitung gelangt. Genosse Gomoll wies auf die Notwendigkeit der Einsichtnahme in die Wählerliste hin, dabei betonend, daß diejenigen Genossen, welche nicht in der Lage sind, persönlich auf dem Amtsbureau die Liste einzusehen, sich mit dem Genossen Grühl oder mit den Lagerkassieren des Konsumvereins in Verbindung setzen mögen, welche dann die Einsichtnahme besorgen. Genosse Kroschke forderte zum Abonnement auf unsere Presse und zum Eintritt in den Wahlverein auf; des weiteren ersuchte er die Genossen, sich zu einer dringenden Parteiarbeit und zur Entgegennahme wichtiger Informationen am Sonntagmorgen 8 Uhr in der Restauration von Karl Grühl, Preislerstraße, einzufinden. Danach wurde die imposante Versammlung in üblicher Weise geschlossen.

Eine Steigerung der Mitgliederzahl des hiesigen Wahlvereins ergab die Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Wie der Vorsitzende Genosse Kroschke in der sehr gut besuchten Generalversammlung berichtete, ist die Zahl der Mitglieder von 602 am Anfang des vergangenen Jahres auf 714 gestiegen; hierunter befinden sich 40 weibliche Mitglieder. Die Geschäfte des Vereins wurden in 13 Vereinsversammlungen, 22 Vorstands- und 6 Bezirksführerversammlungen erledigt. Für die Agitation fanden 11 Volksversammlungen und 9 Flugblattverbreitungen statt. Der „Vorwärts“ wird am Ort in 408 und die „Brandenburger Zeitung“ in 343 Exemplaren gelesen. Nach dem Kassenbericht steht einer Einnahme von 2084,94 Mark eine Ausgabe von 2040,57 R. gegenüber.

In der Diskussion hob Genosse Grühl besonders hervor, daß im vergangenen Jahre so viel Mitglieder, namentlich Maurer und Bauhilfsarbeiter aus dem Wahlverein ausgeschieden seien. Aufgabe der Genossen müsse es sein, dieselben wieder in unsere Reihen zurückzuführen. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, sowie des Kassierers. Als Revisoren wählte die Versammlung die Genossen Seidenberg, Wiffle und Frau Kaffsod. Die Wahl der Lokalkommission und der Bibliothekare soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Zum Schluß wies Genosse Grühl noch darauf hin, daß die Wählerliste bis zum 30. Januar täglich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus, Zimmer 2, zur Einsicht ausliegt.

Spanbau.

Stadtverordneten-Versammlung. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wird ein Schreiben der städtischen Arbeiter erledigt. Diese Arbeiter beschwerten sich darüber, daß ihnen der Oberförster untersagt hat, das ihnen zustehende Holz mitzunehmen, weil zwei Arbeiter einmal zu starkes Holz aufgeladen hatten. Das Holz wird, wie vor einigen Jahren die Stadtverordneten ausdrücklich beschloffen, zur Bezahlung der Waldarbeiter hinzugerechnet. Die Arbeiter haben Durchschnittsbedienste von 250 R. pro Tag im Afford, wie das Mitglied der Forstdeputation, Stadtverordneter

Schlagig beschäftigt. Der Wagen Holz, den sie sich abends nach ihrer gewöhnlich nicht leichten Arbeit mit nach Hause nahmen, repräsentiert einen Wert von 1,00—1,50 M., so daß sie einen Floßberdienst von 3,50—4,00 M. rechnen können. Sie müssen sich aber ihr Handwerkszeug sowie einen Wagen mit Hund selbst halten. Lehren gebrauchten sie zum Aiden des Holzes. Der Wert des Handwerkszeuges wird auf 100—150 M. angegeben. Nun hat der Oberförster diesen Leuten einfach den Verdienst um 1,00—1,50 M. pro Tag gekürzt. Die Stadtverordneten sprechen sich dahin aus, daß der Oberförster jedenfalls keine Berechtigung habe, so willkürlich zu handeln, sie wollen aber die Sache der Forstdeputation überweisen. Dem widerspricht der Stadtverordnete Genosse Schmidt I mit dem Bemerkung, daß die Arbeiter schon 14 Tage den Lohnausfall erleiden und daß die Sache durch die Verweisung an die Forstdeputation noch um mindestens 14 Tage verzögert wird. Eventuell ersuche er, den Arbeitern während der Zeit, wo die Sache verhandelt wird, den Mindesttagelohn der städtischen Arbeiter zu gewähren. Die Sache wird an die Forstdeputation verwiesen. Man darf ja nun einmal gespannt sein, wann und wie die Angelegenheit erledigt wird.

Einem von den Stadtverordneten Genossen Pieper, Schmidt und Piel, sowie von dem Stadtverordneten Weber unterzeichneten dringlichen Antrag: Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, zu der von den Gewerkschaften vorzunehmenden Arbeitslosen-Zählung der Hauslisten 50 M. Zuschuß zu leisten, verweigert die Versammlung die Zustimmung zur Dringlichkeit und wird dieser Antrag in der nächsten Versammlung verhandelt werden.

Eine längere Debatte zeitigt die Vorlage betreffend Beschlußfassung über die Ofenanlage. Man tritt zunächst über die Frage, welches System der Ofen am besten, ob horizontale, vertikale, oder Kammeröfen. Man erkannte an, daß die Kammeröfen wohl die besten seien, daß man aber doch noch nicht genügend Erfahrungen damit gemacht. Die Versammlung beschloß deshalb, die alten horizontalen noch mal auszubauen, auf 2 Jahre würde dadurch den Ansprüchen genügt. Zu dem Ausbau werden 40 000 M. bewilligt. — Die Versammlung tritt nunmehr in die Beratung der einzelnen Etats ein. Als erster steht der Schulkassen-Etat zur Verhandlung. Derselbe ist aufgestellt in Einnahme und Ausgabe mit 1 068 557,79 M., 123 675,10 M. mehr wie im Vorjahre. Zu diesem Etat beantragt Stadtverordnete Genosse Piel, zur Anstellung von 11 Schulärzten 4400 M. in den Etat einzusetzen. Von 110 preussischen Städten mit über 10 000 Einwohnern haben nur 22 noch keine Schulärzte; darunter befinden sich auch Spandau. Die Stadt Spandau stehe in bezug der Ausübung für die Volksschulen mit an letzter Stelle, denn es wende nach der Statistik des Dr. Silbergleit vom statistischen Amt nur 41 M. für einen Volksschüler auf. Nur eine Stadt, nämlich Oppeln, gebe mit 36 M. noch darunter, alle übrigen Städte wenden mehr auf. Die bürgerlichen Stadtverordneten weisen auf die großen Ausgaben hin, welche die Stadt durch ihre Unternehmungen vorläufig haben werde, und fordern Zurückstellung der Schulärzte. Stadts. Piel erwidert sehr treffend, man möge doch die Wertzuwachssteuer einführen, dann habe man jedenfalls große Einnahmen und brauche die Zuschläge nicht erhöhen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem Antrage des Genossen Pieper auf Einrichtung von Draußenbädern bei Schöneberg. Man erfah hier wieder einmal, daß den bürgerlichen Stadtverordneten jedes Verständnis für eine wirksame Schulhygiene abging, denn sonst könnten sie nicht so törichte Einmände machen, wie es der Stadts. Lüdtke tat, die Eltern haben die Pflicht, für die Reinigung der Kinder zu sorgen. Wie der Herr sich das vorstellt, wenn die Eltern schon früh zur Arbeit müssen, das mögen die Götter wissen. Stadts. Genosse Schmidt I hält den bürgerlichen Stadtverordneten auch eine ganze Blütenlese vor von Einrichtungen, die noch in die Volksschule gehören, als da sind: die Speisung hungeriger Kinder, Einrichtung von Plätzen zum Spielen, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Gelegenheit unbemittelten befähigten Kindern den Besuch höherer Schulen zu ermöglichen usw. Auch die Fortbildungsschulen stehen nicht auf der Höhe der Zeit, hier werde vorerst nur das nachgeholt, was die Volksschule gefördert habe. Er verlangt für die Fortbildungsschule, daß mehr praktische Arbeit gelehrt werde, z. B. Projektions- und Konstruktionszeichnen usw. Zum mindesten solle man aber den Fortbildungsschülern die Lehrmittel unentgeltlich liefern. Die Ausführungen des Genossen Schmidt bildeten eine wichtige Anlage und die bürgerlichen Stadtverordneten fühlten sich so getroffen, daß sie schließlich Reichhaus nahmers der Saal war bald ziemlich leer. Desto lebhafter ging es im Deputationszimmer bei Bier und Wokwurst her. Dafür scheinen diese Herren auch mehr Verständnis zu haben. Der Etat wurde genehmigt. — Der Sanitäts-Etat wird in Einnahme und Ausgabe mit 344 000 M. festgesetzt. — Der Wasserwerks-Etat zeige eine Einnahme und Ausgabe von 312 200 Mark und wird in dieser Höhe genehmigt. — Der Sicherheits-Etat wird in Einnahme und Ausgabe mit 57 300 M. festgesetzt. — Mit 223 400 M. balanziert der Bau-Etat und wird in dieser Höhe festgesetzt. — Der Elektrizitäts-Etat wird zur Veranschaulichung an den Magistrat zurückgegeben. — Beim Krankenhauses-Etat, der in Einnahme und Ausgabe mit 276 857,11 M. balanziert, hatte der Magistrat verschiedene Abträge gemacht. So waren u. a. von der Krankenhaus-Deputation für die Befestigung 20 000 M. mehr

eingestellt, hieron hat der Magistrat einfach 10 000 M. gestrichen. Der Stadtverordnete Genosse Piel erhebt gegen diese Streichung ganz energig Einspruch. Er rechnet aus, daß die Kosten für Befestigung eines Kranken pro Tag 88 Pf. betragen, das sei gewiß nicht zu hoch. Genosse Pieper weist darauf hin, daß die Lebensmittelpreise doch gestiegen seien und daß die Kranken doch ganz besonders gepflegt werden müssen. Aber es half alles nichts. Genosse Schmidt I brachte noch einzelne Beschwerden vor, so u. a., daß in der Säuglingsstation die Flaschen mit Nahrungsbreien in den Betten aufbewahrt werden; daß jeder Kranke ausnahmslos gebadet werde, ob es sein Zustand zulasse oder nicht. Der Stadtrat stellte versucht, diese Angaben zu widerlegen, was ihm aber doch nicht ganz gelang. Schließlich werden die Anträge auf Wiedereinstellung der gestrichenen Summen abgelehnt und der Etat genehmigt. — Der Brennmaterialien-Etat wird in Einnahme und Ausgabe mit 246,26 M. festgesetzt. Die übrigen Nummern werden verlagt. Am nächsten Donnerstag findet wiederum eine Sitzung statt.

Neuenhagen (Ostbahn).

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Höfelbart den Vorstandsbericht. Denselben ist zu entnehmen, daß zurzeit dem Wahlverein 104 Mitglieder angehören. Abgehalten wurden 3 öffentliche und 3 Mitglieder-Versammlungen. Im ganzen Bezirk stehen der Sozialdemokratie nur drei Lokale zur Verfügung. Als Antwort auf die von den Genossen in der Lokalfrage eingeschlagene Taktik hat Genosse A. Wünsche, Neuenhagen, Bahnhoftstraße, die Erklärung abgegeben, daß von jetzt ab kein Lokal zu Versammlungen nicht mehr frei sei. „Vorwärts“-Abonnenten sind in Neuenhagen 43, in Frederiksberg-Petershagen 73 vorhanden. Die Jahreseinnahme beträgt 501,77 M., davon sind an den Kreis abgeführt 240,20 M. für Verwaltungskosten und Agitation beträgt die Ausgabe 224,01 M. In den Vorstand wurden gewählt: A. Hübscher als Bezirksleiter; E. Höfelbart, Stellvertreter; O. Göller, Kassierer; A. Adeling, Schriftführer; Leh, Otto Schmälke, Bankrat; Weisber; Siens, Schumann, Prob, Revisoren; R. Wöhm, Lokalkommissionsmitglied; Schumann, Bibliothekar. Zum Schluss nahm die Versammlung den Bericht von der erweiterten Kreisvorstandsitzung entgegen und erklärte sich im Prinzip fast einstimmig gegen die Anstellung eines Sekretärs.

Vermischtes.

160 Menschen ertrunken. Aus Johannesburg wird gemeldet: Fortdauernder Regen hat in verschiedenen Minen Dammbrüche zur Folge gehabt, unter anderem auch in der Witwatersrand Gold Mine, wo zehn Weiße und 150 Eingeborene in den in die Grube flutenden Wassermassen den Tod fanden.

Folgeschwere Pulverexplosion.

Wie aus Budapest gemeldet wird, explodierte in Reufay vorgestern abend ein mitten in der Stadt befindliches Pulverlager. Das Gas flog in die Luft. 25 Personen wurden hierbei ziemlich schwer verletzt. Einige Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Auch einige Nebengebäude sind durch den entstandenen Brand schwer beschädigt worden.

Eine furchtbare Katastrophe wird aus Paris berichtet: Wie mehreren Blättern aus Letuan in Marollo vom 19. d. M. gemeldet wird, berichten aus dem etwa 50 Kilometer südlich gelegenen Gebiet der Memaras eingetroffene Eingeborene, daß infolge eines Erdbebens oder eines Bergsturzes mehrere große Dörfer zerstört und einige Hundert Personen getötet oder verletzt worden seien.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sitzung am 23. d. M. abends 8 Uhr bei Dr. Prödel, Neue Friedländerstr. 35.
Freie Jugendorganisation Charlottenburg, Abteilung II (Westen). Heute abend 8 Uhr bei Lehmann, Dandelmannstr. 34: Versammlung mit Vortrag: Reutahlen.
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 Uhr, in der Halle Doppel-Allee 15—17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr, in der Schule, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag von Fr. Ida Altmann über: „Die stiltliche Bedeutung von Ernst Haackels und Ernst Abbes Vorken und Werken. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.“

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ebrechthunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen. **Herrn Adr. Köhler** wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr hat. **Wochentags 7 Uhr Sonnabends** beginnt die Ebrechthunde am 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchhaber und eine Anzahl Briefe zu beibringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. **Bitte** Fragen trage man in der Ebrechthunde vor.
G. v. Tr. 14. Fragen Sie bei dem Amtsvorsteher an, ob in der Tat eine solche Anordnung getroffen worden ist. Eine solche Anordnung könnte gütlich getroffen werden. — **G. v. Weiskene.** 1. bis 3. Rein. Das Mädchen täte aber gut, sich an das Vormundschaftsgericht mit dem

Antrage zu wenden, „aus den von Ihnen angeführten Gründen das Recht bleiben zu gestalten und sie für großjährig zu erklären.“ — **W. R. 100.** Die Unterschrift im Amtsbureau kann verlangt werden. — **Vormund 99.** Der Vormund ist verpflichtet, Ihnen Auskunft zu geben, und zu der von ihm vorgenommenen Handlung nicht berechtigt. Der die Prozesskosten zu tragen hat, muß das Urteil ergeben. — **C. R. 100.** 1. u. 2. Rein. — **Frída 25.** Innerhalb eines Jahres nach der Beirat können Sie den Antrag auf Rückzahlung der Beiträge bei dem Magistrat, Mitteilung für Anwaltsversicherung (Königlicher Bank) schriftlich oder zu Protokoll stellen. Anwaltsversicherung ist es, weiter zu leben. — **W. R. 2.** Eine Schadenersatzklage wäre nicht ganz ausgeschlossen. Indessen hätte bereits früher auf Einhaltung des Verleumdungstrages geklagt werden sollen. — **B. R. 56.** 1. und 2. Wenn Sie gegen Gehalt angeht: ja, und zwar für jede Woche. 3. Rein. — **G. 373.** Ein Anspruch auf Ertrag der Kosten steht Ihnen leider nicht zu. Sie hätten der Vorladung nicht zu folgen brauchen. — **100. 2. 2. Gerichtspraxe.** Wenn im Verträge nichts vereinbart ist, hat der Wirt etwa durch Hagelschlag oder durch Zerschlagung Dritter zerbrochene Schelben zu ersetzen. In der Regel ist in Berlin durch den Mietvertrag die Ersatzpflicht dem Mieter auferlegt. Sehen Sie nach, ob das auch auf Ihren Mietvertrag zutrifft. — **M. R. 37.** Rein. — **M. R. 321.** Die Mietsteuer für Wohnungen im Betrage von 300—500 M. Miete beträgt 50 M. jährlich. Die Miete ist für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar zu zahlen. Letztet der Betrag vom Oktober bis 1. Oktober, könnte also zweimal Mietsteuer zu bezahlen sein. — **M. R. 6000.** 1. und 2. Nur wenn auch bewiesen wird, daß Dattierung sowie eigenhändige Schrift und eigenhändige Unterschrift festgefunden hat. 3. Rein. — **M. R. 100.** 1. Das Gesetz wirkt seinen bestimmten Betrag aus. Es ist darüber vom Gericht von Fall zu Fall zu entscheiden. 2. Rein. — **M. R. 55.** Bis zum April. — **M. R. 37.** 1. und 2. Sie würden nur die Klage auf Verfestigung des ehelichen Lebens mit Rücksicht auf Erfolg anstrengen können. Wenn die Ehefrau rechtskräftig verurteilt ist und trotzdem die Herstellung des ehelichen Lebens unterläßt, kann erst auf Ehescheidung geklagt werden. 3. Ja. — **M. R. 65.** Für die Zukunft müssen Sie das Waisen unterlassen, weil Sie in dem Verträge die Verpflichtung hierzu übernommen haben. — **M. R. Karlsruher.** 1. Gegen die Benachteiligung ist mit Erfolg nichts auszurichten. 2. Das Amtsgericht Nienburg ist zuständig. — **M. R. 1. u. 2. Rein.**

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Veclij. Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Postkiste bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekauft werden.

Kunstler Marktbericht der städtischen Marktkauf-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Gellagel: Zufuhr reichlich, Geschäft flau, Preise im allgemeinen befristend. Fisch: Zufuhr genügend, in Seefischen etwas knapp, Geschäft ziemlich bedingt, Preise der Marktfrage entsprechend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohm mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer hohm mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur Grad C
Stromende	775 D		1 bedekt	-1	Sabatanda	756 D		6 bedekt	6
Damburg	774 DDD		3 bedekt	-1	Petersburg	773 D		2 wolken	-5
Berlin	775 D		1 bedekt	-3	Seils	771 DDD		2 halb bb.	-1
Kranke A	771 R		3 halb bb.	-4	Aberdeen	775 DDD		1 wolken	3
München	770 DD		5 bedekt	-6	Paris	769 DD		2 bedekt	-1
Wien	775 DDD		2 bedekt	-4					

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. Januar 1909.
Ein wenig kälter, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe und neblig bei ziemlich starken östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 1.		am 20. 1.	
	cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	2419	-3		
Regel, Ansternburg	89	+4		
Beißel, Thorn	168	-10		
Ober, Rahlber	113	-10		
Kroffen	132	-6		
Frankfurt	105	-9		
Barthe, Sürmm	132	-10		
Gandsberg	94	-4		
Reye, Barmann	9	-2		
Elbe, Leitmeritz	-26	-10		
Bresden	-144	-10		
Barba	54	-23		
Magdeburg	62	-16		
Saale, Großh	63	-1		
Havel, Spandau	68	0		
Natzenow	68	+2		
Spree, Spremberg	72	0		
Beestow	72	0		
Beser, Witten	-74	-16		
Kanb	25	-20		
Rhein, Regimiliansen	380	-22		
Kanb	233	-17		
Kanb	312	-37		
Redar, Heilbronn	92	-20		
Main, Weiskene	179	-21		
Wicel, Trier	150	-24		

+) + bedeutet Wuchs, - Fall. - *) Unterpegel. - *) Wasserstand. *) Grund- und Treibeis. - *) schwaches Treibeis. - *) schwaches Grundeis. - *) schwaches Grundeisstreifen.

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Preiswertes Angebot in Lebensmitteln Fleischwaren von Sonnabend, den 23., bis Dienstag, den 26. Januar cr. inkl. so lange Vorrat.

Zwiebel-Leberwurst Pfund 45 Pf.	Pr. Schlackwurst Pfund 1.10	Westf. Mettwurst Pfund 90 Pf.
Rotwurst Pfund 45 Pf.	Pr. Salamiwurst Pfund 1.10	Tee-Schlackwurst Pfund 1.15
Berliner Mettwurst Pfund 58 Pf.	Landleberwurst Pfund 90 Pf.	Fett und mager Speck . . . Pfund 80 Pf.
Jagdwurst Pfund 95 Pf.	Mettwurst Braunschweiger Art . . Pfund 90 Pf.	Pr. Schinkenspeck Pfund 1.00

Pr. Suppenhühner 1.90 bis 2.25	Kassler Rippespeer Pfund 80 Pf.	Pr. Rehblätter 2.00 bis 2.50
Ia Hammelfleisch Dünnung Dicke Rippen . . . Pfund 60 Pf.	Aus der Keule Pfund 70 Pf.	Rücken Pfund 75 Pf.
	Pfund 50 Pf. Keule im ganzen . . . Pfund 68 Pf.	

Kolonialwaren

	1 Pfund	5 Pfund		1 Pfund	5 Pfund
Java-Reis I	26 Pf.	1.25	Victoria-Erbisen	17 Pf.	80 Pf.
Java-Reis II	22 Pf.	1.05	Glasierte Erbsen	22 Pf.	1.05
Rangoon-Reis	17 Pf.	80 Pf.	Grüne Erbsen	17 Pf.	80 Pf.
Langbohnen	18 Pf.	85 Pf.	Kleine Bohnen	16 Pf.	75 Pf.

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
Pfund 0.90 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind wegen d. vorzögl. Geschmacks allseitig bekannt.

ZUCKER . . . 5 Pfund 1 00

Bienenhonig garantiert rein . . 1/2 Glas 90 Pf.
Kunsthonig 1/2 Glas 45 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 23. Januar
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Carmen.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Revolution in Strahwint.
Kammerspiele. La donna del Mare. Anfang 8 Uhr.
Anfang 9 Uhr.

Neues. Die fremde Frau.
Pessing. Der König.
Berliner. Einer von unsers Leut'.
Neues Schauspielhaus. Phigiente auf Tauris.
Kleines. Moral.
Komische Oper. Fata.
Hebbel. Die Revolutionshochzeit.
Lustspielhaus. Die glücklichste Zeit.
Schiller O. (Wagner-Theater.)
Comteffe Gudelet.

Schiller O. (Wagner-Theater.)
Comteffe Gudelet.
Friedrich. Wilhelmstadt. König Christian II.
Weiten. Der tapfere Soldat.
Nachmittags 4 Uhr: Dornröschen.
Thalia. Meister Lufft.
Luisen. Fliegende Berliner.
Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle.
Trianon. Der Kaiser.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW.
Das Himmelbett.
Bernhard Hoje. Brüderlein fein.
Nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Gastspiel-Theater. Der Pfennigreiter.
Bürgerl. Schauspielhaus. Großes Alpenfest.
Gehrüder Herrfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Onkel Casimir. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter - tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Wahalla. Spezialitäten.
Kaffee. Kaffee. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wahalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Serous Wessina.
Lustige Wessina. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kaffee. Kaffee. Der blutige Pantoffel an der Kirchhofsmauer.
„Harlekin und Puppe“.
Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.
Parodie. 2x3=7. Die Laubfäden.
Anfang 9 1/2 Uhr.

Urania. Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Von Abbazia nach Corfu.
Hörssaal 8 Uhr:
Prof. Dr. B. Donath: Die physikalischen Eigenschaften der Wechselströme.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Brüderlein fein.
Sollstünd mit Gesang in 5 Akten von Kallchholz. Musik von Leo Fall.
Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 24. Januar 1909:
Cornelius Vos.
Lustspiel in 4 Akten v. F. v. Schönhan.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die fremde Frau.
(La femme X...)
Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Sonnabend und Mittwoch nachm. 4 Uhr keine Preise: Dornröschen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sonnabend, 22. Januar, Anf. 8 Uhr:
König Christian II.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame Sans-Gêne. Abends 8 Uhr: Quasimodo.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsers Leut'.
Morgen: Einer von unsers Leut'.
Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelle.“
Schwank in drei Akten (oder Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: Kümmere Dich um Amelle.
Sonntag, 24. Jan., nachm. 3 Uhr:
Der Fich im Ohr.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die glücklichste Zeit.
Hebbel-Theater
Königsgrüder Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Revolutionshochzeit.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Frau Holle.
Abends 8 Uhr:
Der fliegende Berliner.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Verwegen.
Montag 3. erstesmal: Der Mann mit den vier Frauen.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Ein Stündchen im Himmelreich.
Gr. Ausstattung-Feerie im Festsaal des Zwischengeschosses.
Die singenden Engelsköpfechen.
Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib,
lebend.
Alles ohne Extra-Entree.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der **Kompagnieball**
Militär-Humorrevue von Regiel. Anfang wochentl. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Komtesse Guckerl.**
Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Roppel-Elsfeld.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Ein Volksfeind.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Charleys Tante.**
Montag, abends 8 Uhr: **Komtesse Guckerl.**
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Charleys Tante.**
Schwank in 3 Akten von Branden Thomas.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Julius Caesar.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Monna Vanna.**
Montag, abends 8 Uhr: **Charleys Tante.**

CASTAN'S PANOPTIKUM
Friedrichstr. 165 (Pachorrpalast).
Ohne Extra-Entree! Letzte Woche!
Auftreten der berühmten Zauberkünstlerin **Frau Max Rößner.**
Schneewittchen und die 7 lebenden Zwerge.
Variété-Vorstellung der Zwerge.

Café Alsen
Schles. Brücke.
Die Berlin-Wolterdorfer Dampf-Schiffahrts-Gesellschaft empfiehlt den geehrten Vereinen, Fabriken, Gewerkschaften usw. ihre Personen-Dampfer zu Dampferausflügen zu den günstigsten Bedingungen.
Fr. Saewert, SO. 16, Köpenicker Straße 39a. Fernsprecher: Amt IV 13749

Grand-Hotel-Festsäle
Am Alexanderplatz. Täglich. B. Jehmlich.
Bier-Kabarett.
Anfang 9 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.
Abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Von Abbazia nach Corfu.
Hörssaal 8 Uhr:
Prof. Dr. B. Donath: Die physikalischen Eigenschaften der Wechselströme.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Willi Agoston
In der tollen Burleske
Berlin im L. L.
(Berlin im lenkbaren Luftschiff)
: und das grandiose :
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

Bürgerliches Schauspielhaus
Rastanien-Allee 7-9.
Großes Alpenfest
arrangiert von der Direction und den Stammschiffen des **Berliner Prater-Theaters.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Das Kätzchen von Heilbronn. Abends 8 Uhr: Die Goldgrube.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die beiden Bindelbands Künstlerteil
und der neue

Wahalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Großartiges Spezialitäten-Programm.
Der Radfahrer Dieck, u. a. Sollo.
Mortale über eine mit Personen besetzte Dreifische.
Im Tunnel: Vorkünderfest. Regimentskapellen etc. Theate-besucher haben freien Eintritt.

W. Noacks Theater
Direction: Rob. Dill. Strammstr. 16.
Große Extra-Vorstellung.
Klassiker-Abend.
Uriel Acosta.
Drama in 5 Aufzügen v. R. Wagner.
Anf. 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.
Sonntag zum letztenmal: Don Cesar.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Der **Kompagnieball**
Militär-Humorrevue von Regiel. Anfang wochentl. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12 unter anderem:
Sign. Milano
Prima Ballerina vom Scala-Theater in Mailand.
Am Brunnen vor dem Tore.
Vollständ. mit Gesang in 1 Akt.
Familienarten, halbe Preise.
wochentags überall gratis.

Stadt-Theater Moabit.
Grüfter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, den 24. Januar 1909:
Das Vörle
aus dem Schwarzwald.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Blieser.
Anf. d. Vorf. 7, Kassenöffnung 6 Uhr.
Konzert 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, 25. Januar: Solire der Luigien Sänger.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Buntes Programm.
Hierauf:
Rubland.
Sensationelle Komödie von Norden.
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräbert.

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit
im gänzlichen Ausverkauf des Gesamt-lagers wegen Auflösung
15 % Rabatt
oder dreifache Nordenmarken!
auf fast alle Waren!
Kaufhaus Wedding
182/183, Müllerstraße 182/183.
Manufaktur- und Modewaren • Konfektion • Wäsche
Trikotagen und Aussteuer.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Sonnabend, 23. Januar 1909,
abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Um ca. 9 1/2 Uhr:
Die neue Ausstattung-Pantom.
Auswanderer.
Mit Surajah, d. weiß. Fakir!
2 Meter unter der Erde!
Lebendig begraben.
Neu! Neu!
Die Grunathos.
Sonntag: 2 Vorstellungen.

Zirkus Schumann.
Heute, Sonnabend abends 7 1/2:
Gala-Vorstellung.
Eleganter jede Konfurrenz bleibt
der Schimpanse

„Paet“ als Kanaradfahrer.
Das bogende Kanarad.
Das Glänzendste an Ausstattung!
Die Frucht-Pantomime
Der Sen-„Golo“ und Mädchen-
rüber „Golo“ und Mädchen-
händler.
Sonntag: 2 gr. Vorstellungen.
Königstadt-Kasino.
Polymarktstr. 72.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
Edigal Edigaly. — Joe de Diaz.
Lola Strella. — Jim und Jam.
Riesen-Erfolg!
Liebfrauenmilch!
Operette in 1 Akt.
Anf. d. Vorf. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.

Das vollständig neue
Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel
an der Kirchhofsmauer.
„Harlekin und Puppe“
und die übrigen erstklassigen
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Städt. Theater Moabit.
Grüfter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Sonntag, den 24. Januar 1909:
Das Vörle
aus dem Schwarzwald.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Blieser.
Anf. d. Vorf. 7, Kassenöffnung 6 Uhr.
Konzert 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags im Theater-Restaurant.
Montag, 25. Januar: Solire der Luigien Sänger.

Berliner Eis-Palast
Ständige Eisbahn. Die nachts 12 Uhr
Konzert und Kunsttänzen.
Freitag, 20. Januar, abends 8 Uhr:
Großes Karneval-Eisfest
zum Besten des Vereins „Vandusen-
haus zum roten Kreuz für Kranken-
und Kinderpflege.“

Neue Welt
Haseheide 109-114.
Täglich:
Bockbier-Fest
in den
bayrischen Alpen
Baron Muckls
Bauernkapelle.
30 echte
bayr. Madl.
Sensationelle Dekoration.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Folies Caprice.
Zum 44. Male:
Ein lediger Ehemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sanssouci,
Königsplatz, Straße 6.
Direction Wilhelm Kaimar.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutscher Sänger
Morgen Sonntag:
**Große Elite-Extra-
Soiree.**
Beg. Sonnt. 5, wochentl. 8 U.

Ohne jede Anzahlung
verkaufe ich **Pianos** (X prämiert
Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart, von
wunderb. Tonfülle (Plügelton), geg. kleine
monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl.
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nchfg. **Ansbacher Str. 1**
Eck Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

„Hallunke“
Gesundheitslikör
(probatum est). 285/110

Variété-Brillant
(City-Passage)
Dresdenerstr. 52/3 Annonst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
um den goldenen Meister-
schaftsgürtel von Berlin
und
M. 1500 in bar.
Vorh. d. grohart. Spez-Prögr.
Anf. 8, Beg. d. Ringl. 9 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf., ref. Platz 1,-.

Total-Ausverkauf
H. Marcus
Reinickendorfer Str. 14.
Das Lokal muß wegen Neubau am 1. Februar geräumt
sein, daher heute und folgende Tage, soweit Vorrat:
Restbestände
Serie I. II. III. IV.
Damenkonfektion Mk. 2.95 5.50 6.75 10.50
Knabenanzüge und
Pyjacks Mk. 2.95 3.95 4.95 5.95
Kleiderstoffe,
In Qualität, pr. Meter Mk. 0.48 0.98 1.45
Seidenstoffe,
In Qualität Mk. 0.98 1.45 1.95
Hemdentuche und
Louisiana Mk. 0.18 0.25 0.30 0.42
Louisiana, 130 cm
Bettbreite Mk. 0.68 0.88
Alle Waren haben fast durchweg das Doppelte
oder oft noch mehr gekostet.
Wäsche, Schürzen, aufgearbeitete Handarbeiten,
Bänder, Spitzen auffallend billig.